



MASTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Masterarbeit / Title of the Master's Thesis

„Like me on Facebook – Analyse der Social Media Profile von FPÖ-Funktionären und pädagogische Implikationen für den schulischen Kontext“

verfasst von / submitted by

Julie Anne Bamford, BEd

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Master of Education (MEd)

Wien, 2021 / Vienna 2021

Studienkennzahl It. Studienblatt / UA 199 507 511 02
degree programme code as it appears on
the student record sheet:

Studienrichtung It. Studienblatt / Masterstudium Lehramt Sek (AB) Lehrverbund
degree programme as it appears on UF Englisch Lehrverbund
the student record sheet: UF Geschichte, Sozialkunde und Politische Bildung,
Lehrverbund

Betreut von / Supervisor:

Mag. Dr. Sonja Danner

Danksagung

An dieser Stelle möchte ich mich kurz bei jenen Menschen bedanken, die mich während des Verfassens dieser Arbeit, sowie im Laufe meines Studiums unterstützt haben.

Zu Beginn möchte ich mich besonders bei meiner Betreuerin Mag. Dr. Sonja Danner bedanken, die mir bei der Konkretisierung meines Themas behilflich war und mir im Arbeitsprozess durchgängig mit Hilfestellungen und Ratschlägen zur Seite stand.

Besonderer Dank gilt meinen Eltern, die mir auch in schweren Zeiten durch ihren bedingungslosen Rückhalt ein Gefühl von Sicherheit und Geborgenheit gaben. Weiters möchte ich meinem besten Freund Stefan Weber dafür danken, dass er da war als ich es brauchte, auch, wenn es mir selbst nicht bewusst war.

Zu guter Letzt bleibt noch einer Person meinen Dank auszusprechen, die schon immer, manchmal auch zu ihrem Leidwesen, meine erste Anlaufstelle war. Diese Person ist nicht nur meine große Schwester, sondern auch mein Vorbild.

Wien, 2021

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	1
2. Methode	3
2.1. Qualitative Inhaltsanalyse	3
2.2. Textstrukturanalyse	4
2.3. Quellen	5
3. Historische Übersicht über die Entstehung der FPÖ	7
3.1. Definition Rechtsextremismus und Populismus	7
3.1.1. Rechtsextremismus	7
3.1.2. Populismus	9
3.2. Der Verband der Unabhängigen als Vorläufer der heutigen FPÖ	12
3.3. Gründungsphase der FPÖ	19
3.3.1. Inhaltliche Punkte der Freiheitlichen Politik	23
3.4. Die FPÖ unter Haider	29
3.5. Heinz-Christian Strache und die FPÖ	35
4. Soziale Medien	46
4.1. Potentiale und Gefahren von sozialen Medien	46
4.2. Bedeutung und Nutzung von sozialen Medien in Österreich	47
4.3. Soziale Medien und Politik	49
4.3.1. Facebook: Reichweite und politische Relevanz	51
4.4. Medien im schulischen Kontext	52
5. Qualitative Inhaltsanalyse	54
5.1. Kategorien der qualitativen Inhaltsanalyse	54
5.2. Datenanalyse – allgemeiner Überblick	54
5.2.1. Art der Kommunikation	57
5.3. Inhaltliche Erläuterungen der Kategorien	58
5.3.1. Bildung	58
5.3.2. EU / Außenpolitik	59
5.3.3. Familie / Frauen	60
5.3.4. Freiheit / Rechte / Verantwortung	60
5.3.5. Kultur / Heimat	61

5.3.6.	Migration / Asyl	62
5.3.7.	Sicherheit / Schutz	63
5.3.8.	Soziales / Fairness	64
5.3.9.	Umwelt / Gesundheit	64
5.3.10.	Wirtschaft	65
5.4.	Interpretation der qualitativen Inhaltsanalyse und Vergleich zwischen Parteiprogramm und Facebook.....	65
5.5.	Fazit der Inhaltsanalyse.....	70
6.	<i>Pädagogische Überlegungen.....</i>	75
6.1.	Informationen zum Lehrplan.....	75
6.1.1.	Allgemeine Bildungsziele.....	75
6.1.2.	Konkrete Themenbereiche im Lehrplan	76
6.2.	Kompetenzmodell – allgemeiner Kompetenzbegriff.....	79
6.3.	Fachspezifische Kompetenzen im Unterrichtsfach Geschichte, Sozialkunde und Politische Bildung	80
6.4.	Umsetzung der Projektarbeit	84
6.4.1.	Erläuterungen zur Kompetenzentwicklung.....	87
6.5.	Fazit der pädagogischen Überlegungen	88
7.	<i>Limitierungen</i>	90
8.	<i>Conclusio.....</i>	91
	<i>Quellenverzeichnis</i>	92
	<i>Literaturverzeichnis.....</i>	100
	<i>Abstract</i>	
	<i>Abstract</i>	

1. Einleitung

In den vergangenen Jahr(zehnt)en konnte in fast allen Ländern Europas ein Erstarren rechtspopulistischer Parteien beobachtet werden.¹ So war dies auch in Österreich der Fall, wo die Freiheitliche Partei Österreichs² (FPÖ), die als „Paradebeispiel“ für Rechtspopulismus³ beschrieben wird, stetig an Wähler*innen-Stimmen gewann.

Besonders beliebt scheint die FPÖ im Verhältnis zu anderen Altersgruppen bei jungen Wähler*innen zu sein.⁴ Studien belegen, dass bei dieser Wähler*innengruppe seit einigen Jahren online-Quellen – hier vor allem auch soziale Medien – als Hauptinformationsquelle zu politischen Themen gelten.⁵

Aus dem Zusammenhang zwischen der besonderen Popularität der FPÖ bei dieser Altersgruppe und der Nutzung von sozialen Medien durch junge Menschen entstand das Forschungsinteresse für die aktuelle Masterarbeit. Konkret beschäftigt sich die Arbeit mit der politischen Kommunikation der FPÖ auf „Social Media“. Aufgrund der Vielzahl an Websites und der umfangreichen Datenmenge konnte nur eine Plattform zur Analyse ausgewählt werden und der Untersuchungsraum musste zeitlich wie personell beschränkt werden. Die Wahl des Mediums fiel auf die Plattform Facebook. Als Zeitspanne soll das Jahr 2019 untersucht werden, da die FPÖ in diesem Jahr sowohl Regierungsmitglied war, einen Wahlkampf bestreiten musste und schließlich auch als Oppositionspartei agierte. Als Vertreter der Partei wurden deren Bundesparteiobmänner Heinz-Christian Strache und Norbert Hofer ob ihrer wichtigen Position für die Partei herangezogen. Darüber hinaus liegt ein weiterer Fokus der Arbeit auf der Verbindung zum schulischen Bereich, nämlich der historischen und politischen Bildung an österreichischen Schulen. Im Besonderen wird es darum gehen, konkrete didaktische

¹ Kordula Doerfler, Studie zu Rechtspopulismus: Experten erklären Aufstieg der AfD. In: Berliner Zeitung (30. Jänner 2018), online unter <<https://www.berliner-zeitung.de/politik-gesellschaft/studie-zu-rechtspopulismus-experten-erklaren-aufstieg-der-afd-li.68235>> (22. April 2021).

² Freiheitliche Partei Österreichs, 2021, online unter <<https://www.fpoe.at/>> (21. April 2021).

³ Reinhard Heinisch, Kristina Hauser, Rechtspopulismus in Österreich: Die Freiheitliche Partei Österreichs. In: Frank Decker, Bernd Henningsen, Kjetil Jakobsen (Hg.), Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Europa. Die Herausforderungen der Zivilgesellschaft durch alte Ideologien und neue Medien (Baden-Baden 2015), 91. Kurzbeleg: Heinisch, Hauser, Rechtspopulismus in Österreich.

⁴ DerStandard.at, Wer wählte wie? Wählergruppen und ihre Motive (29. September 2019), online unter <<https://www.derstandard.at/story/2000109168988/wer-waehlte-wie-waehlergruppen-und-ihre-motive>> (23. April 2021). Oder: Institut für Strategieanalysen, Wahlanalyse Nationalratswahl 2017, online unter <<https://strategieanalysen.at/wp-content/uploads/2017/10/ISA-SORA-Wahlanalyse-NRW2017-2.pdf>> (23. April 2021), 5.

⁵ ots.at Presseaussendung, Wählen mit 16: Wahlbeteiligung der Jugendlichen ging zurück (25. März 2014), online unter <https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20140325_OTS0253/waehlen-mit-16-wahlbeteiligung-der-jugendlichen-ging-zurueck> (23. April 2021).

Vorschläge darzulegen, wie durch die Analyse der Social Media Auftritte einer Partei bei Schüler*innen, die im Lehrplan für das Unterrichtsfach Geschichte, Sozialkunde und Politische Bildung⁶ (UF GSPB) angeführten Kompetenzen entwickelt und verstärkt werden können.

Aus diesen Überlegungen ergaben sich die folgenden Forschungsfragen:

- 1.) „Wie wurden die politischen und gesellschaftlichen Einstellungen der FPÖ laut deren Parteiprogramm auf den Facebook-Profilen ihrer Funktionäre Heinz Christian Strache und Norbert Hofer im Jahr 2019 kommuniziert?“⁷
- 2.) „Welche praktischen Anwendungsmöglichkeiten lassen sich aus den Schlüssen der vorangegangenen Social Media Analyse für den schulischen Kontext ableiten?“

Um eine Antwort auf die Forschungsfragen zu finden, werden die relevanten Postings einer qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring⁸ unterzogen. Anschließend werden die Inhalte auf Facebook mit jenen im Parteiprogramm verglichen. Darauf folgt, dass die gewonnenen Erkenntnisse auf ihre Umsetzbarkeit in einem schulischen Kontext untersucht und mögliche pädagogische Implikationen herausgearbeitet werden.

Die Forschungsarbeit ist in folgende Bereiche unterteilt. Im ersten Teil wird die verwendete Methode der qualitativen Inhaltsanalyse und ihre Umlegung auf den konkreten Kontext erklärt, sowie die verwendeten Quellen genauer beschrieben. Anschließend folgt eine Erläuterung zu relevanten Begriffskonzepten. Der vierte Teil beschäftigt sich genauer mit dem Phänomen der sozialen Medien. Im darauffolgenden fünften Teil wird die historische Entwicklung der FPÖ abgehandelt. Auf sie folgt im sechsten Teil die Umsetzung der qualitativen Inhaltsanalyse. Der siebte Teil geht auf die praktische Umsetzung der Einsichten im schulischen Kontext ein. Den letzten Teil der Arbeit stellt eine kurze Diskussion über die Limitierungen der Forschungsarbeit dar, bevor eine zusammenfassende Conclusio abschließt.

⁶ Bundesministerium für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort, Bundesrecht konsolidiert: Gesamte Rechtsvorschrift für Lehrpläne – allgemeinbildende höhere Schulen, Fassung vom 01.09.2018, online unter <<https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10008568&FassungVom=2018-09-01>> (12. Juli 2021).

Kurzbeleg: Lehrplan.

⁷ Hinweis: Zugang zu den Facebook-Profilen der Politiker ist unter: Heinz-Christian Strache, online unter <<https://www.facebook.com/strache>> (19. Mai 2021), beziehungsweise Norbert Hofer, online unter <<https://www.facebook.com/search/top/?q=norbert%20hofer>> (19. Mai 2021) zu finden.

⁸ Hinweis: Genauere Erklärungen hierzu werden im folgenden Abschnitt geliefert.

2. Methode

Der folgende Abschnitt befasst sich mit den in der vorliegenden Arbeit verwendeten theoretischen Forschungssätzen. Neben ihrer Benennung sollen sie auch kurz charakterisiert werden. Anschließend folgt die Umlegung auf den konkreten Forschungskontext.

2.1. Qualitative Inhaltsanalyse

Um eine Antwort auf die genannte Forschungsfrage zu finden, werden die relevanten Social Media Postings analysiert werden. Als erster methodischer Ansatz dient die qualitative Inhaltsanalyse nach Mayring.⁹ Er selbst beschreibt diese Forschungsmethode als „qualitativ orientierte kategoriengeleitete Textanalyse“¹⁰, wobei neben der qualitativen Analyse auch quantitative Aspekte eine Rolle spielen können. Das übergeordnete Ziel ist aber, Wissen und Verständnis über den untersuchten Gegenstand zu generieren.¹¹ Wichtig zu erwähnen ist auch, dass bei Inhaltsanalysen nicht nur das Material an sich analysiert wird, sondern auch dessen Einbettung in „Kommunikationsprozesse“¹², also der Kontext der Entstehung, eine wichtige Rolle spielt. Als Hauptcharakteristikum der qualitativen Inhaltsanalyse wird die auch in Mayrings Kurzdefinition vorkommende Fokussierung auf Kategorien gesehen. Die untersuchten Textinhalte werden kategorisiert und bestimmten (thematischen) Bereichen zugeordnet. In diesem Zusammenhang definieren Hsieh und Shannon die qualitative Inhaltsanalyse auch als „research method for the subjective interpretation of the content of text data through the systematic classification process of coding and identifying themes or patterns“¹³, also eine subjektive Interpretation durch systematische Klassifizierung von Themen und Mustern. Dabei kann es sein, dass die Kategorien bereits vorliegen, beziehungsweise im Vorfeld definiert wurden, oder sich erst aus der Analyse der Texte ergeben.¹⁴ Diese

⁹ Philipp Mayring, Qualitative Inhaltsanalyse – Abgrenzungen, Spielarten, Weiterentwicklungen. In: Forum Qualitative Sozialforschung 20(3) (2019), online unter <<https://www.qualitative-research.net/index.php/fqs/article/view/3343/4444>> (13. April 2021).

Kurzbeleg: Mayring, Qualitative Inhaltsanalyse 2019.

¹⁰ Mayring, Qualitative Inhaltsanalyse, 2019.

¹¹ Barbara Downe-Wamboldt, Content analysis. Method, applications, and issues. In: Health Care for Women International 13(3) (1992), 314.

¹² Philipp Mayring, Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken (11., aktualisierte und überarbeitete Auflage Weinheim/Basel 2010), 13.

Kurzbeleg: Mayring, Qualitative Inhaltsanalyse 2010.

¹³ Hsiu-Fang Hsieh, Sarah E. Shannon, Three Approaches to Qualitative Content Analysis. In: Qualitative Health Research 15, H. 9 (2005), 1278.

Kurzbeleg: Hsieh, Shannon, Three Approaches to Qualitative Content Analysis.

¹⁴ Christoph Stamann, Markus Janssen, Margit Schreier, Quantitative Inhaltsanalyse – Versuch einer Begriffsbestimmung und Systematisierung. In: Forum Qualitative Sozialforschung (2016), online unter <<https://www.qualitative-research.net/index.php/fqs/article/view/2581/4022>> (13. April 2021).

Kurzbeleg: Stamann, Janssen, Schreier, Qualitative Inhaltsanalyse.

Herangehensweisen werden auch deduktiv, respektive induktiv genannt.¹⁵ Die Art der Kategorisierung ist auch immer von der zu beantwortenden Frage abhängig.¹⁶

2.2. Textstrukturanalyse

Als nächste theoretische Basis wird auf die Textstrukturanalyse zurückgegriffen werden.¹⁷ Sie soll dazu dienen die einzelnen Textpassagen auch individuell analysieren zu können. Die Textstrukturanalyse wird in drei Bereiche gegliedert, nämlich die grammatische Ebene, die thematische Ebene und die pragmatische Ebene.¹⁸ Erstere soll dabei helfen, die anderen beiden Ebenen zu realisieren, und geht auf die (explizite oder implizite) Verbindung einzelner Textabschnitte ein.¹⁹ Bei der Behandlung des Themas geht es um den „semantisch-kognitiven Zusammenhang [...] zwischen den ausgedrückten Sachverhalten“.²⁰ Da das Kernthema nicht immer explizit ausformuliert wird, sondern manchmal verkürzt angedeutet wird, gibt es hier einen Interpretationsspielraum.²¹ Letzter Bereich behandelt das Ziel, das der Autor / die Autorin mit ihrer Aussage verfolgt.²²

Für die konkrete Arbeit bedeutet das, dass zuerst die aktuellen politischen Programme der FPÖ²³ betrachtet werden, um aus ihnen relevante (thematische) Kategorien zu bilden. Diese werden dann auf die Korrespondenz in den sozialen Medien angewandt. Um zu bestimmen, in welche Kategorie einzelne Postings einzuordnen sind, werden diese – wie beschrieben – inhaltlich analysiert werden. Anhand dieser Vorgehensweise soll festgestellt werden, ob und wie die Kommunikation bestimmter Themen in den sozialen Medien abläuft und ein Vergleich zur Darstellung im Parteiprogramm gezogen werden.

¹⁵ Hsieh, Shannon, Three Approaches to Qualitative Content Analysis, 1279-1281.

¹⁶ Stamann, Janssen, Schreier, Qualitative Inhaltsanalyse.

¹⁷ Klaus Brinker, Methoden. Textstrukturanalyse. In: Klaus Brinker, Gerd Antos, Wolfgang Heinemann, Sven F. Sager, Text- und Gesprächslinguistik – Linguistics of Text and Conversation. Ein internationales Handbuch zeitgenössischer Forschung – An International Handbook of Contemporary Research (Handbücher zur Sprach- und Kommunikationswissenschaft Bd.16.1, Berlin/New York 2000), 164.

Kurzbeleg: Brinker, Textstrukturanalyse.

¹⁸ Brinker, Textstrukturanalyse, 164.

¹⁹ Ebenda, 165-167.

²⁰ Ebenda, 168.

²¹ Ebenda, 169.

²² Ebenda, 172.

²³ Freiheitliches Bildungsinstitut – Gesellschaft für Politik, Kultur & Meinungsfreiheit, Parteiprogramme und Erklärungen (2021), online unter <<https://www.fbi-politikschule.at/ueber-die-fpoe/parteiprogramme-und-erklarungen/>> (23. April 2021).

Nach der Diskussion der aus der qualitativen Inhaltsanalyse entstandenen Einsichten, werden diese auf ihre Nützlichkeit im schulischen Kontext untersucht und mögliche pädagogische Implikationen herausgearbeitet.

2.3. Quellen

Zur besseren Übersicht und Verständlichkeit sollen nun die für die Inhaltsanalyse verwendeten Quellen und deren Auswahl genauer beschrieben werden.

Als erstes ist das Parteiprogramm der FPÖ aus dem Jahr 2011 anzuführen. Dieses am Bundesparteitag in Graz beschlossene Programm ist das aktuellste, das die Partei bis dato veröffentlicht hat. Da es immer noch Gültigkeit hat, wurde es für den konkreten Kontext ausgewählt. Das Programm an sich ist sowohl in deutscher, als auch in englischer Sprache auf der Homepage der Partei (<https://www.fpoe.at/>) abruf- und downloadbar.²⁴ Die Inhalte werden zu einem späteren Zeitpunkt noch ausführlicher behandelt.

Der zweite Pool an Quellen wird von der Social Media Seite Facebook bezogen. Der Fokus liegt auf den im Jahr 2019 veröffentlichten Meldungen von Heinz-Christian Strache und Norbert Hofer. Diese beiden Personen wurden ausgewählt, weil sie beide im genannten Jahr Bundesparteiobmänner der FPÖ waren und somit eine essentielle Rolle innerhalb der Partei, aber auch nach außen hin einnahmen. Strache war seit 2015 Bundesparteiobmann, bis er im Mai 2019 seine politischen Ämter niederlegte. Norbert Hofer übernahm das Amt offiziell am 14. September 2019.²⁵ Er galt jedoch schon kurz nach dem Rücktritt Straches als designierter Parteichef.²⁶ Daher werden von Beginn des Untersuchungsraumes (Jänner 2019) bis zu Straches Amtsniederlegung am 18. Mai dessen Facebook-Mitteilungen analysiert und danach jene Hofers bis zum Jahresende 2019. Der Grund, weshalb die persönlichen Profile der Politiker herangezogen wurden, anstatt jenes der Partei an sich, ist die jeweilige Reichweite. Während der offiziellen Partiseite 2019 133.000 Menschen folgten, waren es bei Straches privater Seite

²⁴ Parteiprogramm der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) (18. Juni 2011), online unter <https://www.fbi-politikschule.at/fileadmin/user_upload/www.fpoe-bildungsinstitut.at/dokumente/Programm_der_FPOE_2011.pdf> (23. April 2021).

Kurzbeleg: Parteiprogramm FPÖ 2011.

²⁵ Republik Österreich Parlament, Ing. Norbert Hofer, online unter <https://www.parlament.gv.at/WWER/PAD_35521/#tab-ZurPerson> (28. Juni 2021).

²⁶ ORF.at, FPÖ nominiert Hofer zum Spitzenkandidaten, 4. Juni 2019, online unter <<https://orf.at/stories/3125674/>> (28. Juni 2021).

800.000 Menschen.²⁷ Die aktuellen Zahlen aus 2021 zeigen auch bei Hofers Seite eine höhere Follower-Anzahl. Sein Profil hat etwas mehr als 320.000 Abonnent*innen²⁸, die Partei-Seite steht mit ungefähr 165.000 etwa bei der Hälfte davon.²⁹ Da vermutet wird, dass nicht alle geteilten Meldungen zwangsläufig politische Inhalte präsentieren und daher zur Beantwortung der Forschungsfrage beitragen können, werden nur solche mit politischer Relevanz in die Analyse aufgenommen.

²⁷ Johanna Hager, Martin Stepanek, Johannes Arends, FPÖ legt Straches Facebook-Seite mit 800.000 Fans still, 18. Oktober 2019, online unter <<https://kurier.at/politik/inland/frist-abgelaufen-ungewissheit-ueber-straches-facebook-follower/400651160>> (28. Juni 2021).

²⁸ Facebook-Profil Norbert Hofer, online unter <<https://www.facebook.com/norberthofer2021>> (28. Juni 2021).

²⁹ Facebook-Profil FPÖ, online unter <https://www.facebook.com/fpoe/about/?ref=page_internal> (28. Juni 2021).

3. Historische Übersicht über die Entstehung der FPÖ

Zum besseren Überblick werden im folgenden Abschnitt die Entstehungsgeschichte der FPÖ, sowie die bisherigen Entwicklungen der Partei umrissen. Besonderes Augenmerk soll hierbei auf jene Merkmale gelegt werden, die die Partei in ihren heutigen Charakteristika beschreibt. Um ein genaueres Verständnis zu generieren, sei aber nicht nur die Partei seit ihrer offiziellen Gründung Thema dieses Kapitels, sondern auch der historische Kontext und relevante Ereignisse, die zur Entstehung der FPÖ beitragen. Zu Beginn wird noch eine theoretische Begriffserklärung zu den Begriffen Rechtsextremismus und Populismus vorgenommen, da diese noch von Relevanz sein werden.

3.1. Definition Rechtsextremismus und Populismus

3.1.1. Rechtsextremismus

Während es sich, wie unten noch genauer abgehandelt, beim Populismus schwerpunktmäßig um eine Art der politischen Vermittlung handelt, bezieht sich der rechtsextreme Charakter auf die Inhalte der politischen Ideologie.³⁰ Die anschließenden Punkte sollen die von Willibald I. Holzer ausgearbeiteten Hauptcharakteristika des Rechtsextremismus zusammenfassen und kurz beschreiben:³¹ Zu erwähnen ist noch, dass diese Beschreibungen im Speziellen auf rechtsextreme Formationen in Österreich fokussieren.

- *Volksgemeinschaft, Kollektiv contra Individuum* [Hervorhebung im Original]
Unter diesen Punkt fällt die Herstellung und Sicherung einer Volksgemeinschaft, wie sie auch im Nationalsozialismus schon angestrebt worden war. Die Einzelperson hat sich der Masse in dem Maße unterzuordnen, dass sie für diese arbeitet und ein Teil dieser ist. Organisiert ist eine solche Gemeinschaft „patriarchisch-hierarchisch“. Um das Funktionieren der Gemeinschaft sicherzustellen, werden alle sich nicht anpassenden Personen als Gegner*innen diffamiert.
- *Staat und Demokratie* [Hervorhebung im Original]
Ein in sich geschlossener und nach innen und außen starker Staat soll eine „Scheindemokratie“ durch eine wahrhaftige ersetzen.
- *Ethnozentrismus, Ethnopluralismus* [Hervorhebung im Original]

³⁰ Bailer-Galanda, Neugebauer, Haider und die Freiheitlichen Österreichs, 51.

³¹ Willibald I. Holzer, Rechtsextremismus – Konturen, Definitionsmerkmale und Erklärungsansätze. In: Stiftung Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes (Hg.), Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus (Wien 1994) 12-96. Zitiert nach: Bailer-Galanda, Neugebauer, Haider und die Freiheitlichen Österreichs, 52-55.

Kurzbeleg: Willibald I. Holzer, Rechtsextremismus.

Ganz klar wird eine Abgrenzung zwischen „Wir“ und „den Anderen“ getroffen. Jede*r soll sich nur in der eignen Gruppe / dem der Gruppe zugeordneten geographischen Raum bewegen, wobei jede Form der Gruppen-Vermischung unerwünscht ist.

- *Suche nach Sündenböcken, Verschwörungstheorien* [Hervorhebung im Original]
Bei ökonomischen, sozialen, oder politischen Schwierigkeiten wird die Verursachung dieser einer „out-group“ zugeschrieben. Je nach gegebener Situation können das aus dem Ausland stammende, ideologisch andersdenkende oder einer Minderheit zugehörige Personen sein. Sichergestellt wird, dass dadurch in der Gesellschaft bereits vorherrschende Ängste auf diese Gruppen projiziert werden. Zur Rechtfertigung werden „sachliche“ Argumente herangezogen, die oftmals verschwörungstheoretische Züge aufweisen.
- *Ideologie der Ungleichheit, Rassismus* [Hervorhebung im Original]
Heutzutage werden Antisemitismus und Rassismus nur selten offen geäußert. Um nicht nachweislich als rassistisch / antisemitisch wahrgenommen zu werden, tritt dieses Gedankengut oft durch ethnozentristische / ethnopluralistische Aussagen in Erscheinung. Dabei wird darauf hingewiesen, dass unterschiedliche kulturelle Gruppen nicht miteinander vereinbar sind. Damit wird auch klargestellt, dass eine Person nie ihre eigene Herkunft vollkommen ablegen und sich eine andere Kultur aneignen könne.
- *(Deutsch-)Nationalismus* [Hervorhebung im Original]
Die Identifikation mit dem Deutschnationalismus wandelte sich (bis auf vereinzelte Gruppen) in Österreich zu einem Österreich-Patriotismus um. Dies ist aber kein Hindernis, um anhand der neuen Fokussierung nicht Angehörige als „Andere“ zu klassifizieren und dementsprechend auszuschließen.
- *nationales Geschichtsbild* [Hervorhebung im Original]
Hier liegt als Grundannahme vor, dass das deutsche Volk das wohl beste und den anderen somit überlegen ist. Demzufolge gibt es keine kritische Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit, die unhinterfragt glorifiziert wird. Kommt es dann zur Betrachtung von Epochen wie dem Nationalsozialismus wird der Fokus einfach ausschließlich auf noch so kleine positive Aspekte gelegt. Nebenher werden die Verbrechen bagatellisiert und oder ganz verleugnet (vergleiche Leugnung des Holocaust). Somit kann eine Nation imaginiert werden, aus deren ruhmreichen Geschichte nur Nachkommen nationaler Held*innen entstanden.
- *politischer Stil* [Hervorhebung im Original]

Was hier als politischer Stil bezeichnet wird, bezieht sich auf den Umgang Rechtsextremer mit anderen. Während die körperliche Gewaltbereitschaft auf militante und neonazistische Vereinigungen beschränkt ist, ist verbale Gewalt aber bis in die höchsten politischen Reihen zu verfolgen.

Bei all diesen Punkten spielen die Konzepte von „Natur“ und „Natürlichkeit“³² eine essentielle Rolle. Aufgrund der Ansicht, dass durch die Natur bestimmte Gegebenheiten unveränderlich sind, folgt das Argument, dass dadurch jegliche Kritik an diesen oder Änderungsversuche dieser abwegig sind. In diesem rechtsextremen Verständnis werden somit sämtliche Ansätze anderer Ideologien, die nicht mit den rechtsextremen übereinstimmen, als unnatürlich abgelehnt.³³

3.1.2. Populismus

Nachdem ein Überblick der Definition von Rechtsextremismus gegeben wurde, wird nun ein genauerer Blick auf die Erklärung des Begriffs Populismus geworfen. Vorerst sei darauf hingewiesen, dass es unterschiedliche Ansätze gibt, um Populismus zu erklären. Dies ist schon alleine der Tatsache geschuldet, dass Forschende divergente Grundverständnisse des Begriffs und seiner Implikationen haben. Über die Jahre kristallisierten sich im Forschungsfeld besonders drei Perspektiven heraus. Die erste sieht den Populismus als „ambivalentes Phänomen“, während die zweite und dritte entweder dessen Gefahr für die Demokratie beziehungsweise dessen Potential für die Demokratie fokussieren.³⁴ Hinzu kommen noch die jeweilig mit dem Begriff in Verbindung gebrachten Konnotationen, die eine eindeutige Charakterisierung erschweren.³⁵ Der Politikwissenschaftler Florian Hartleb kritisiert auch, dass die Begriffe „Populismus“ und „populistisch“ als Zuschreibung inflationär und nicht immer begründet verwendet würden, wobei diese oftmals auch in einer negativen Wertung angewandt würden um politische Gegner*innen abzufertigen.³⁶

³² Willibald I. Holzer, Rechtsextremismus. Zitiert nach: Bailer-Galanda, Neugebauer, Haider und die Freiheitlichen Österreichs, 52.

³³ Ebenda, 52.

³⁴ Manon Westphal, Populismus in der politischen Theorie. In: Isabelle-Christine Panreck (Hg.), Populismus – Staat – Demokratie. Ein interdisziplinäres Streitgespräch (Staat – Souveränität – Nation (Dresden 2020), 157.

³⁵ Klaus Poier, Sandra Saywald-Wedl, Hedwig Unger (Hg.), Die Themen der „Populisten“. Mit einer Medienanalyse von Wahlkämpfen in Österreich, Deutschland, der Schweiz, Dänemark und Polen (International Studies on Populism 5, Baden-Baden 2017), 29.

Kurzbeleg: Poier, Saywald-Wedl, Unger, Die Themen der „Populisten“.

³⁶ Florian Hartleb, Rechts- und Linkspopulismus im westeuropäischen Vergleich. Zur strukturellen und inhaltlichen Bestimmung eines eigenständigen Parteientypus. In: Uwe Backens, Eckhard Jesse (Hg.), Gefährdung der Freiheit. Extremistische Ideologien im Vergleich (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung 29, Dresden 2006), 105.

„Alltagssprachlich wird der Begriff Populismus als synonym mit Demagogie und einer opportunistischen Kommunikationsstrategie und Programmatik verstanden.“³⁷ Hartleb wirft einen genaueren Blick darauf, was Populismus bedeutet und kommt zu dem Schluss, dass ihn einige Merkmale charakterisieren, die jedoch „teils kompatibel, teils inkompatibel, teils überschneiden[d] [...], teils [...] Ober-, teils [...] Unterbegriffe“³⁸ sind. Die folgende Auflistung Hartlebs soll als Anhaltspunkt für das bessere Verständnis dieses Terminus dienen:

- Regierungsstil („Pragmatismus“);
- Volksnähe („originärer Bedeutungsinhalt“; bereits durch die wörtliche Bedeutung);
- Protestventil;
- Stimmungsaufgeladene, affektive Mobilisierungsstrategie (inhaltlich willkürlich);
- Strukturmuster der zeitgenössischen Parteiendemokratie in Westeuropa;
- Kommunikationsmittel und Dialogtechnik;
- Produkt der Mediendemokratie („Slogans“);
- Generator von spektakulären Inhalten (mit ideologischer Qualität)

Bedeutend ist, dass sich populistische Parteien vom gängigen „Establishment“ distanzieren.³⁹

Der Politikwissenschaftler Cas Mudde liefert eine Erläuterung dazu:

“I define populism as an ideology that considers society to be ultimately separated into two homogeneous and antagonistic groups, ‘the pure people’ versus ‘the corrupt elite’, and which argues that politics should be an expression of the volenté générale (general will) of the people.” [Hervorhebung im Original]⁴⁰

Wie ersichtlich ist, kommt es hier wieder zu einer Kategorisierung von Menschen in eine „in-“, beziehungsweise „out-group“, denen jeweils bestimmte Eigenschaften konnotiert werden. In der Beschreibung Muddes handelt es sich um die reinen Menschen die einen Großteil der Bevölkerung ausmachen, die aber von der personell kleineren Menge an korrupten Eliten ausgenutzt werden. Als politische Agenda fordern die Populist*innen hier, dass auf das Wohl der Masse wertgelegt wird, anstatt auf jenes der Elite. In Zusammenhang mit dieser Distanzierung zur „ausnutzenden Elite“, entsteht eine

Kurzbeleg: Hartleb, Rechts- und Linkspopulismus im westeuropäischen Vergleich.

³⁷ Poier, Saywald-Wedl, Unger, Die Themen der „Populisten“, 32.

³⁸ Hartleb, Rechts- und Linkspopulismus im westeuropäischen Vergleich, 108.

³⁹ Ebenda, 108.

⁴⁰ Cas Mudde, The Populist Zeitgeist. In: Government and opposition 39(4) (2004), 543. Kurzbeleg, Mudde, The Populist Zeitgeist.

Gegenüberstellung von thematischen Inhalten, wobei die Populist*innen ihre Ablehnung gegenüber diesen deutlich machen. Einige Beispiele sind hier gängige populistische Einstellungen wie etwa „Antikapitalismus, Antiamerikanismus, Antiglobalisierung, oder Antifaschismus“.⁴¹ Es ist aber darauf hinzuweisen, dass solche politischen Inhalte oftmals flexibel sind, das heißt, dass sich die Ausrichtung je nach aktueller politischer Lage und Gesellschaftskonsens jederzeit ändern kann.⁴² Aus diesem Grund wird der Populismus von Mudde auch als „thin-centered ideology“⁴³ beschrieben, da dessen Kernelemente nicht fixiert, sondern fluide sind. Dies bedeutet jedoch nicht, dass der in seinem Grunde auf die Menschen fokussierte Populismus nicht auch durch andere Ideologien ergänzt werden kann, die dann dessen inhaltliches Fundament bilden.⁴⁴ Da Populismus oftmals mit der Extremen gleichgestellt wird, sei noch dezidiert darauf hinzuweisen, dass im Unterschied zu extremen Gruppen, populistische Parteien innerhalb der gesetzlich vorgeschriebenen Rahmenbedingungen handeln.⁴⁵ Auch ist das Vorkommen populistischen Diskurses in der heutigen Politiklandschaft nichts Außergewöhnliches mehr, sondern wohl die Regel.⁴⁶

Auf die alltägliche politische Kommunikation umgelegt, bezeichnet Populismus eine Kommunikationsart mit „vereinfachte[m] Politikstil, der mit bilderreicher Sprache eine direkte Verbindung zum ‚Volk‘, den einfachen Leuten konstruiert [...]“ und durch eine „chronische Entrüstung“ ausgezeichnet wird.⁴⁷ Massenmedien werden genutzt um auf „reale oder imaginäre Missstände“ in der Gesellschaft hinzuweisen.⁴⁸ Sich mehr als eine „Bewegung“, denn als eine politische Partei inszenierend, spielen die personellen Vertreter*innen eine ausschlaggebende Rolle: im Speziellen eine „zentrale Figur mit Ausstrahlung“.⁴⁹

Schon allein wegen ihrer vielfältigen Interpretationsweisen, sollen die beiden hier gelieferten Definitionen zu Rechtsextremismus und Populismus keinesfalls einen Anspruch an Vollständigkeit annehmen. Vielmehr sollen sie als Überblick dienen, wie

⁴¹ Hartleb, Rechts- und Linkspopulismus im westeuropäischen Vergleich, 108.

⁴² Ebenda, 108.

⁴³ Mudde, The Populist Zeitgeist, 544.

⁴⁴ Ebenda, 544.

⁴⁵ Poier, Saywald-Wedl, Unger, Die Themen der „Populisten“, 30.

⁴⁶ Mudde, The Populist Zeitgeist, 542.

⁴⁷ Hartleb, Rechts- und Linkspopulismus im westeuropäischen Vergleich, 108.

⁴⁸ Ebenda 108-109.

⁴⁹ Ebenda, 109.

sie in der vorliegenden Arbeit verstanden werden, damit spätere Referenzen darauf besser nachvollziehbar sind.

3.2. Der Verband der Unabhängigen als Vorläufer der heutigen FPÖ

Die Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges waren in Österreich geprägt durch den Wiederaufbau und die Besatzungszeit der Alliierten.⁵⁰ Bis zur Unterzeichnung des österreichischen Staatsvertrages 1955 und der damit verbundenen Freiheit und Souveränität des Staates,⁵¹ hatten die vier Besatzungsmächte Großbritannien, Frankreich, die Sowjetunion, sowie die USA erheblichen Einfluss sowohl auf das politische, als auch wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben in Österreich.⁵² Eine jener Agenden, die von den alliierten Mächten verfolgt wurde, war die sogenannte „Entnazifizierung“⁵³, bei der es unter anderem um die Registrierung ehemaliger Nationalsozialist*innen ging, denen in Folge auch ihr Wahlrecht abgesprochen wurde. Als „Ehemalige“ zählten Personen, die „ehemalige NSDAP-Mitglieder, Parteianwärter sowie Mitglieder der Wehrverbände SA und SS“⁵⁴ waren. 1947 wurden die registrierten ehemaligen Nationalsozialist*innen rechtlich in zwei Gruppen eingeteilt, nämlich je nach ihren Tätigkeiten innerhalb der NSDAP in „Belastete“ und „Minderbelastete“⁵⁵, wobei nur 10%, als Belastete eingestuft wurden.⁵⁶ Im gleichen Jahr wurde den übrigen 90%, also jenen die den Minderbelasteten zugeordnet wurden, das aktive Wahlrecht wieder zugesprochen. Darüber hinaus kam es 1948 zur sogenannten „Minderbelastetenamnestie“, dank derer laut dem Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW), etwa 500.000 ehemalige Nationalsozialist*innen Amnestie erlangten.⁵⁷ Diese ermöglichte ihnen nun nicht nur wieder

⁵⁰ Republik Österreich Parlament, 1945 – Wiederherstellung der Republik Österreich, online unter <<https://www.parlament.gv.at/PERK/HIS/REP2/1945/index.shtml>> (24. Juni 2021).

⁵¹ Bundesministerium für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort, Gesamte Rechtsvorschrift für Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreich, Fassung 07.05.2021, online unter <<https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung/Bundesnormen/10000265/Wiederherstellung%20eines%20unabh%C3%A4ngigen%20und%20demokratischen%20c3%96sterreich%2c%20Fassung%20vom%2007.05.2021.pdf>> (07. Mai 2021), 2.

⁵² Manfred Rauchensteiner, Einleitung. In: Manfred Rauchensteiner, Robert Kriechbaumer (Hg.), Die Gunst des Augenblicks. Neue Forschung zu Staatsvertrag und Neutralität (Schriftreihe des Forschungsinstitutes für politisch-historische Studien der Dr.-Wilfried-Haslauer-Bibliothek, Salzburg, 24, Wien/Köln/Weimar 2005), 9.

⁵³ Florian Hartleb, Extremismus in Österreich. In: Eckhard Jesse, Tom Thieme (Hg.), Extremismus in den EU-Staaten (Wiesbaden 2011), 265.

⁵⁴ Republik Österreich Parlament, Schicksalswahl 1945. Sonderausstellung im Österreichischen Parlament aus Anlass des 60. Jahrestages der Nationalratswahl vom 25. November 1945, 2005, online unter <https://www.parlament.gv.at/ZUSD/PDF/2005_schicksalswahl_1945.pdf> (05. Mai 2021) 28.

⁵⁵ Bundesministerium für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort, Bundesgesetzblatt für die Republik Österreich. 25. Bundesverfassungsgesetz: Nationalsozialistengesetz (ausgegeben am 17. Februar 1947), online unter <https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblPdf/1947_25_0/1947_25_0.pdf> (10. Mai 2021).

⁵⁶ Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Entnazifizierung in Österreich, online unter <<https://ausstellung.de.doew.at/m28sm129.html>> (10. Mai 2021).

Kurzbeleg: DÖW, Entnazifizierung in Österreich.

⁵⁷ DÖW, Entnazifizierung in Österreich.

das passive Wahlrecht, sondern auch die Amtsausübung als Geschworene oder Schöffen.⁵⁸ Mit diesen Maßnahmen nahm die Entnazifizierung nachfolgend deutlich ab.⁵⁹ Schließlich kam es 1957 zur Amnestie der übrigen Nationalsozialist*innen und der Fokus wurde nunmehr auf die Integration dieser Gruppe in das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben gelegt.⁶⁰ Der österreichische Wirtschaftshistoriker Dieter Stiefel meinte dazu: „Es gibt nach 1957 keine ehemaligen Nazis mehr in Österreich!“⁶¹, womit die Entnazifizierung wohl zu ihrem endgültigen Ende gekommen war.

Bereits 1949, also nur wenige Monate nach der Amnestie der Minderbelasteten, wurde der VdU, der Verband der Unabhängigen, als neue politische Kraft gegründet, der als Vorgänger der heutigen FPÖ gilt.⁶² Besonderen Zulauf und Unterstützung erhielt der VdU von der oben genannten Gruppe der Ehemaligen. Darüber hinaus fand er auch bei jenen Menschen Anklang, die sich nicht von den Großparteien SPÖ und ÖVP vertreten fühlten. Darunter fielen neben den „belasteten Eliten“⁶³, um die sich SPÖ und ÖVP bemühten, andere Interessensgruppen wie etwa Liberale oder Monarchisten.⁶⁴ Als Resultat war die Anhängerschaft des Verbandes äußerst heterogen.⁶⁵ Ideologisch wurde der VdU vom Politologen und Publizisten Matthias Belafi als „antiklerikal, antisozialistisch, liberal und deutschnational“⁶⁶ beschrieben, worin ersichtlich wird, warum sich die oben genannten Gruppen angesprochen fühlten. Mit Referenz zu der „Drei-Lager-Theorie“⁶⁷ von Adam Wandruszka, fällt der VdU in die Kategorie des dritten Lagers. Dieses hatte schon ab dem Revolutionsjahr 1848 eine wichtige Bedeutung im Habsburgerreich und später in der Republik Österreich inne und galt als Alternative zu den beiden anderen Lagern, nämlich dem christlich-sozialen und dem sozialdemokratischen

⁵⁸ DÖW, Entnazifizierung in Österreich.

⁵⁹ Hilde Weiss, Bewertung der NS-Vergangenheit und Antisemitismus. Einstellungsforschung in Österreich 1945-1948. In: Andreas Kranebitter, Christoph Reinprecht (Hg.), Die Soziologie und der Nationalsozialismus in Österreich (Bielefeld 2019), 359.

Kurzbeleg: Weiss, Bewertung der NS-Vergangenheit und Antisemitismus.

⁶⁰ Weiss, Bewertung der NS-Vergangenheit und Antisemitismus, 258-360.

⁶¹ oe1.orf.at, Entnazifizierung in Österreich, 08. April 2017, online unter <<https://oe1.orf.at/artikel/206501/Entnazifizierung-in-Oesterreich#top>> (10. Mai 2021).

⁶² Matthias Belafi, Der Erfolg der FPÖ: Österreichs Parteien- und Regierungssystem unter Druck. In: Zeitschrift für Politik 64(3) (2017), 365.

Kurzbeleg: Belafi, Der Erfolg der FPÖ.

⁶³ Gerd Wiegel, Rechtes Erfolgsmodell Österreich. In: Reinhard Kühnl et al., Die extreme Rechte in Europa (Heilbronn 1998), 99.

Kurzbeleg: Wiegel, Rechtes Erfolgsmodell Österreich.

⁶⁴ Wiegel, Rechtes Erfolgsmodell Österreich, 99.

⁶⁵ Heinisch, Hauser, Rechtspopulismus in Österreich, 92.

⁶⁶ Belafi, Der Erfolg der FPÖ, 365.

⁶⁷ Adam Wandruszka, Österreichs politische Struktur. Die Entwicklung der Parteien und politischen Bewegungen. In: Heinrich Benedikt (Hg.), Geschichte der Republik Österreich (Wien 1954), 292-300.

Lager.⁶⁸ Nach dem „Anschluss“ Österreichs an das Deutsche Reich im Jahr 1939 soll es zwischen dem dritten (auch deutschnationalem⁶⁹ genanntem) Lager und der NSDAP eine „faktische Deckungsgleichheit“ gegeben haben.⁷⁰

Der Verband der Unabhängigen steht historisch besonders in personellem Zusammenhang mit dem deutschnationalen Lager und seinen zugehörigen Organisationen.⁷¹ Zwar gelten dessen Gründer, Herbert Alois Kraus und Viktor Reimann, als unbelastet,⁷² dennoch gelang es ihnen bei den zweiten Nationalratswahlen der Zweiten Republik 1949 sich und die neugegründete Partei als Vertreter der „Entrechteten“⁷³ zu inszenieren und insgesamt 11,6% der Wahlstimmen zu erlangen, wodurch der VdU mit 16 Abgeordneten in das Parlament einziehen konnte.⁷⁴ Angetreten war die Partei 1949 unter dem Namen „Wahlverband der Unabhängigen“⁷⁵. Die Hauptthemen waren einerseits die großen Parteien (ÖVP und SPÖ) und damit deren Machtmissbrauch zu Fall zu bringen, sowie andererseits die rechtliche Integration der Ehemaligen.⁷⁶ Letzteres war eine der Hauptagenden der Partei in den Folgejahren, die bestrebt war, das Ende der Entnazifizierung herbeizuführen.⁷⁷ Unter den obersten Funktionären des VdU befand sich der ehemalige Nationalsozialist wie Karl Hartleb (ehemalig führendes Mitglied des Landbundes (1927-1929) und Ortsgruppenleiter der NSDAP in Neumarkt, Steiermark (1938-1945).⁷⁸ (Seine Tätigkeit als NSDAP-Funktionär findet bei der Zusammenfassung seiner offiziellen politischen Laufbahn auf der Website des österreichischen Parlaments keine Erwähnung.⁷⁹) Ein anderes Beispiel war Helfried Pfeifer (Dozent für Verwaltungslehre und Verwaltungsrecht an der Universität Wien; ab 1938 Erweiterung auf Staatslehre und Staatsrecht; ab 1944 ordentlicher Universitätsprofessor für Staats- und

⁶⁸ Belafi, Der Erfolg der FPÖ, 364-365.

⁶⁹ Wiegel, Rechtes Erfolgsmodell Österreich, 100.

⁷⁰ Pelinka, Die FPÖ im internationalen Vergleich. Zwischen Rechtspopulismus, Deutschnationalismus und Österreich-Patriotismus. In: Conflict & communication online 1(1) (2002), 7.

Kurzbeleg: Pelinka, Die FPÖ im internationalen Vergleich.

⁷¹ Anton Pelinka, Die FPÖ im internationalen Vergleich, 3.

⁷² Margit Reiter, Die Ehemaligen. Der Nationalsozialismus und die Anfänge der FPÖ (Göttingen 2019), 75.

Kurzbeleg: Reiter, Die Ehemaligen.

⁷³ Reiter, Die Ehemaligen, 10-11.

⁷⁴ Ebenda, 113.

⁷⁵ Brigitte Bailer-Galanda, Rechtspopulismus in Österreich – die rechtsextreme Kraft im Parlament. In: Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit 2(1) (2017), 53.

⁷⁶ Reiter, Die Ehemaligen, 108.

⁷⁷ Ebenda, 10.

⁷⁸ Marianne Pollak, Archäologische Denkmalpflege zur NS-Zeit in Österreich. Kommentierte Regesten für die „Ostmark“ (Wien/Köln/Weimar 2015), 219.

⁷⁹ Republik Österreich Parlament, Karl Hartleb, online unter <https://www.parlament.gv.at/WWER/PAD_00513/index.shtml> (10. Mai 2021).

Verwaltungsrecht).⁸⁰ Dazu kommen noch Robert Scheuch (Vertreter der Kärntner NS-Großbauern), Fritz Stüber (NS-Propagandist) und Jörg Kandutsch (HJ-Führer).⁸¹ Abgesehen von diesen konkreten Beispielen, kam eine Studie aus dem Jahr 2002⁸² zu dem Ergebnis, dass 80% der VdU-Parteiführer Mitglieder der NSDAP gewesen waren.⁸³

Neben dem oben genannten Ziel die Entnazifizierung zu beenden, wollte Kraus auch gegen die „großkoalitionäre Dominanz und die damit einhergehenden Missstände (Proporz, Bürokratismus und Korruption)“ vorgehen.⁸⁴ Somit positionierte sich der VdU eindeutig als politischer Neueinsteiger und Vertreter der „kleinen Leute“. Dies wird auch klar, wenn Kraus die eigene Arbeitswilligkeit und nicht Parteizugehörigkeit als ausschlaggebenden Faktor für Erfolg nennt.⁸⁵ Auf der einen Seite äußerte Kraus seine liberalen Ansichten etwa in dem Wunsch, dass zukünftig wieder „die Freiheit und Würde des Einzelmenschen in den Mittelpunkt“⁸⁶ gestellt wird. Außerdem strebte er an, eine europaweite freie Marktwirtschaft zu schaffen, in welcher alle Völker gleichermaßen angesehen sind.⁸⁷ Auf der anderen Seite wird auch die nationale Gesinnung deutlich, wenn er erklärt: „Heimatstolz und Staatsbewusstsein sollen auf Österreich gerichtet sein – auf jenes uns eben zugefallene Herzstück Europas, das für besondere Aufgaben vorherbestimmt sein mag!“⁸⁸ Mit diesem Zitat wird ersichtlich, dass die Nation eine wichtige Rolle im Leben der Menschen einnehmen soll. Darüber hinaus soll auch die Wichtigkeit Österreichs für Europa gezeigt werden. Es wird hier im Gegensatz zur deutschnationalen Einstellung, der Fokus auf Österreich gelegt und die Identitätsbildung ist somit nicht auf Deutschland, sondern auf Österreich ausgelegt. Des Weiteren gab es auch eine eindeutige Distanzierung zur „großdeutschen Idee“⁸⁹. Auf der anderen Seite wurde aber im Parteiprogramm 1949 deutlich das Bekenntnis zum „deutsche[m] Volkstum“ festgehalten,⁹⁰

⁸⁰ Republik Österreich Parlament, Dr. Helfried Pfeifer, online unter <https://www.parlament.gv.at/WWER/PAD_01191/index.shtml> (10. Mai 2021).

Kurzbeleg: Republik Österreich Parlament, Dr. Helfried Pfeifer.

⁸¹ Reiter, Die Ehemaligen, 75.

⁸² Anmerkung: Dieser Studie zufolge sollen es bei der SPÖ 10,7%, beziehungsweise bei der ÖVP 12,8% der Parlamentsabgeordneten gewesen sein.

⁸³ Günter Bischof, Book Review von: Cornelius Lehnghuth, Waldheim und die Folgen: Der parteipolitische Umgang mit dem Nationalsozialismus in Österreich (Studien zur historischen Sozialwissenschaft 35, Frankfurt am Main 2013). In: Günter Bischof, Ferdinand Karlhofer (Hg.), Austrian Federalism in Comparative Perspective (Contemporary Austrian Studies 24, Innsbruck 2015), 255.

⁸⁴ Reiter, Die Ehemaligen, 81.

⁸⁵ Herbert Kraus, „Untragbare Objektivität“ (E-book.Wien/München 1988) 190-191, online unter <https://ulibuecherecke.ch/pdf_infos_zu_oesterreich/entnazifizierung_in_oesterreich.pdf> (11. Mai 2021).

Kurzbeleg: Kraus, „Untragbare Objektivität“.

⁸⁶ Kraus, „Untragbare Objektivität“, 190.

⁸⁷ Ebenda, 190.

⁸⁸ Ebenda 190.

⁸⁹ Reiter, Die Ehemaligen, 93.

⁹⁰ Klaus Barchold (Hg.), Österreichische Parteiprogramme 1868-1966 (Wien 1967).

was eine eindeutige Diskrepanz zwischen Kraus' Vorstellungen und jenen einer Vielzahl seiner Parteikolleg*innen aufzeigt. Immer wieder aufhorchen ließ Kraus auch mit seinen Bemerkungen zum Umgang mit ehemaligen Nationalsozialist*innen, deren juristische Verfolgung er mit den Zuständen in NS-Konzentrationslagern verglich.⁹¹ Mit solchen Vergleichen kam es nicht nur zur Verdrängung der Schuldfrage, sondern durch die Darstellung der Ehemaligen als Verfolgte der Justiz, auch zu einer Opfer-Täter-Umkehr.⁹²

Obwohl, wie oben angeführt, Kraus und Reimann als unbelastet eingestuft wurden, lassen sich zumindest bei Reimann bei genauerem Blick Verbindungen zum Nationalsozialismus und der NSDAP nachweisen. Laut eigenen Aussagen war er selbst Mitglied der illegalen Nationalsozialisten⁹³ und auch einer seiner Universitätskollegen bestätigte, dass an der Universität Wien fast alle Mitarbeiter Nationalsozialisten waren.⁹⁴ Wegen seiner Kontakte zu einer Widerstandsgruppe wurde er 1941 inhaftiert und 1943 zu einer Gefängnisstrafe verurteilt, die er bis 1945 absaß.⁹⁵ Nach anfänglichen Kritikäußerungen am Nationalsozialismus direkt nach dem Krieg, schwenkte Reimann bald in die Sichtweise Kraus' um und argumentierte zur Verteidigung der ehemaligen Nationalsozialist*innen.⁹⁶

Neben der Ablehnung der Großkoalition und der Bestrafung ehemaliger Nationalsozialist*innen, hatte der VdU auch eine eindeutig negative Haltung gegenüber den alliierten Besatzungsmächten und der Idee 1945 von diesen „befreit“ worden zu sein. Im Jahr 1954, also kurz vor der Unterzeichnung des österreichischen Staatsvertrages, wurde diesbezüglich auch eine konkrete Forderung im Nationalrat gestellt. Konkret gefordert wurden in der Rede des WdU⁹⁷-Abgeordneten Gredler die Abschaffung des Begriffs „Befreiung“ im Zusammenhang mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs, sowie das Hissen von Flaggen während „Befreiungsfeiern“. Darüber hinaus wurde auch für das Rückgängigmachen umbenannter Straßennamen geworben.⁹⁸ Immer wieder kam es von Seiten der VdU-Mitglieder zu Aussagen,

Kurzbeleg: Berchtold, Österreichische Parteiprogramme.

⁹¹ Reiter, Die Ehemaligen, 84.

⁹² Ebenda, 85.

⁹³ Anmerkung: Von illegalen Nationalsozialisten spricht man in Österreich im Zeitraum zwischen 1933-1938, als die Partei offiziell verboten war.

⁹⁴ Reiter, Die Ehemaligen, 86.

⁹⁵ Ebenda, 87.

⁹⁶ Ebenda, 87-88.

⁹⁷ Hinweis: Bei der Nationalratswahl kandidierte die Partei unter dem Namen (WdU – Wahlverband der Unabhängigen). Siehe: Reiter, Die Ehemaligen, 107

⁹⁸ Stenographisches Protokoll, 33. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, 22. Feber 1954. In: Republik Österreich Parlament, Stenographische Protokolle, online unter <https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/VII/NRSITZ/NRSITZ_00033/imfname_158483.pdf> (17. Mai 2021), 26.

Verwendung von Symbolik oder Abhaltung von Veranstaltungen, die eindeutig dem (neo-) nazistischen Milieu zuzuordnen sind, weswegen der Alliierte Kontrollrat sogar das Verbot der Partei in Betracht zog.⁹⁹

Innerparteilich kam es immer wieder zu Meinungsverschiedenheiten, da wie bereits erwähnt eine große Heterogenität zwischen den Mitgliedern und Anhänger*innen des VdU herrschte. Unter anderem ging es dabei um die Position der Partei zur Kirche oder auch zur Monarchie. Dabei kam es rasch zu einem Bruch mit der monarchistischen Anhängerschaft, da sich die Partei offiziell zum republikanischen Status Österreichs bekannte.¹⁰⁰ Auch verließen mehrere liberalere Abgeordnete die Partei, da deren Linie mit ihren Prinzipien nicht vereinbar war.¹⁰¹

Wie durch diese kurze Beschreibung der VdU-Einstellungen ersichtlich wird, lag der ideologische Fokus, sowie die realpolitische Umsetzung des VdU eindeutig auf dem nationalen Bewusstsein und der Eingliederung der ehemaligen Nationalsozialist*innen und nicht auf liberalen Werten. Zusammenfassend wurde der VdU vom österreichischen Historiker und Universitätsprofessor Oliver Rathkolb als „nichts anderes als ein Interessensverband von Betroffenen der Entnazifizierungsgesetzgebung mit pseudoliberal[e] Führung“¹⁰² beschrieben. Durch die politische Stärke der Großparteien ÖVP und SPÖ (Kooperationsversuche blieben wenig erfolgreich¹⁰³), hatte der VdU lange Zeit keinen konkreten Einfluss auf die politische Entscheidungsfindung.¹⁰⁴ Darüber hinaus führte die Spannung zwischen der überwiegend deutschnationalen Basis und dem kleineren Teil der liberalen Vertreter*innen immer wieder zu Konflikten, welche schließlich zum Ende der Partei führten.¹⁰⁵

1952 trat Kraus, der schon längere Zeit mit internem Machtverlust kämpfen musste, als Parteiobmann zurück und wurde durch Max Stendebach¹⁰⁶ ersetzt. Bei mehreren Wahlen im Jahr 1953 (Landtage und vorgezogene Nationalratswahl) musste der VdU einen Stimmenverlust verzeichnen, der das Klima innerhalb der Partei weiter verschärfte.¹⁰⁷ Überlegungen einer möglichen Regierungsbeteiligung des VdU, die besonders von der ÖVP

⁹⁹ Reiter, Die Ehemaligen, 143-144.

¹⁰⁰ Ebenda, 94.

¹⁰¹ Ebenda, 141.

¹⁰² Oliver Rathkolb, Die paradoxe Republik. Österreich 1945 bis 2005 (Wien 2005) 397.

¹⁰³ Reiter, Die Ehemaligen, 96.

¹⁰⁴ Heinisch, Hauser, Rechtspopulismus in Österreich, 95.

¹⁰⁵ Ebenda 92.

¹⁰⁶ Matthias Falter, Reclaiming the political centre after National Socialism: the discursive repositioning of the far right in Austrian (party) politics, 1949-60. In: Parliaments, Estates & Representation 28(1) (2018), 99.

¹⁰⁷ Reiter, Die Ehemaligen, 156-157.

angestrebt wurden, fanden durch das Veto des österreichischen Bundespräsidenten Körner (SPÖ) ein jähes Ende, wobei Körner dem VdU offen die Regierungsfähigkeit absprach.¹⁰⁸ Dennoch gewann der VdU allein schon durch die Überlegung einer Regierungsbeteiligung. So erhielt der Verband den Sitz des dritten Nationalratspräsidenten, den ab März 1953, der oben schon erwähnte Karl Hartleb bekleidete.¹⁰⁹ Es kam vermehrt zu dem Drang die politische Ausrichtung des Verbandes zu verändern und eine parteiliche Einheit zu schaffen. Beim Bundesverbandstag der Partei im Mai 1954 kam es dann zur schriftlichen Festlegung der neuen Ziele im „Ausseer Programm“¹¹⁰. Die verstärkte nationale Ausrichtung, die dabei getroffen wurde, wird ersichtlich durch die Festlegung: „Österreich ist ein deutscher Staat. Seine Politik muß dem gesamten deutschen Volk dienen [...]“¹¹¹. Des Weiteren sind die Einstellungen wie folgt beschrieben: „Der VdU betreibt nationale Politik, das heißt, er tritt für die Erhaltung und Festigung des deutschen Volkes im österreichischen Raum und damit für sein geistiges und materielles Wohlergehen ein.“¹¹² Dennoch konnte in den Landtagswahlen 1954 in Niederösterreich,¹¹³ Salzburg,¹¹⁴ oder Vorarlberg¹¹⁵ nicht mehr auf die Wahlerfolge von 1949 aufgebaut werden und es kam zum Verlust zahlreicher Stimmen. Einzig in Wien konnte der VdU einen kleinen Gewinn verzeichnen.¹¹⁶ Nach diesen Niederlagen lehnte Anton Reinthaller, an welchen der VdU wegen einer Mitgliedschaft und Funktionärsposition herangetreten war, das Angebot des VdU ab und begann die Gründung einer neuen Partei zu planen.¹¹⁷ Zur Person Reinthallers ist zu sagen, dass er bereits 1928 der NSDAP beigetreten war.¹¹⁸ Weiters wurde er nach dem „Anschluss“ 1938 zum Landwirtschaftsminister, und später Teil des Reichstages.¹¹⁹ Darüber hinaus erhielt er mehrere Ehrenabzeichen der Nationalsozialisten, unter anderem 1941 den Totenkopfring der SS.¹²⁰ Nach dem Ende des Krieges wurde er inhaftiert, blieb (mit einigen Unterbrechungen und Ortswechseln) bis 1950 in Haft und wurde schließlich 1953 von

¹⁰⁸ Reiter, Die Ehemaligen, 157-158.

¹⁰⁹ Ebenda, 158.

¹¹⁰ Berchtold, Österreichische Parteiprogramme, 488-489.

¹¹¹ Ebenda, 489.

¹¹² Ebenda, 490.

¹¹³ NÖ Landtag, Ergebnisse der Landtagswahlen seit 1945, online unter <<https://noe-landtag.gv.at/der-landtag/wahlen/seit-1945#1954>> (20. Mai 2021).

¹¹⁴ Land Salzburg, Landtagswahlen seit 1945, online unter <<https://www.salzburg.gv.at/stat/wahlen/ltw/index.html#hist.5.0>> (20. Mai 2021).

¹¹⁵ Vorarlberg unser Land, Land Vorarlberg. Endgültiges amtliches Wahlergebnis, online unter <https://apps.vorarlberg.at/wahlen/wahl/LT/LT_1954-10-17/Land%20Vorarlberg> (20. Mai 2021).

¹¹⁶ Stadt Wien, Gemeinderatswahlen, 21. Jänner 2021, online unter <<https://www.geschichtewiki.wien.gv.at/Gemeinderatswahlen>> (20. Mai 2021).

¹¹⁷ Reiter, Die Ehemaligen, 194-196.

¹¹⁸ Heinz-Dietmar Schimanko, Der Fall Reinthaller. Das Strafverfahren gegen Anton Reinthaller vor dem Volksgericht (Wien/Köln/Weimar 2019), 15.

Kurzbeleg: Schimanko, Der Fall Reinthaller.

¹¹⁹ Schimanko, Der Fall Reinthaller, 23-24.

¹²⁰ Reiter, Die Ehemaligen, 170-171.

Bundespräsident Körner begnadigt.¹²¹ Aufgrund seiner hohen Position innerhalb des Regimes ist davon auszugehen, dass Reinhaller von den Verbrechen der Nationalsozialisten wusste und diese somit mitzuverantworten hatte.¹²² Wegen seiner politischen Erfahrung, seines hohen Stollungsgrades im Nationalsozialismus und seiner parteiübergreifenden Vernetzungen war er im nationalen Lager äußerst angesehen.¹²³

Im Frühjahr 1955 war es dann soweit, dass Reinhaller die „Freiheitspartei“ gründete, zu deren Führungsspitze mehrere ehemalige Nationalsozialist*innen gehörten.¹²⁴ Kraus meinte dazu: „Die Gründer waren Menschen, die wieder politisch aktiv sein wollten, und zwar als ‚Kameradschaft ehemaliger Nationalsozialisten‘“¹²⁵. Des Weiteren erklärte er, dass es sich dabei um diejenigen Nationalsozialist*innen handelte, die aufgrund ihres Status als Belastete nicht im VdU willkommen gewesen waren, oder gar nicht beitreten wollten, da der VdU ihnen zu liberal erschien.¹²⁶ Nach mehreren Verhandlungsrunden mit dem VdU, wurde im Oktober 1955 schließlich die „freiheitliche Einheitspartei“ gebildet, welche ein Zusammenschluss aus der Freiheitspartei, großen Teilen des VdU (abgesehen von den Liberalen) und anderen rechten Gruppen war.¹²⁷ Bald darauf wurde die Partei in „Freiheitliche Partei Österreichs“ (FPÖ) umbenannt.¹²⁸ Die gelieferten Erklärungen zeigen auf, dass die heutige FPÖ somit aus dem VdU hervorging.¹²⁹

3.3. Gründungsphase der FPÖ

Offiziell gegründet wurde die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) am 08. April 1956.¹³⁰ Ihr Gründer und erster Obmann war der oben erwähnte Anton Reinhaller.¹³¹ Als politische Handlungsvorlage galt das schon 1955 präsentierte „Kurzprogramm der Freiheitlichen Partei Österreichs“.¹³² Hier wurde in 15 Punkten knapp zusammengefasst, welche Vorstellungen und Ziele die neue Partei verfolgen wollte. Zu erkennen ist, dass die Punkte inhaltlich jenen des

¹²¹ Schimanko, Der Fall Reinhaller, 24.

¹²² Reiter, Die Ehemaligen, 170.

¹²³ Ebenda, 196.

¹²⁴ Ebenda, 201.

¹²⁵ Kraus, „Untragbare Objektivität“, 265.

¹²⁶ Ebenda“, 265.

¹²⁷ Reiter, Die Ehemaligen, 211.

¹²⁸ Ebenda, 212.

¹²⁹ Stephan Grigat, Von Österreich lernen. Die FPÖ als Vorbild der AfD und Antisemitismuskritik in Zeiten islamistischer Mobilmachung. In: Stephan Grigat (Hg.), AfD & FPÖ. Antisemitismus, völkischer Nationalismus und Geschlechterbilder (Baden-Baden 2017) 13.

Kurzbeleg: Grigat. Von Österreich lernen.

¹³⁰ Schimanko, Der Fall Reinhaller, 15.

¹³¹ Reiter, Die Ehemaligen, 11.

¹³² Berchtold, Österreichische Parteiprogramme, 492.

VdU teilweise sehr ähnlich oder sogar ident sind. Einerseits wird sich hier für die „Ausschaltung des demoralisierenden Parteiproporz“¹³³ ausgesprochen, andererseits für „junge[...] Ehen und kinderreiche[...] Familien“ und es wird ein Bekenntnis zur „deutschen Volks- und Kulturgemeinschaft“ abgegeben.¹³⁴ Hinzu kommt noch, dass eine Vielzahl der FPÖ-Funktionsträger*innen früher schon Mitglieder des VdU gewesen waren. Wie ersichtlich ist, tritt die FPÖ somit sowohl in inhaltlichen Belangen, als auch auf einer personellen Ebene (ohne Liberale) die Nachfolgerschaft des VdU an.¹³⁵ Zum personellen Aspekt sei noch hinzuzufügen, dass zu dieser Zeit innerhalb der FPÖ nur zwei Frauen in höheren Parteigremien zu finden waren.¹³⁶ Ähnlich verschwindend war auch der Frauenanteil im VdU.¹³⁷ Die erste weibliche FPÖ-Abgeordnete im Nationalrat war Helene Partik-Pablé, welche 1983 ihr Amt antrat.¹³⁸ Als Vergleich sei hinzugefügt, dass dies bei den Sozialdemokraten (mit sieben weiblichen Abgeordneten) und Christlichsozialen (mit einer weiblichen Abgeordneten) bereits 1919, also gleich zu Beginn der Ersten Republik und mit der Einführung des Frauenwahlrechts, der Fall war.¹³⁹ Auch direkt am Anfang der Zweiten Republik 1945 können weibliche Abgeordnete bei SPÖ und ÖVP vermerkt werden.¹⁴⁰

Auffallend am Kurzprogramm von 1955 ist auch der milde Ton der angeschlagen wurde, bedenkt man, dass die FPÖ aus den deutlich deklarierten Vertreter*innen des nationalen Gedankengutes gegründet wurde. Diesbezüglich gab es auch Kritik aus den inneren Reihen.¹⁴¹ Emil van Tongel, selbst illegaler Nationalsozialist, NS-Propagandist,¹⁴² sowie ein Vertrauter Reinthallers, stellte die Verhältnisse aber eindeutig klar. Im Folgenden ist seine Rechtfertigung bezugnehmend auf die Kritik, dass das Bekenntnis zur deutschen Volks- und Kulturgemeinschaft nur schwach ausgearbeitet und erst als vorletzter Punkt angeführt wurde, angeführt.

¹³³ Berchtold, Österreichische Parteiprogramme, 492.

¹³⁴ Ebenda, 493.

¹³⁵ Pelinka, Die FPÖ im internationalen Vergleich, 3.

¹³⁶ Reiter, Die Ehemaligen, 218.

¹³⁷ Reiter, Die Ehemaligen, 75.

¹³⁸ Ebenda, 218.

¹³⁹ Republik Österreich Parlament, Die ersten acht, 2002, online unter <https://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR_2002/PK0154/index.shtml> (22. Mai 2021).

¹⁴⁰ Republik Österreich Parlament, Abgeordnete zum Nationalrat seit 1920, online unter <https://www.parlament.gv.at/WWER/NR/ABG/index.shtml?jsMode=&xdocumentUri=&filterJq=&view=&GP=V&R_WF=FR&FR=ALLE&R_BW=BL&BL=ALLE&W=W&listeId=4&LISTE=Anzeigen&FBEZ=FW_004> (21. Mai 2021).

¹⁴¹ Reiter, Die Ehemaligen, 219.

¹⁴² Margit Reiter, Anton Reinthaller und die Anfänge der Freiheitlichen Partei Österreichs. Der politische Werdegang eines Nationalsozialisten und die „Ehemaligen“ in der Zweiten Republik. In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 66(4) (2018) 571.

Kurzbeleg: Reiter, Anton Reinthaller und die Anfänge der Freiheitlichen Partei Österreichs.

„Wir wissen genau, warum an dieser Stelle der Satz steht und warum er an einer späteren Stelle steht. Wir haben unsere bestimmten Gründe dafür gehabt. Ich finde es völlig überflüssig, hier Manifestationen abzuhalten. Wir stehen hier vier Wochen vor der Wahl [...]. Es wird zweckmäßig sein, hier das heisse nationale Gefühl, das ich ebenso habe, mit einem kühlen Verstand zu paaren. [...] Es ist niemand im Saal, der nicht weiss, was wir wollen. Es ist aus technischen Gründen eine Aenderung nicht gut... Es gibt niemanden in Österreich, der nicht weiss, was wir mit diesen Sätzen sagen wollen.“¹⁴³

Maßgeblich an der Gründung der FPÖ beteiligt war unter anderem auch Herbert Schweiger,¹⁴⁴ der 1941 freiwillig zur Waffen-SS ging und bei der SS-Division „Leibstandarte Adolf Hitler“ Untersturmführer war.¹⁴⁵ Er wurde 1997 wegen „Wiederbetätigung“ zu einer Haftstrafe verurteilt und wird bis heute von Rechtsextremen als Vorbild verehrt.¹⁴⁶ Wichtige Einflussträger waren auch die Vertrauten Reinthallers Friedrich Peter (belasteter SS-Offizier,¹⁴⁷ dessen Infanteriebrigade¹⁴⁸ an Massenmorden beteiligt war¹⁴⁹), Fritz Butschek (hochrangiger Funktionär im Reichsnährstand¹⁵⁰) und der bereits erwähnte Emil van Tongel. Sie waren wie Reinthaller selbst auch ehemalige Nationalsozialisten.¹⁵¹ Die österreichische Historikerin Erika Reiter fasst die Zusammensetzung der FPÖ wie folgt zusammen:

„Auch auf vielen anderen Ebenen der Partei, im Bundespartei Vorstand und in den Landesorganisationen, waren etliche gesinnungstreue Nationalsozialisten installiert worden, die bisher noch nicht in der ersten Reihe standen und selbst von parteinahen Historikern als ‚Rechtsextremisten‘ eingestuft werden.“¹⁵²

¹⁴³ Stenographische Protokolle des ersten Bundesparteitages der FPÖ, zitiert nach: Roland Stäuber, Der Verband der Unabhängigen (VdU) und die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ). Eine Untersuchung über die Problematik des Deutschnationalismus als Einigungsfaktor einer politischen Partei in Österreich seit 1945 (St. Gallen 1974), 164.

¹⁴⁴ Reiter, Die Ehemaligen, 125.

¹⁴⁵ Der Standard, Altnazi Herbert Schweiger gestorben, 06. Juli 2011, online unter <<https://www.derstandard.at/story/1308680571412/altnazi-herbert-schweiger-gestorben>> (17. Mai 2021).

¹⁴⁶ Der dritte Weg, Gedenktag: Herbert Schweiger, 05. Juli 2020, online unter <<https://der-dritte-weg.info/2020/07/gedenktag-herbert-schweiger-2/>> (17. Mai 2021).

¹⁴⁷ Wolfgang Neugebauer, Zur Problematik der NS-Vergangenheit Österreichs, 2002. In: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, online unter <<https://www.doew.at/erforschen/projekte/arbeitschwerpunkte/widerstand-und-verfolgung/umgang-mit-der-ns-vergangenheit/zur-problematik-der-ns-vergangenheit-oesterreichs>> (21. Mai 2021).

¹⁴⁸ Reiter, Die Ehemaligen, 249.

¹⁴⁹ Heribert Schiedel, Antisemitismus und völkische Ideologie. Ist die FPÖ eine rechtsextreme Partei?. In: Stephan Grigat (Hg.), AfD & FPÖ. Antisemitismus, völkischer Nationalismus und Geschlechterbilder (Baden-Baden 2017), 108.

Kurzbeleg: Schiedel, Antisemitismus und völkische Ideologie.

¹⁵⁰ Reiter, Die Ehemaligen, 155.

¹⁵¹ Ebenda, 221.

¹⁵² Reiter, Anton Reinthaller und die Anfänge der Freiheitlichen Partei Österreichs, 571.

Darüber hinaus kam es unter der FPÖ-Spitze zu einem Aufschwung deutschnationaler Burschenschaften aus denen oftmals Mitglieder angeworben wurden.¹⁵³ Abgesehen von der politischen Komponente, kam es insgesamt zu Beginn der 1950-er Jahre an mehreren gesellschaftlichen Stellen zu einem Aufleben „rechtsgerichtete[r] Vereine und nationale[r] Organisationen“.¹⁵⁴ Diese Vereine und Verbände bekannten offen ihre Unterstützung der FPÖ.¹⁵⁵ Auch literarische Werke, in denen Kriegserfahrungen von Ehemaligen verschriftlicht wurden, fanden regen Anklang im nationalen Lager.¹⁵⁶ Was das Vorkommen solcher Ereignisse vereinfachte, waren der Abschluss der Verhandlungen zum österreichischen Staatsvertrag und der darauf folgende Abzug der alliierten Besatzungskräfte aus Österreich, ebenso aber auch das durch den VdU angestrebte Ende der Entnazifizierungsmaßnahmen und die Amnestie belasteter Ehemaliger.¹⁵⁷ Aus denselben Gründen kam es ab jener Zeit auch immer wieder zu an das nationalsozialistische Gedankengut erinnernden „Zwischenfällen“, an denen FPÖ-Funktionär*innen beteiligt waren.¹⁵⁸ In der Öffentlichkeit gab es nur wenig Ansätze um dem allgemein nach rechts gerückten Diskurs entgegenzuwirken. Die politisch mittlerweile sehr unbedeutende KPÖ und die Opferverbände waren die Hauptinitiatoren dieser Gegenbewegungen.¹⁵⁹

Anton Reinhaller starb am 06. März 1958 an den Folgen seines Lungenkrebses.¹⁶⁰ Zwar wurde sein Charakter nach seinem Ableben von vielen Seiten verherrlicht (wobei seine NS-Vergangenheit ausgespart wurde),¹⁶¹ dennoch verlor die Person des Parteigründers zusehends an Bedeutung. Nach internen Debatten wurde Friedrich Peter einige Monate später am dritten Bundesparteitag als sein Obmann-Nachfolger gewählt.¹⁶² Wie Reiter beschreibt, sollte der Obmann-Wechsel auch einen Wechsel der Generationen symbolisieren. Dennoch blieb die neue Spitze den inhaltlichen Punkten der Partei treu.¹⁶³ So bekannte sich Peter etwa eindeutig zum Deutschtum.¹⁶⁴ Weiters äußerte er sich immer wieder stolz zu seiner NS-Vergangenheit.¹⁶⁵

¹⁵³ Reiter, Die Ehemaligen, 223.

¹⁵⁴ Ebenda, 262-263..

¹⁵⁵ Ebenda, 264.

¹⁵⁶ Ebenda, 263.

¹⁵⁷ Ebenda, 264.

¹⁵⁸ Ebenda, 275.

¹⁵⁹ Ebenda, 279-280.

¹⁶⁰ Schimanko, Der Fall Reinhaller, 25.

¹⁶¹ Reiter, Die Ehemaligen, 239-242.

¹⁶² Ebenda, 244.

¹⁶³ Ebenda, 245.

¹⁶⁴ Ebenda, 246.

¹⁶⁵ Ebenda, 251.

Bei den Nationalratswahlen 1959 konnte die FPÖ einen Stimmenzuwachs verbuchen und stellte mit acht Mandaten (nach Ausscheiden der KPÖ) die einzige Oppositionspartei im Parlament.¹⁶⁶

3.3.1. Inhaltliche Punkte der Freiheitlichen Politik

Am 2. ordentlichen Parteitag der FPÖ im Jahr 1957 wurden die „Richtlinien freiheitlicher Politik in Österreich“ festgehalten, welche das bereits vorgestellte vorläufige Programm ersetzen sollten.¹⁶⁷ Sie bestanden aus 14 Themengebieten, die jedoch viel detailreicher ausgeführt wurden. Im Folgenden wird ein kurzer Überblick über einige Inhalte und somit die Grundsätze der FPÖ-Politik gegeben.

- Gleich zu Beginn bekannte sich die FPÖ mit ihrer „freiheitlichen[n] und soziale[n] Politik“ zu den „Grundrechten der Menschen und Völker“. Besonders hervorgehoben wurde in diesem Abschnitt die Wichtigkeit der freien Meinungsäußerung im politischen als auch religiösen Bereich. Gleichzeitig wurde implizit darauf hingewiesen, dass die auf alle Lebensbereiche übergreifende Art und Weise der aktuellen Großparteien-Regierung diese uneingeschränkte Meinungsfreiheit sabotiere, wenn nicht ganz unmöglich mache.¹⁶⁸ Letzterer Aspekt wurde nochmals in einem späteren Abschnitt erwähnt, wobei die Unzufriedenheit mit dem „*demoralisierenden Parteienproporz*“ [Hervorhebung im Original] hervorgehoben wurde.¹⁶⁹ Dadurch positionierte sich die FPÖ wie zuvor der VdU eindeutig auf Seiten des „kleinen Mannes“, sowie gleichzeitig als „outsider“-Partei“. Durch diese Rolle als Neulings-Partei wurde ihr zugetraut einen Umschwung des Status quo hervorbringen zu können.¹⁷⁰
- Der Kritik ob der späten und nicht eindeutigen Nennung bezüglich des Nationalitätenbekenntnisses von 1955 wurde 1957 nun genüge getan. Bereits im dritten Punkt bekannte sich die FPÖ, die zwar die Eigenstaatlichkeit Österreichs „*bejah[te]*“ [Hervorhebung im Original] zur „*deutschen Volks- und Kulturgemeinschaft*“ [Hervorhebung im Original].¹⁷¹ Neben der Bestätigung, dass der Friede und die Einheit Europas unumgänglich für eine positive Zukunft Österreichs sei, wurde mit aller Deutlichkeit festgehalten, dass „eine Loslösung Österreichs vom Deutschtum“

¹⁶⁶ Reiter, Die Ehemaligen, 282.

¹⁶⁷ Berchtold, Österreichische Parteiprogramme, 494.

¹⁶⁸ Ebenda, 494.

¹⁶⁹ Ebenda, 498.

¹⁷⁰ Pelinka, Die FPÖ im internationalen Vergleich 3.

¹⁷¹ Berchtold, Österreichische Parteiprogramme, 495.

unbedingt abgewendet werden müsse und bei den „*deutschen* Österreichern das Bewußtsein wach zu erhalten [sei], ein Teil des deutschen Volkes mit allen sich aus dieser Zugehörigkeit ergebenden Rechten und Pflichten zu sein“ [Hervorhebung des Verfassers].¹⁷² Auf diese Erklärung folgte eine Erläuterung, die die Reinheit der österreichischen „Rasse“ beteuerte, als Rechtfertigung dem Deutschtum zugerechnet werden zu können.¹⁷³

- Bezugnehmend auf die wirtschaftliche Situation, bekannte sich die FPÖ zur sozialen Marktwirtschaft. Als soziale Komponente verlangte sie die durch den Staat getragene wirtschaftliche Sicherheit für Arbeitende, Angestellte, sowie Produzierende von landwirtschaftlichen Gütern.¹⁷⁴ Um dies zu gewährleisten, hatte der Staat die Verantwortung gegebenenfalls den Markt zu regulieren um die notwendigen Bedingungen zu schaffen.¹⁷⁵

Der 7. ordentliche Parteitag der FPÖ im Juni 1964 lieferte Anlass für das „Salzburger Bekenntnis“. In der Einleitung zu den inhaltlichen Punkten vermerkt der Rechtswissenschaftler Klaus Berchtold: „Die Partei selbst betrachtete diesen Parteitag als richtungsweisend, weil die FPÖ niemals klarer und treffender ihr politisches und weltanschauliches Programm dargelegt und vertreten hat.“¹⁷⁶ Zentrales Thema dieses Programms war die Abwehr und Überwindung des Kommunismus und die Etablierung und Sicherung der Freiheit.¹⁷⁷ Als Hindernis dieser Freiheit wurde das österreichische politische System, das zwar formal als Demokratie galt, jedoch praktisch nicht funktionsfähig war, gesehen.¹⁷⁸

Die FPÖ trat weiterhin für die Einheit Europas ein¹⁷⁹ und unterstützte eine Teilnahme Österreichs an der EWG.¹⁸⁰ Mit ihren Appellen zur Freiheit, Tüchtigkeit und wirtschaftlicher Zusammenarbeit wandte sich die Partei ausdrücklich besonders an die Jugend, die Zukunft Österreichs.¹⁸¹

¹⁷² Berchtold, Österreichische Parteiprogramme, 496.

¹⁷³ Ebenda, 497.

¹⁷⁴ Ebenda, 502-506.

¹⁷⁵ Ebenda, 506.

¹⁷⁶ Ebenda, 509.

¹⁷⁷ Ebenda, 510.

¹⁷⁸ Ebenda, 511.

¹⁷⁹ Ebenda, 510.

¹⁸⁰ Ebenda, 512.

¹⁸¹ Ebenda, 512.

Es wird ersichtlich, dass in diesem Salzburger Bekenntnis eine andere Grundstimmung herrscht, als im Vorläufer-Programm. Besonders hervorgehoben wurden die liberalen Bekenntnisse der Partei.¹⁸² Abgesehen von den politischen Zielen lag am Ende des Programms auch noch eine Beschreibung über die Eigenschaften der eigenen Partei vor. So identifizierte sich die FPÖ selbst dezidiert als „national-freiheitliche Mitte“. Weiters sprach sie davon, politische Verantwortung¹⁸³ übernehmen zu wollen, und bewarb sich somit bei den beiden (zuvor kritisierten) Großparteien als Koalitionspartner. Allgemein wurde unter Peter als Parteiobmann ab den 60-er Jahren ein verstärkter Fokus auf die liberalen Elemente der Partei gelegt, um die Partei aus der politischen Isolation zu holen und sie als Koalitionspartner attraktiv zu machen.¹⁸⁴ Die vorherige Betonung ihrer „rechtsextremen und (deutsch-)nationalen Themen“ war vermutlich auch dafür Ausschlag gebend, dass die FPÖ bei Wahlen nie mehr als sieben Prozent der Wähler*innenstimmen erreichen konnte.¹⁸⁵ Um diese Situation zu ändern und mehr in das politische Geschehen involviert zu werden, war Peter bereit, „auch mit Freimaurern und Juden am selben Tisch (zu) sitzen“¹⁸⁶.

Nicht alle in der FPÖ unterstützten das Vorhaben, die Partei liberal zu öffnen. Gegner*innen dieses Vorhabens entfernten sich von der Partei und Mitte der 60-er Jahre wurde die „Nationaldemokratische Partei (NDP)“ gegründet, die jedoch realpolitisch keine Rolle spielen sollte.¹⁸⁷ Der Vorsitzende Norbert Burger gilt als einer der „bekanntesten Rechtsextremisten der Zweiten Republik.“¹⁸⁸ 1970/71 unterstützte die FPÖ die Minderheitenregierung der SPÖ, wodurch sie ihren höchsten Aufschwung bis dahin erzielen konnte.¹⁸⁹

Peters Mitgliedschaft bei der SS-Infanteriebrigade hatte schließlich im Herbst 1975 doch noch Folgen für den Politiker. Wie bereits erwähnt versuchte die FPÖ verstärkt Regierungsmitglied zu werden. Als die SPÖ 1975 davon ausgehen musste, die absolute Mehrheit bei den kommenden Nationalratswahlen zu verlieren, kam es zu Gesprächen zwischen den beiden Parteien, um eine mögliche Koalitionsbildung zu besprechen.¹⁹⁰ Kurz vor der Wahl fand Simon

¹⁸² Berchtold, Österreichische Parteiprogramme, 509.

¹⁸³ Ebenda, 511.

¹⁸⁴ Belafi, Der Erfolg der FPÖ, 365.

¹⁸⁵ Heinisch, Hauser, Rechtspopulismus in Österreich, 93.

¹⁸⁶ Zitiert nach: Wiegel, Rechtes Erfolgsmodell Österreich, 101.

¹⁸⁷ Wiegel, Rechtes Erfolgsmodell Österreich, 101.

¹⁸⁸ Reiter, Die Ehemaligen, 284.

¹⁸⁹ Wiegel, Rechtes Erfolgsmodell Österreich, 101.

¹⁹⁰ Ingrid Böhler, „Wenn die Juden ein Volk sind, so ist es ein mieses Volk.“. Die Kreisky-Peter-Wiesenthal-Affäre 1975. In: Michael Gehler, Hubert Sickinger (Hg.), Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim (Thaur/Wien/München 1996), 502.
Kurzbeleg: Böhler, Die Kreisky-Peter-Wiesenthal-Affäre.

Wiesenthal Beweise für Peters NS-Laufbahn und die Beteiligung seiner Einheit an Massenerschießungen. Wiesenthal, der selbst Überlebender des Holocaust war, widmete sein Leben nach der Befreiung 1945 der Suche nach Nazi-Täter*innen und der gesellschaftlichen Aufklärung über NS-Verbrechen und der Verfolgung und Ermordung Millionen jüdischer Menschen.¹⁹¹ Es konnte zwar nicht mit Sicherheit nachgewiesen werden, dass Peter selbst aktiv an den Erschießungen teilgenommen hatte, wohl aber davon ausgegangen werden, dass er als Mitglied zumindest davon Kenntnis hatte.¹⁹² Der SPÖ gelang es zwar ihre absolute Mehrheit zu sichern, wodurch die Koalitionsverhandlungen mit der FPÖ nicht mehr notwendig waren, Wiesenthals Erkenntnisse wurden aber dennoch veröffentlicht. In Folge dessen kam es dann zur sogenannten „Kreisky-Peter-Wiesenthal-Affäre“¹⁹³, in welcher sich der SPÖ-Bundeskanzler Bruno Kreisky – selbst jüdischer Abstammung – auf die Seite Peters stellte, dessen Charakter beschönigte und Unschuldsbekundungen unterstützte, während er Wiesenthal, mit dem er schon länger eine Fehde hegte, vehement angriff.¹⁹⁴ Peter überstand diesen Skandal weitgehendst unbeschadet. Erst als er 1983 kurz vor der Bestellung zum Dritten Nationalratspräsidenten stand, kam es zu Protestaktionen der österreichischen Bevölkerung, die Wiesenthals Aufdeckung nicht vergessen hatte. Aufgrund des öffentlichen Drucks verzichtete Peter auf die Position, verblieb aber weiter bis 1986 im Parlament als Abgeordneter.¹⁹⁵

Unter Norbert Steger,¹⁹⁶ der ab 1980 Bundesobmann¹⁹⁷ der Partei war, zahlte sich der liberale Kurs aus, denn es gelang der FPÖ erstmals eine Regierungsbeteiligung, wobei mit der SPÖ koalitiert wurde.¹⁹⁸ In ihrem „Salzburger Programm“ von 1985 entfernte sich die FPÖ erstmals von der „Zugehörigkeit zur ‚deutschen Volks- und Kulturgemeinschaft‘“. ¹⁹⁹ Dennoch bleibt darauf hinzuweisen, dass auch wenn die FPÖ nach außen einen liberaleren Ton anschlug, davon ausgegangen werden kann, dass dessen Mitglieder dennoch ihre nationalen Tendenzen behielten. Untermauert wird dies dadurch, dass nach der parteilichen Krise Mitte der 80-er Jahre die Wahl des Parteiobmanns 1986 auf Jörg Haider fiel.²⁰⁰

¹⁹¹ Henry R. Huttenbach, In memoriam: Simon Wiesenthal, December 31 1908-September 20, 2005. In: Journal of Genocide Reserach 8(1) (2006), 7.

¹⁹² Böhler, Die Kreisky-Peter-Wiesenthal-Affäre, 503.

¹⁹³ Ebenda, 502.

¹⁹⁴ Ebenda, 503-505.

¹⁹⁵ Richter, Die Ehemaligen, 254.

¹⁹⁶ Republik Österreich Parlament, Dr. Norbert Steger, online unter <https://www.parlament.gv.at/WWER/PAD_01832/index.shtml> (04. Juni 2021).

¹⁹⁷ Hinweis: 1978 – 1980 war kurzzeitig Alexander Götz jun. Parteiobmann.

¹⁹⁸ Richter, Die Ehemaligen, 285.

¹⁹⁹ Heinisch, Hauser, Rechtspopulismus in Österreich, 94.

²⁰⁰ Wiegel, Rechtes Erfolgsmodell Österreich, 101.

Der in Oberösterreich geborene und in Kärnten tätige Haider stammte selbst aus einem „belasteten Elternhaus“²⁰¹. Unter anderem war auch sein Taufpate Hermann Foppa illegaler Nationalsozialist gewesen und hatte während des NS-Regimes multiple Funktionen inne.²⁰² Haiders Reichtum (er zählte in den 90-ern als reichster Politiker Österreichs) stammte vorwiegend aus seinem Landbesitz in Kärnten. Dieses Land erbe er von seinem Großonkel, der an das Land gelangt war, weil es zuvor 1941 der jüdischen Besitzerin Mathilde Roifer durch die Nationalsozialisten enteignet wurde.²⁰³ Von der Historikerin Reiter wird Haiders familiäre Herkunft wie folgt beschrieben:

„Haider steht stellvertretend für viele FPÖ-Politiker und Politikerinnen der zweiten und dritten Generation, die aus national-sozialistischen bzw. national-freiheitlichen Familien stammen und später politisch in ihre Fußstapfen treten.“²⁰⁴

Seit seiner Jugend war Haider Teil von politisch rechtsgerichteten Organisationen, so etwa dem „Ring Freiheitlicher Jugend“²⁰⁵, dessen Bundesobmann er auch zwischen 1970 und 1974 war.²⁰⁶ Seinen Aufstieg innerhalb der FPÖ verdankte er zu einem Großteil seinen Aktivitäten in Kärnten. Dort erhielt er breite Unterstützung durch seine Positionierung gegen die größte österreichische Minderheitengruppe, die Kärntner Slowen*innen.²⁰⁷ Durch die gewonnene Popularität wurde er schnell Landespartei sekretär der FPÖ Kärnten (1976-1983) und anschließend Landesparteiobmann der FPÖ Kärnten (1983-1998).²⁰⁸ Bei den oben angeschnittenen internen Krisen der FPÖ konnte Haider den nationalen Flügel der Partei hinter sich vereinen und galt als „inoffizieller Parteiführer“.²⁰⁹ Mit dieser Unterstützung konnte Haider am Innsbrucker Parteitag im September 1986 den eigentlichen Parteiobmann Norbert Steger stürzen und sich selbst als Obmann positionieren.²¹⁰ Dieser Obmannwechsel führte zu einem abrupten Ende der SPÖ-FPÖ-Koalition, da sich Franz Vranitzky, damaliger SPÖ-

²⁰¹ Schiedel, Antisemitismus und völkische Ideologie, 109.

²⁰² Reiter, Die Ehemaligen, 268.

²⁰³ Paul Hockenos, Jörg Haider, Austria's Far Right *Wunderkind*. In: World Policy Journal 12(3) (1995), 75. Kurzbeleg: Hockenos, Jörg Haider.

²⁰⁴ Reiter, Die Ehemaligen, 286.

²⁰⁵ Hockenos, Jörg Haider, 76.

²⁰⁶ Republik Österreich, Parlament, Dr. Jörg Haider, online unter https://www.parlament.gv.at/WWER/PAD_00490/index.shtml (05. Juni 2021).

Kurzbeleg: Republik Österreich Parlament, Dr. Jörg Haider.

²⁰⁷ Hockenos, Jörg Haider, 76.

²⁰⁸ Republik Österreich Parlament, Dr. Jörg Haider.

²⁰⁹ Heinisch, Hauser, Rechtspopulismus in Österreich, 94.

²¹⁰ Belafi, Der Erfolg der FPÖ, 366.

Bundeskanzler,²¹¹ weigerte mit Haider und der nach rechts gerückten FPÖ zusammenzuarbeiten.²¹²

Zur generellen politischen Situation in den 80-er Jahren ist zu sagen, dass es einerseits durch das verstärkte Aufkommen von sozialen Spannungen und die einhergehende „Erosion sozialer Sicherungssysteme“²¹³ zu einem Aufschwung recht(sextrem)en Gedankengutes und neuer rechter Parteien kam.²¹⁴ In Österreich wurde das „Ausländerthema“ propagandistisch in den politischen Diskurs eingebaut.²¹⁵ Andererseits gab es in Österreich noch einen konkreten nationalen Faktor, der als weiterer Grund für die Verstärkung der Rechten angesehen werden kann. Wie in keinem anderen Land Europas kam es in Österreich in der Zweiten Republik zu einer Verflechtung der Großparteien ÖVP, beziehungsweise SPÖ mit Organisationen sämtlicher gesellschaftlicher Lebensbereiche (vergleiche etwa Sozialpartnerschaften).²¹⁶ Mit dem allgemeinen Abflachen der Bedeutung der Großparteien, wurde auch diese Verbindung geschwächt, was für die FPÖ und andere kleinere und neuere Parteien von Vorteil war.²¹⁷ Ein weiterer Aspekt war, dass diese sozialen Veränderungen bei einigen Bevölkerungsteilen Verlustängste und einen Vertrauensverlust hervorriefen.²¹⁸ Besondere Unterstützung erhielt Haiders FPÖ von jenen Menschen, die einerseits von der aktuellen politischen Lage ermüdet waren, und andererseits von Bürger*innen der Mittelschicht, die Angst hatten, dass ihr gegenwärtiger Lebensstandard sich verschlechtern könnte.²¹⁹ Nicht zu vergessen ist jedoch auch die Auseinandersetzung Österreichs mit seiner jüngsten Geschichte. Wie oben angeführt gab es starke Bestrebungen die von den Alliierten eingeleitete Entnazifizierung alsbald zu beenden. Darüber hinaus wurden ehemalige NSDAP-Mitglieder und NS-Verbrecher*innen zunehmend als Opfer dargestellt. Als ein prominentes Beispiel kann hier Walter Reder genannt werden, der aufgrund seiner Verbrechen nach dem Krieg zu lebenslanger Haft in einem italienischen Gefängnis verurteilt wurde. Sowohl FPÖ, ÖVP, als auch SPÖ setzten sich für dessen Freilassung ein und als diese erreicht wurde, empfing der damalige FPÖ-Verteidigungsminister den Kriegsverbrecher bei seiner Ankunft in Österreich mit Handschlag.

²¹¹ Bundeskanzleramt.gv.at, Bundeskanzler seit 1945, online unter <<https://www.bundeskanzleramt.gv.at/bundeskanzleramt/geschichte/kanzler-seit-1945.html>> (06. Juni 2021).

²¹² Heinisch, Hauser, Rechtspopulismus in Österreich, 94.

²¹³ Wiegel, Rechtes Erfolgsmodell Österreich, 102.

²¹⁴ Hockenos, Jörg Haider, 75.

²¹⁵ Wiegel, Rechtes Erfolgsmodell Österreich, 102.

²¹⁶ Ebenda, 102.

²¹⁷ Ebenda, 103.

²¹⁸ Heinisch, Hauser, Rechtspopulismus in Österreich, 91.

²¹⁹ Hockenos, Jörg Haider, 76.

Als Kriegsoffer dargestellt erhielt er sogar eine Invalidenrente für seine Dienste.²²⁰ Wie dieser Fall, aber auch die beschriebene Kreisky-Peter-Wiesenthal-Affäre, aufzeigt, war es nicht nur die FPÖ, die sich für ehemalige Nationalsozialist*innen einsetzte, sondern auch die ÖVP und die SPÖ. Daher kann gesagt werden, dass es quer durch das österreichische politische und mediale Spektrum hindurch keine notwendige Aufarbeitung der Vergangenheit und Abgrenzung vom Nationalsozialismus gegeben hat.²²¹ Die Beschreibungen des Politologen Gerd Wiegel und des Rechtsextremismus-Forschers im Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes Heribert Schiedel ergänzen sich gut in der Charakterisierung der österreichischen Politik und Gesellschaft zu jener Zeit. In „antisemitischer, nationalistisch-völkischer Tradition stehen[d]“²²² herrschte eine „öffentliche Apologie der Kriegsgeneration und die versuchte Relativierung der NS-Verbrechen“.²²³

3.4. Die FPÖ unter Haider

Unter Haiders Führung wurde die FPÖ zum Vorbild für rechte Parteien quer durch Europa.²²⁴ Er organisierte die Partei nach seinen Vorstellungen und trennte sich von Mitgliedern, die seinen Vorstellungen nicht gerecht wurden.²²⁵ Darunter fielen entweder Personen, die seiner Position gefährlich werden konnten, oder von seiner Ideologie abwichen („extreme großdeutsche Nationalisten sowie die echten Liberalen“).²²⁶ Heide Schmidt, Haiders Bundesparteiobmann-Stellvertreterin gründete 1993 das „Liberale Forum“, das sich danach auch offiziell von der FPÖ abspaltete.²²⁷ Haider, der selbst als „jung-dynamische Führerfigur“²²⁸ beschrieben wurde, umgab sich seinerseits mit ebenso jungen, dynamischen, ihm völlig loyalen Männern, die in Folge auch den Beinamen „Haider's Buberlpartie“²²⁹ erhielten.

Abgesehen von diesen personellen Änderungen formte Haider die Partei auch sonst nach seinen Vorstellungen. Aus der FPÖ wurde eine „radikale rechtspopulistische Partei“²³⁰ mit autoritärer

²²⁰ Wiegel, Rechtes Erfolgsmodell Österreich, 103.

²²¹ Wilhelm Kempf, Die Konstruktion nationaler Identität in der österreichischen Presse seit '45. In: Conflict & communication online 1(1) (2002), 13.

Kurzbeleg: Kempf, Die Konstruktion nationaler Identität.

²²² Wiegel, Rechtes Erfolgsmodell Österreich, 103.

²²³ Schiedel, Antisemitismus und völkische Ideologie, 108.

²²⁴ Hockenos, Jörg Haider, 75.

²²⁵ Wiegel, Rechtes Erfolgsmodell Österreich, 105.

²²⁶ Heinisch, Hauser, Rechtspopulismus in Österreich, 96.

²²⁷ Wiegel, Rechtes Erfolgsmodell Österreich, 105.

²²⁸ Ebenda, 104-105.

²²⁹ Belafi, Der Erfolg der FPÖ, 376.

²³⁰ Heinisch, Hauser, Rechtspopulismus in Österreich, 98.

Führung,²³¹ wobei Haider auch die Parteiorgane zentralisierte.²³² 1998 erhielt Haider sogar die „Generalvollmacht“ über die FPÖ, wodurch er, wenn er wollte, nach eigenem Ermessen über „alle regionalen Parteieinheiten bestimmen“ konnte.²³³ Als ideologischen Schwerpunkt wählte er das Gedankengut der österreichischen Volksgemeinschaft.²³⁴ So kam es unter Haider zu einer Fokussierung auf die österreichische Nation. Die Folge war eine Ablösung der Fixierung auf den Deutschnationalismus und stattdessen zu einer Priorisierung eines „positive[n] *Österreich-Patriotismus*“²³⁵ [Hervorhebung im Original]. Bei der Umlegung der im Nationalsozialismus bekannten Volksgemeinschaft auf das Österreich der 80-er und 90-er Jahre bedeutete dies, dass die Teilhabe an der österreichischen Gemeinschaft von der Herkunft einer Person, den gelebten Traditionen und deren Glauben abhängig war.²³⁶ Als Gegengruppe wurden aus dem Ausland stammende Menschen inszeniert, die den Einheimischen ihre Arbeitsplätze streitig machten und für Kriminalität, sowie sozialen Unruhen im Land verantwortlich waren, was in der Bevölkerung altbekannte Ängste schürte.²³⁷ Mit dem sogenannten „Fall des Eisernen Vorhangs“ 1989 und 1990 kam es in Österreich zu einem Zunehmen der Zuwanderung.²³⁸ Dies nutzte die FPÖ vermehrt, um „ein generelles Bedrohungszenario zu entwerfen“, wobei immer wieder (wissentlich) falsche Angaben bezüglich der Anzahl der Zugezogenen gemacht wurden, diese sogar verdoppelt wurden.²³⁹ Statistiken zeigen, dass bei Umfragen im Jahr 1993 knapp über 50 Prozent der Österreicher*innen angaben, die Immigration von Ausländer*innen sei die größte Bedrohung für ihr Wohlergehen.²⁴⁰ 1993 kam es dann soweit, dass Haider das „Ausländervolksbegehren“ „Österreich zuerst“ startete, das aber aufgrund der Aktivitäten oppositioneller Gruppierungen zu einem Debakel für die FPÖ wurde.²⁴¹ Als dafür verantwortlich fand Haider die Presse.²⁴²

Als weitere Angriffsgruppen der FPÖ zählten die Großparteien ÖVP und SPÖ, sowie die durch sie geregelten Unterorganisationen. Ihnen wurde immer wieder vorgeworfen, für das gegenwärtige fehlerhafte System verantwortlich zu sein, welches nun dringender Reformen

²³¹ Heinisch, Hauser, Rechtspopulismus in Österreich, 96.

²³² Belafi, Der Erfolg der FPÖ, 367.

²³³ Heinisch, Hauser, Rechtspopulismus in Österreich, 97.

²³⁴ Hockenos, Jörg Haider, 77.

²³⁵ Belafi, Der Erfolg der FPÖ, 372.

²³⁶ Hockenos, Jörg Haider, 77.

²³⁷ Ebenda, 77.

²³⁸ Wiegel, Rechtes Erfolgsmodell Österreich, 107.

²³⁹ Ebenda, 107.

²⁴⁰ Zitiert nach: Hockenos, Jörg Haider, 78.

²⁴¹ Wiegel, Rechtes Erfolgsmodell Österreich, 107-108.

²⁴² Ebenda, 108.

bedurft hätte.²⁴³ Durch die ständige Präsenz der FPÖ mit ihren systemkritischen Äußerungen, wurde eine „permanent aggressive Wahlkampfstimmung“ generiert.²⁴⁴ Zentrale Themenschwerpunkte waren immer wieder, wie oben kurz angeführt, die „Ausländerfrage“ (in Verbindung mit Kriminalität), oder der EU-Beitritt Österreichs.²⁴⁵

Darüber hinaus war ein fundamentaler Aspekt Haiders politischer Strategie dessen Flexibilität.²⁴⁶ Dadurch konnte er sich rasch und flexibel den aktuellen politischen und gesellschaftlichen Gegebenheiten anpassen.²⁴⁷ So änderte er zum Beispiel wiederholt seine Meinung zum Beitritt Österreichs zur Europäischen Union.²⁴⁸ Unter Haider war „das Wort des Parteiobmanns wichtiger geworden als das Parteiprogramm“.²⁴⁹

In der Öffentlichkeit fand Haider mit seinem politischen Stil offenbar Anklang, denn schon bei den ersten Wahlen (vorgezogen durch die Aufkündigung der Koalition) unter seiner Obmannschaft schrammte die FPÖ mit einem Zuwachs von 4,75 Prozent der Wähler*innenstimmen nur knapp an der Zehn-Prozent-Marke vorbei.²⁵⁰ Bei dieser Wahl schafften auch die neugegründeten Grünen erstmals einen Einzug ins Parlament. Dennoch kam es zu einer Großkoalition zwischen SPÖ und ÖVP.²⁵¹

Insgesamt schaffte es die FPÖ unter Haider zwischen 1986 und 1999 ihre Wähler*innenstimmen um ein Vielfaches zu steigern. Von der anfänglichen 10-Prozent-Marke war bald keine Rede mehr. 1999 erreichte die FPÖ ihr bis dato bestes Wahlergebnis bei einer Nationalratswahl. 26,9% und damit mehr als jede/r vierte/r Wahlberechtigte stimmte in Österreich für Haiders FPÖ.²⁵² Umfragen stellten die Hauptmotive der FPÖ-Wähler*innen fest. Am häufigsten genannt wurden der „Kampf gegen Skandale und Privilegien“, dicht gefolgt von „Frischer Wind und Veränderung“. Knapp 50% gaben auch an, die FPÖ als „Beste Vertretung meiner Interessen/Aus Tradition“ gewählt zu haben, oder weil sie den ihrer Meinung nach

²⁴³ Franz Fallend, Fabian Habersack, Reinhard Heinisch, Rechtspopulismus in Österreich. Zur Entwicklung der Freiheitlichen Partei Österreichs. In: Bundeszentrale für politische Bildung (17. August 2018), online unter <<https://www.bpb.de/apuz/274253/rechtspopulismus-in-oesterreich-zur-entwicklung-der-fpoe>> (10. Juni 2021).

Kurzbeleg: Fallend, Habersack, Heinisch, Rechtspopulismus in Österreich.

²⁴⁴ Fallend, Habersack, Heinisch, Rechtspopulismus in Österreich.

²⁴⁵ Ebenda..

²⁴⁶ Hockenos, Jörg Haider, 76.

²⁴⁷ Heinisch, Hauser, Rechtspopulismus in Österreich, 94.

²⁴⁸ Hockenos, Jörg Haider, 76.

²⁴⁹ Belafi, Der Erfolg der FPÖ, 371.

²⁵⁰ Heinisch, Hauser, Rechtspopulismus in Österreich, 98.

²⁵¹ Ebenda, 98.

²⁵² Fallend, Habersack, Heinisch, Rechtspopulismus in Österreich.

„Richtige[n] Standpunkt in der Ausländerfrage“ vertrat.²⁵³ Nicht zu vernachlässigen ist aber auch die Bedeutung der Person Jörg Haider für den Wahlerfolg seiner Partei. Denn wie aus der Umfrage der Wahlmotive ersichtlich wurde, wählten vier von zehn FPÖ-Wähler*innen diese Partei aufgrund der „Persönlichkeit Jörg Haider“.²⁵⁴

Durch diesen Wahlerfolg erreichte die FPÖ ihre zweite Regierungsbeteiligung. Dieses Mal, war der Koalitionspartner aber nicht die SPÖ, die auch in dieser Wahl stimmenstärkste Partei war, sondern die ÖVP. Die ÖVP selbst war bei der Wahl nur an dritter Stelle gelandet, und konnte somit nur hoffen, durch eine Koalitionsvereinbarung an der Regierung beteiligt zu werden. Nachdem Gespräche mit der SPÖ jedoch scheiterten, wandte sich der damalige ÖVP-Bundesparteiobmann Wolfgang Schüssel an die FPÖ.²⁵⁵ Durch die Einwilligung Haider, Schüssel als Bundeskanzler einzusetzen, war bald ein Konsens zwischen den beiden Parteien gefunden.²⁵⁶ Nachdem es im Wahlkampf auf Seiten der FPÖ zu „stark an Nazi-Propaganda erinnern[de]“ Äußerungen gekommen war, gab es von Thomas Klestil, dem österreichischen Bundeskanzler zu jener Zeit, jedoch einige Bedingungen bevor er die ÖVP-FPÖ-Regierung vereidigen wollte.²⁵⁷ So lehnte er zwei vorgeschlagene Ministeranwärter ab und verlangte eine schriftliche Versicherung der Parteiführer zur Bekennung der „EU-Mitgliedschaft“, sowie der „Wahrung der Toleranz“.²⁵⁸ Aber nicht nur der Bundespräsident, sondern auch das Ausland stand einer FPÖ-Regierungsbeteiligung kritisch gegenüber. Als Protest verhängten die Mitglieder der EU Österreich gegenüber mehrere Sanktionen.²⁵⁹ Zwar stärkte dies die Koalition, Haider entschied sich aber dagegen, selbst einen Sitz im Parlament einzunehmen, legte seinen Parteivorsitz nieder und blieb in Kärnten.²⁶⁰ Dies führte jedoch zu inhaltlichen Konflikten zwischen dem immer noch sehr einflussreichen Haider und den Regierungsmitgliedern, die von Kärnten immer wieder kritisiert wurden.²⁶¹ 2002 kam es dann bei einem Sonderparteitag in Knittelfeld zum Rücktritt der FPÖ-Regierungsmitglieder, welcher Neuwahlen zur Folge hatte.²⁶² Im Nachhinein wurde sichtbar, dass ihre Regierungsbeteiligung der FPÖ mehr schadete, als sie ihr nutzte. Sie konnte ihre Wahlversprechen gegenüber den „kleinen Leuten“ nicht erfüllen, denn die Wirtschaftspolitik der Regierung war insgesamt

²⁵³ Fallend, Habersack, Heinisch, Rechtspopulismus in Österreich.

²⁵⁴ Ebenda.

²⁵⁵ Heinisch, Hauser, Rechtspopulismus in Österreich, 100.

²⁵⁶ Ebenda, 100.

²⁵⁷ Ebenda 100-101.

²⁵⁸ Ebenda, 101.

²⁵⁹ Belafi, Der Erfolg der FPÖ, 368.

²⁶⁰ Ebenda, 368.

²⁶¹ Ebenda, 368.

²⁶² Ebenda, 368-369.

neoliberal ausgerichtet.²⁶³ Bei den vorgezogenen Neuwahlen stürzte die FPÖ auf 10% ab, wodurch die ÖVP stark profitierte.²⁶⁴ In der Neuauflage der Koalition stand die FPÖ somit als stark geschwächter Partner einer gestärkten ÖVP gegenüber.²⁶⁵

Diese Konstellation führte schließlich auch zum Ende Haiders FPÖ, denn die folgenden Wahlverluste waren Anlass von unzähligen internen Konflikten. Die Parteiführung wechselte rasch und wiederholt.²⁶⁶ 2005 spaltete sich dann Jörg Haider von der zu diesem Zeitpunkt von seiner Schwester Ursula Haubner geführten FPÖ ab.²⁶⁷ Mit sich nahm er den „gemäßigten Flügel“, dem er davor oftmals ablehnend gegenüber gestanden hatte und formte das „Bündnis Zukunft Österreich“ (BZÖ).²⁶⁸ Diese neue Partei sollte nun die Regierungskoalition mit der ÖVP weiterführen, was personell zu einer ungewöhnlichen Situation zwischen den neuen BZÖ- und schon vorhandenen FPÖ-Abgeordneten im Parlament führte.²⁶⁹

Ob seiner Äußerungen und Handlungen, charakterisierten die Sozialwissenschaftlerin und Historikerin Brigitte Bailer-Galanda und ihr Historiker-Kollege Wolfgang Neugebauer Haider als „einen Populisten mit eindeutig rechtsextremer Ausrichtung“.²⁷⁰ Um ihre Behauptung zu unterlegen, stützen sich die beiden bei ihren Erläuterungen auf die oben angeführte Begriffsdefinition des Rechtsextremismus von Willibald I. Holzer. Einige der Aussprüche und Beziehungen Haiders, die zu diesem Urteil Bailer-Galandas und Neugebauers beitrugen, sind im folgenden Absatz gelistet. Der Grund für diese Auflistung ist eine neuerliche Verdeutlichung Haiders ideologischer Ausrichtung und somit auch jener der FPÖ unter ihm. Darüber hinaus liefert sie auch einen Einblick in die Gesellschaft Österreichs der 1980-er und 90-er Jahre, denn diese erlaubte und tolerierte Haiders Aussprüche und wie die Wahlergebnisse zeigten, wurden letztere sogar von einer beachtlichen Menge an Österreicher*innen unterstützt. Dem ist die Beschreibung Herbert Schuis hinzuzufügen, der das Folgende zur Beziehung Österreichs und der FPÖ meinte: „Der Nachweis rechtsextremistischer Durchdringung geht unausgesprochen

²⁶³ Fallend, Habersack, Heinisch, Rechtspopulismus in Österreich.

²⁶⁴ Belafi, Der Erfolg der FPÖ, 368-369.

²⁶⁵ Fallend, Habersack, Heinisch, Rechtspopulismus in Österreich.

²⁶⁶ Heinisch, Hauser, Rechtspopulismus in Österreich, 102.

²⁶⁷ Ebenda, 102.

²⁶⁸ Ebenda, 102-103.

²⁶⁹ Ebenda, 103.

²⁷⁰ Brigitte Bailer-Galanda, Wolfgang Neugebauer, Haider und die Freiheitlichen Österreichs (Berlin 1997) 51-52. Kurzbeleg: Bailer-Galanda, Neugebauer, Haider und die Freiheitlichen Österreichs.

von einem ablehnenden gesellschaftlichen Grundkonsens aus, der so nicht oder nicht mehr existiert.“²⁷¹

1991 lobte Haider die „ordentliche Beschäftigungspolitik“ des NS-Regimes (sein Vorgänger Peter distanzierte sich von dieser Aussage).²⁷² Weiters weigerte er sich, antifaschistische Widerstandskämpfer*innen zu ehren (wie es Tradition des Landeshauptmanns war) und verteidigte stattdessen ehemalige SS-Angehörige²⁷³ und bagatellierte die NS-Konzentrationslager.²⁷⁴ Als „ideologische Missgeburt“ bezeichnete er Österreich und schaffte damit eine direkte Verbindung zu Adolf Hitler, der in „Mein Kampf“ bereits etwa ein halbes Jahrhundert davor von der „Missgeburt“, die die österreichische Nation darstellte, sprach.²⁷⁵ Die steigende Einwanderungsrate und die damit angebliche Verdrängung der österreichischen Kultur benannte Haider als „ethnische Säuberung“.²⁷⁶ Der oben schon kurz genannte Rechtsextremist Norbert Burger hielt auch nach dem Ende seiner FPÖ-Karriere noch Kontakt zur Partei und im Speziellen zu Jörg Haider.²⁷⁷ Als seinen Grundsatzreferenten wählte Haider Andreas Mölzer.²⁷⁸ Mölzer selbst stand in enger Verbindung mit dem rechtsextremen Lager²⁷⁹ und war an vielen der FPÖ-nahestehenden Medien beteiligt.²⁸⁰ Im Jahr 2006 reiste Mölzer zusammen mit einer FPÖ-Delegation in den Iran, wo in Teheran nur wenige Tage später die große „Holocaustleugner-Konferenz“ stattfand.²⁸¹ Bereits ein Jahr zuvor sprach die israelische Regierung Haider gegenüber ein Einreiseverbot nach Israel aus.²⁸²

²⁷¹ Herbert Schui, Das Erfolgsmodell der FPÖ in Österreich. In: Herbert Schui, Ralf Ptak, Stephanie Blankenburg, Günter Bachmann, Dirk Kotzur, Wollt ihr den totalen Markt? Der Neoliberalismus und die extreme Rechte (München 1997), 237.

Kurzbeleg: Schui, Das Erfolgsmodell der FPÖ in Österreich.

²⁷² Richter, Die Ehemaligen, 255.

²⁷³ Wiegel, Rechtes Erfolgsmodell Österreich, 109-110.

²⁷⁴ Reiter, Die Ehemaligen, 286.

²⁷⁵ Kempf, Die Konstruktion nationaler Identität, 7.

²⁷⁶ Wiegel, Rechtes Erfolgsmodell Österreich, 107.

²⁷⁷ Reiter, Die Ehemaligen, 284.

²⁷⁸ Wiegel, Rechtes Erfolgsmodell Österreich, 117.

²⁷⁹ Ebenda, 117.

²⁸⁰ Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung (ÖGGP), Die Medienwelt der FPÖ (September 2017), online unter [http://politikberatung.or.at/fileadmin/studien/rechtspopulismus/Die Medienwelt der FP%C3%96.pdf](http://politikberatung.or.at/fileadmin/studien/rechtspopulismus/Die_Medienwelt_der_FP%C3%96.pdf) (10. März 2021), 11-15.

²⁸¹ Gerhard Scheit, Eingeschrumpfter Behemoth und neue ‚Souveränisten‘. Über die Voraussetzungen der Erfolge von FPÖ und AfD. In: Stephan Grigat (Hg.), AfD & FPÖ. Antisemitismus, völkischer Nationalismus und Geschlechterbilder (Baden-Baden 2017), 170.

Kurzbeleg: Scheit, Eingeschrumpfter Behemoth und neue ‚Souveränisten‘.

²⁸² Scheit, Eingeschrumpfter Behemoth und neue ‚Souveränisten‘, 170.

3.5. Heinz-Christian Strache und die FPÖ

Als Nachfolger Haiders wurde der aus der pennalen Burschenschaft „*Vandalia*“ Wien stammende Heinz-Christian Strache gewählt [Hervorhebung im Original].²⁸³ Bei den Nationalratswahlen 2006 konnte die FPÖ unter Strache einen kleinen Stimmengewinn im Vergleich zur Wahl 2002 einfahren, blieb aber mit rund 11% immer noch weit von den Erfolgen im Jahr 1999 entfernt und fiel sogar hinter Die Grünen zurück.²⁸⁴ Was Strache und der FPÖ hier wohl zugute gekommen war, ist, dass für die Wähler*innenmobilisierung auf die bereits bestehende Parteiorganisation zurückgegriffen werden konnte.²⁸⁵ Im Gegensatz dazu kam Haiders neues BZÖ gerade mal auf 4,11%²⁸⁶ und schaffte damit nur knapp den Einzug ins Parlament. In den darauffolgenden Jahren konnte sich das BZÖ bei Wahlen deutlich steigern, doch nach dem Tod Haiders 2008 verschwand die Partei rasch von der politischen Bühne Österreichs.²⁸⁷

Als Person war Strache seinem Vorgänger nicht unähnlich, denn auch er war „jung, telegen und verfügte über Redetalent“²⁸⁸, ebenfalls waren beide durch ihre Verbindungen innerhalb der Studentenbewegung in der Partei groß geworden.²⁸⁹ Im Gegensatz zu Haider distanzierte sich Strache aber nach seiner Wahl zum Obmann nicht von diesen, sondern stärkte stattdessen deren Einfluss.²⁹⁰ Zwischen der Partei und den Studentenverbindungen kommt es bis heute zu einer wechselseitigen Unterstützung. Die FPÖ vermittelt aus Verbindungen stammenden Studierenden politische Positionen und stellt sich schützend vor Burschenschaften wenn diese aufgrund ihrer abgehaltenen Veranstaltungen (vergleiche „Totengedenken am Abend des 8. Mai“ oder „Akademikerball“) angegriffen werden.²⁹¹ Im Gegenzug gilt das „völkische Korporationswesen für die FPÖ als „Kaderschmiede für akademisches Personal“.²⁹² Dies inkludiert die fachliche, aber auch die rhetorische Schulung.²⁹³ Aufgrund der gegenseitigen

²⁸³ Bernhard Weidinger, Traditionsreiche Symbiose mit Konfliktpotential. Völkische Studentenverbindungen und die FPÖ. In: Stephan Grigat (Hg.), AfD & FPÖ. Antisemitismus, völkischer Nationalismus und Geschlechterbilder (Baden-Baden 2017), 127.

Kurzbeleg: Weidinger, Traditionsreiche Symbiose mit Konfliktpotential.

²⁸⁴ Bundesministerium für Inneres, Nationalratswahlen. Nationalratswahl 2006, online unter <https://www.bmi.gv.at/412/Nationalratswahlen/Nationalratswahl_2006/start.aspx#pk_08> (11. Juni 2021).

Kurzbeleg: BMI, Nationalratswahlen 2006.

²⁸⁵ Heinisch, Hauser, Rechtspopulismus in Österreich, 103.

²⁸⁶ BMI, Nationalratswahlen 2006.

²⁸⁷ Heinisch, Hauser, Rechtspopulismus in Österreich, 104.

²⁸⁸ Heinisch, Hauser, Rechtspopulismus in Österreich, 103.

²⁸⁹ Weidinger, Traditionsreiche Symbiose mit Konfliktpotential, 127.

²⁹⁰ Ebenda, 127.

²⁹¹ Ebenda, 128-129.

²⁹² Ebenda, 129.

²⁹³ Ebenda, 129.

Wechselwirkung und des besonderen Einflusses der Verbindungen auch auf die inhaltliche Ausrichtung der Partei, bezeichnet sie der auf Studentenverbindungen spezialisierte Mitarbeiter des DÖW sowohl als „*Ressource*“, als auch als „*Ballast*“ [Hervorhebung im Original]²⁹⁴ für die Partei.

Strache schaffte es, die FPÖ auf einen Erfolgskurs zu bringen. Bei den Nationalratswahlen 2008 bekam die FPÖ 17,5% der Stimmen und sowohl bei der 2014 abgehaltenen Europawahl als auch bei mehreren Landtagswahlen konnte die FPÖ einen Stimmenzuwachs verbuchen.²⁹⁵ Inhaltlich kam es nach dem Obmannwechsel mit Strache zu einem erneuten Ruck nach rechts.²⁹⁶ Wie bereits erwähnt, gab es eine enge Verbindung zwischen Strache und den die FPÖ-unterstützenden Studentenverbindungen. Sowohl das Personal als auch die Inhalte betreffend wurde nun das „deutschnationale Spektrum“ verstärkt aufgenommen.²⁹⁷ Als ein wesentliches Beispiel hierfür kann die erneute Fokussierung auf die „deutsche Sprach – und Kulturgemeinschaft“ genannt werden. Denn diese wurde am Bundesparteitag 2011 wieder offiziell und dezidiert in das Parteiprogramm der FPÖ aufgenommen.²⁹⁸ Die populistische Ausrichtung erlaubte es aber, dass dessen Inhalte flexibel angepasst werden konnten.²⁹⁹

Bezüglich der aktuellen inhaltlich-ideologischen Ausrichtung der FPÖ ist auf das eben genannte „Parteiprogramm der Freiheitlichen Partei“ von 2011 zu verweisen, da es das aktuell gültige Programm der Partei darstellt.³⁰⁰ Betitelt wurde es die darauffolgenden Punkte zusammenfassend „Österreich zuerst“.³⁰¹ Es besteht aus 10 Punkten und Erklärungen, die im Kommenden kurz beschrieben werden sollen.

1. Freiheit und Verantwortung

Als erster Punkt wird die Freiheit angesprochen, die einem Jeden / einer Jeden zuteil werden soll, wodurch aber auch eine Eigenverantwortung ob ihrer Anwendung auf der Person liegt. Dieser Aspekt soll als Leitfaden für die folgenden, mehr auf konkrete Inhalte bezogene, Themenschwerpunkte übertragen werden.

²⁹⁴ Weidinger, *Traditionsreiche Symbiose mit Konfliktpotential*, 130.

²⁹⁵ Belafi, *Der Erfolg der FPÖ*, 370.

²⁹⁶ Ebenda, 376.

²⁹⁷ Ebenda, 376.

²⁹⁸ fpoe.at, Parteiprogramm der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ), online unter <https://www.fpoe.at/fileadmin/user_upload/www.fpoe.at/dokumente/2015/2011_graz_parteiprogramm_web.pdf> (30. Juni 2021).

Kurzbeleg: Parteiprogramm FPÖ 2011.

²⁹⁹ Belafi, *Der Erfolg der FPÖ*, 376.

³⁰⁰ Parteiprogramm FPÖ 2011.

³⁰¹ Ebenda.

2. Heimat, Identität und Umwelt

Hier gibt es einen eindeutigen Verweis auf die Verbindung zwischen Österreich und dem Deutschen. Denn es wird klargestellt: „Sprache, Geschichte und Kultur Österreichs sind deutsch“. Während bereits integrierte, deutsch-sprechende Immigrant*innen das Recht haben sollen die österreichische Staatsbürgerschaft zu erwerben, wird im Vorfeld aber deutlich gemacht, dass neue Einwanderungen nicht erwünscht sind („Österreich ist kein Einwanderungsland“). Bezüglich der Umwelt wird auf die Notwendigkeit des Schutzes dieser und der Natur hingewiesen, um sie für nachkommende Generationen zu erhalten. Diese Generationen sollen durch eine „geburtensorientierte Familienpolitik“ geschaffen werden. Beim Thema Religion wird auf die freie Religionsausübung verwiesen, welche auch impliziert nicht zu „religiösen Dogmen“ verpflichtet werden zu können.

3. Recht und Gerechtigkeit

Der österreichischen Verfassung entsprechend bekennt sich die FPÖ zum „Rechts- und Sozialstaat“, ebenso wie zu den Grundrechten „Meinungs-, Versammlungs- und Pressefreiheit“. Neben diesen Rechten werden auch einige Pflichten angeführt, so etwa die „Solidarität mit den Landsleuten“, die zu wahren ist, denn nur durch sie kann das System aufrecht erhalten bleiben. Die sozial ausgerichtete Politik der Partei schützt und unterstützt die Bevölkerung (wobei hier mit Bevölkerung die Inhaber*innen der österreichischen Staatsbürgerschaft gemeint sind).

4. Familie und Generationen

Während Männern und Frauen gleiche Chancen und gleiches Einkommen zukommen sollen, wird sich dezidiert gegen Quotenregelungen ausgesprochen. Das ideale Familienbild stellt ein in Ehe lebendes Paar bestehend aus Mann und Frau und deren gemeinsame Kinder dar. Während die Alleinerziehung akzeptiert wird, gibt es für gleichgeschlechtliche Paare keine Anerkennung und daher auch nicht für deren (möglichen) Kinderwunsch. Auch „Gender-Mainstreaming“ wird abgelehnt.

5. Wohlstand und soziale Gleichheit

Mit der gewünschten Marktwirtschaft entsteht auch eine persönliche (soziale) Verantwortung für Erfolg. Dieser soll durch die Leistungsbereitschaft des / der Einzelnen bestimmt werden. Um die Bürger*innen zu entlasten soll ein „sozial ausgewogene[s] Steuersystem“ geschaffen werden.

6. Gesundheit

Im Bereich des Gesundheitswesens setzt die FPÖ auf faire Entlohnung des dort tätigen

Personals. Des Weiteren sollen alle Menschen, einkommensunabhängig, den gleichen Zugang zum Gesundheitswesen haben. Im Feld der Gesundheit wird erneut eine Referenz zur persönlichen Freiheit inkludiert. In diesem Fall wird sie jedoch mit der Eigenverantwortung gekoppelt, selbst für die Pflege eines gesunden Lebensstils zuständig zu sein.

7. Sicherheit

Beim Themenblock Sicherheit geht es vor allem darum, den Schutz der Bevölkerung sicherzustellen, wobei die Verantwortung dies zu gewährleisten beim Staat liegt. Bezugnehmend auf den Einsatz des österreichischen Militärs im Ausland wird erklärt, dass dieser nur für „Katastropheneinsätze, humanitäre Aufgaben, zur Friedenssicherung und unter UNO-Mandat erfolgen“ soll. Vorrangig sollen das Bundesheer und die Exekutive aber über die Sicherheit in Österreich wachen und damit die Souveränität und Neutralität des Landes schützen.

8. Bildung, Wissenschaft, Kunst und Kultur

Neben dem Erlangen von schulischen Grundkompetenzen und der Förderung des individuellen Bildungsweges wird die „Vermittlung von Werten und Traditionen unseres Gemeinwesens“ als essentieller Part der staatlichen Ausbildung angesehen. Wissenschaft, Kunst und Kultur soll freie Hand gewährt werden, um zu ermöglichen, dass sie sich den Vorgaben ihres Feldes entsprechend entfalten können. Es folgt eine Definition der österreichischen Kultur als „abendländisch“. Sie gilt es zu fördern und den Erhalt „unserer Muttersprache“ unbedingt zu gewährleisten. Aus diesem Grund sind auch ausreichend Deutschkenntnisse für einen staatlichen Schulbesuch unumgänglich.

9. Weltoffenheit und Eigenständigkeit

Die Ausführungen zu diesem Punkt ähneln jenen des Sicherheitsabschnittes. Erneut wird auf den Schutz österreichischer Interessen und Werte (auch bei außenpolitischen Abkommen) sowie die humanitäre / friedenssichernde Funktion Österreichs hingewiesen. Als Anknüpfungspunkt zur genannten österreichischen Kultur wird die Wahrung, Liebe und Verteidigung dieser als Fundament für Weltoffenheit gesehen. Der wiederkehrende Freiheitsaspekt wird mit Empfänger*innen von österreichischen Entwicklungshilfen in Verbindung gebracht. Denn durch die Unterstützung zur „Selbsthilfe“ sollen Betroffene „Freiheit und Verantwortung“ erlangen um selbst mit „Krisensituationen und Flüchtlingsströmen“ umgehen zu können.

10. Europa der Vielfalt

Hier wird die Selbstständigkeit der unterschiedlichen „Völker und Vaterländer“ hervorgehoben. Eindeutig klargestellt wird auch, dass „eine künstliche Gleichschaltung der vielfältigen europäischen Sprachen und Kulturen durch erzwungenen Multikulturalismus, Globalisierung und Massenzuwanderung“ unerwünscht ist. Klar definiert wird auch, dass als europäische Länder jene zu werten sind, welche sich den „abendländischen Werten, dem Erbe der Kulturen und den Traditionen der europäischen Völker verpflichtet“ fühlen.

Anhand dieser Zusammenfassung lassen sich einige (ideologische) Kernaspekte der FPÖ-Politik herausarbeiten. Die gleich zu Beginn angeführte und immer wiederkehrende Freiheit lässt auf eine liberale Ausrichtung der Partei schließen. Im zweiten Punkt (Heimat, Identität, Umwelt) steht eindeutig die nationale Komponente im Vordergrund. Laut der oben gelieferten Definition fallen die getroffenen Aussagen in die Beschreibung des Österreich-Patriotismus, sowie Ethnozentrismus / Ethnopluralismus und könnten somit als rechtsextrem eingestuft werden. Im Bereich Recht und Gerechtigkeit ist durch die Bekennung zu Grundrechten und Rechtsstaatlichkeit wieder eine liberale, sowie durch die Deklaration der Verantwortung des Staates für das Wohl seiner Bürger*innen, eine sozialpolitische Ansicht vertreten. Einzig die geforderte Solidarität gegenüber den eigenen Landsleuten stellt wieder eine Verbindung zum Anstreben eines volksgemeinschaftlichen Kollektivs dar. Während die Gleichstellung der Geschlechter beim Thema Familie und Generation als liberal zu werten ist, ist die Ablehnung gleichgeschlechtlicher Beziehungen das Gegenteil davon. Die unter Punkt 5 (Wohlstand und soziale Gleichheit) genannten Ansichten zur Wirtschaft lassen auf einen sozialen Wirtschaftsliberalismus schließen. Die soziale und liberale Komponente ist auch bei den Erläuterungen zur Gesundheit erkennbar: Gleiche Zugangsmöglichkeiten und faire Entlohnung, aber auch Eigenverantwortung des Individuums. Da die in Abschnitt 7 (Sicherheit) geforderte Art der Sicherheitspolitik als Gewährleistung der staatsbürgerlichen Freiheit gewertet werden kann, ist eine Interpretation in Richtung Liberalismus möglich. Die Forderungen im Bereich Bildung, Wissenschaft, Kunst und Kultur sind einerseits national durch die Priorisierung der „österreichischen“ Kultur und Sprache, aber auch liberal anzusehen, wenn auf die Freiheit der Künste verwiesen wird. Bei Punkt 9 (Weltoffenheit und Eigenständigkeit) ist alleine der Begriff der Weltoffenheit schon liberal angehaucht und wird dadurch untermauert, dass andere Länder unterstützt werden sollen. Eingeschränkt wird diese Aussage aber dadurch, dass diese Weltoffenheit nur durch die „Wahrung, Liebe und

Verteidigung“ der eigen Kultur gewährleistet ist und somit eine Vermischung und Veränderung nicht angestrebt zu sein scheint. Diese Argumentation gilt auch für die Ansichten zu Europa und Vielfalt, bei der wieder eine Differenzierung zwischen unterschiedlichen Kulturen vorgenommen wird und der Kontrast „wir“-„die Anderen“ verstärkt wird. Dieser Vorgang wird auch „Othering“³⁰² genannt.

Die vorgenommen Einschätzungen lassen sich mit einigen oben genannten Eigenschaften des Populismus vereinen. Zum einen ist eine eindeutige Volksnähe zu erkennen (auch wenn diese nur auf das „österreichische Volk“ beschränkt ist). Dies ist ersichtlich durch die Zusicherung von fairen Gehältern, dem allgemeinen Zugang zum Gesundheitswesen oder der sozialen Gerechtigkeit und Freiheitssicherung, die Aufgaben des Staates sind. Slogans können erkannt werden bei der Verwendung affektiv-aufgeladener Begriffe, wie etwa „Massenzuwanderung“, „religiöse Dogmen“, oder „Vermittlung von unseren Werten und Traditionen“. Der Protestcharakter bezieht sich auf die Ablehnung (europäischer) Bevormundung, aber auch auf jene gegen Zuwanderung oder gleichgeschlechtliche Beziehungen, die mit der „eigenen“ Tradition nicht vereinbar sind. Die Beschreibungen zeigen auch ein aufgeladensein mit unterschiedlichen ideologischen Richtungen auf, wobei wie gezeigt wurde, liberale, soziale, aber auch rechtsextreme Gesinnungen in den Postings ausgemacht werden können.

Mit diesem Wahlprogramm als Erläuterung ihrer politischen Leitlinien, konnte die FPÖ ihr Stimmenwachstum aufrecht erhalten. Bei den Nationalratswahlen 2013 knackte sie wieder die 20-Prozent-Marke. Im Wahlkampf um die Position des österreichischen Bundespräsidenten 2016 erhielt der FPÖ-Politiker Norbert Hofer in der Vorentscheidung die meisten Stimmen der Wählenden.³⁰³ Die Stichwahl entschied dann aber doch der ehemalige Grünen-Politiker Alexander Van der Bellen für sich.³⁰⁴ Im Jahr darauf kam es durch die frühzeitige Auflösung der bis dahin regierenden SPÖ-ÖVP-Koalition zu vorzeitigen Nationalratswahlen. Erneut konnte die FPÖ ihre Stimmenanzahl steigern und landete mit über 25% nur ganz knapp hinter der zweitplatzierten SPÖ.³⁰⁵ Eindeutiger Wahlsieger war die von Sebastian Kurz neu

³⁰² Edward Said, *Orientalism* (New York 1978).

³⁰³ Bundesministerium für Inneres, Bundespräsidentenwahl 2016, online unter <https://www.bmi.gv.at/412/Bundespraesidentenwahlen/Bundespraesidentenwahl_2016/start.aspx> (15. Juni 2021).

Kurzbeleg: BMI, Bundespräsidentenwahl 2016.

³⁰⁴ BMI, Bundespräsidentenwahl 2016.

³⁰⁵ Bundesministerium für Inneres, Nationalratswahl 2017, online unter <https://www.bmi.gv.at/412/Nationalratswahlen/Nationalratswahl_2017/start.aspx> (15. Juni 2021).
Kurzbeleg: BMI, Nationalratswahl 2017.

organisierte ÖVP, nun „Liste Sebastian Kurz – die neue Volkspartei“, die über 30% der Stimmen für sich gewinnen konnte.³⁰⁶ Im Anschluss bildete sich eine Koalition zwischen der ÖVP und der FPÖ, bei der die Minister*innen der FPÖ für die Ressorts Inneres; Äußeres, Integration, Europa; Landesverteidigung; Verkehr, Innovation, Technologie; Arbeit, Soziales, Gesundheit, Konsumenten, sowie öffentlicher Dienst und Sport zuständig waren.³⁰⁷

Um sich die Erfolge der FPÖ zu erklären, ist es hilfreich die Motive und Hintergründe ihrer Unterstützer*innen zu untersuchen. Sieht man sich das Sozialprofil der FPÖ-Wählenden an, so sind über die Jahre keine merklichen Änderungen bei der Anhängerschaft zu erkennen.³⁰⁸ Die folgenden Punkte lassen sich aus einer Analyse des Wahlverhaltens zur Nationalratswahl 2017 zusammenfassen.³⁰⁹ Ein direkter Geschlechtervergleich zeigte, dass die FPÖ eindeutig von mehr Männern als Frauen gewählt wurde. Auf das Alter differenziert sind es besonders die unter 30-Jährigen, die sich von der FPÖ angesprochen fühlten. Dies war ebenso der Fall bei Wählenden mit einem niedrigen Bildungsabschluss oder bei Arbeiter*innen. Inhaltlich waren besonders die Standpunkte der FPÖ in den Bereichen „Asyl und Migration“, „Sicherheit“ und „Sozialleistungen“ bei den Wählenden für ihre Stimmabgabe ausschlaggebend. Was aus dieser Befragung ebenfalls herauszulesen war, ist, dass es bei FPÖ-Wähler*innen eine negative Einstellung zu den Entwicklungen der vergangenen Jahre gab, sowie eine „pessimistisch[e]“ Haltung gegenüber der Zukunft vorhanden zu schien.³¹⁰

Ein weiterer Grund für den Erfolg der FPÖ ist, dass die Partei und ihre Politiker*innen es mit ihren Inhalten einerseits schaffen ihre Stammwähler*innen zu erhalten, aber andererseits durch die ständige Kritikausübung am aktuellen System auch jene Wechselwähler*innen für sich gewinnen und mobilisieren können, die von der Politik enttäuscht wurden.³¹¹ Zwar gab es seit 2011 kein neues Parteiprogramm der FPÖ, dennoch konnte die Partei ihre politischen Einstellungen im politischen Alltag wie auch während des Wahlkampfes an die Bevölkerung kommunizieren und somit klarstellen, wofür sie eintrat und heute noch eintritt. Der

³⁰⁶ BMI, Nationalratswahl 2017.

³⁰⁷ Der Standard, Wie die Zuständigkeiten der Ministerien aufgeteilt wurden, 19. Dezember 2017, online unter <<https://www.derstandard.at/story/2000070694678/bundesministeriengesetz-12-minister-und-maechtige-generalsekretaere>> (15. Juni 2021).

³⁰⁸ Fallend, Habersack, Heinisch, Rechtspopulismus in Österreich.

³⁰⁹ SORA Institute for Social Research and Consulting, Nationalratswahl 2017, online unter <<https://www.sora.at/themen/wahlverhalten/wahlanalysen/nrw17.html>> (15. Juni 2021).

Kurzbeleg: SORA, Nationalratswahl 2017.

³¹⁰ SORA, Nationalratswahl 2017..

³¹¹ Schui, Das Erfolgsmodell der FPÖ in Österreich, 231-232.

Politikwissenschaftler Stephan Grigat fasst im Vergleich mit der „Alternative für Deutschland“ (AfD) einige der Kernpunkte dieser FPÖ-Politik wie folgt zusammen:

„Die Gemeinsamkeiten der AfD und der FPÖ hinsichtlich antiaufklärerischer Gesellschaftsvorstellung, des Hasses auf gesellschaftliche und institutionelle Vermittlung und der Begeisterung für die unmittelbare Herrschaft des ‚Volkswillens‘, der Agitation gegen die EU, der aggressiv-nationalistischen Positionierung in der Asyl- und Flüchtlingsdebatte und der außenpolitischen Nähe zu Wladimir Putins Russland liegen auf der Hand.“³¹²

Dies wird zum einen durch das Vorstellen der Partei als „Bewegungspartei“, zum andern durch die Inszenierung eines „charismatischen Parteiführer[s]“ ergänzt.³¹³ Die Folge des ersten ist, dass die FPÖ für positive Veränderung, Modernität und das Abschaffen alter Privilegien steht. Wichtiges Element des zweiten ist, dass die Dynamik der Partei durch die Parteiführung personifiziert wird. So kam es unter anderem auch dazu, dass Strache sich beim Besuch von Diskotheken ablichten ließ³¹⁴ oder Rap-Songs mit politischen Inhalten performte.³¹⁵

Während der Regierungsphase ließ die FPÖ immer wieder durch „Einzelfälle“ aufhorchen. Die vom Sozialdemokratischen Parlamentsklub herausgegebene Website „Kontrast.at“, sammelte in einem Beitrag 100 dieser „Sonderfälle“, die sich während der 17-monatigen ÖVP-FPÖ-Regierungskoalition ereigneten.³¹⁶ Unter anderem wurde hier geschildert, wie von FPÖ-Funktionsträger*innen immer wieder auf den Nationalsozialismus anspielende Äußerungen veröffentlicht wurden. Ein anderes Beispiel waren rassistische Bemerkungen, die auf Social Media gepostet wurden, bevor sie einige Stunden später wieder gelöscht wurden. Darüber hinaus gab es immer wieder Fälle, in welchen der Rechtsstaat und das Rechtssystem in Österreich angegriffen wurden. Als Beispiel gilt hier die Aussage des Innenministers Herbert Kickl, der während eines ORF-Interviews argumentierte: „Ich glaube immer noch, dass der Grundsatz gilt, dass das Recht der Politik zu folgen hat und nicht die Politik dem Recht.“³¹⁷ Dies steht den Grundsätzen eines Rechtsstaates diametral entgegen, denn dieser wird dadurch

³¹² Grigat, Von Österreich lernen, 11.

³¹³ Belafi, Der Erfolg der FPÖ, 378.

³¹⁴ Der Standard, Herrn Straches Botschaft unterm Soundteppich, 28. Dezember 2009, online unter <<https://www.derstandard.at/story/1259282786282/herrn-straches-botschaft-unterm-soundteppich>> (14. Juni 2021).

³¹⁵ HC Stache Rap 2014 feat. Leopold Figl: Patrioten zur Wahl!, 20. Mai 2014, online unter <<https://www.youtube.com/watch?v=zAEP08ps-JM>> (14. Juni 2021).

³¹⁶ Alina Bachmayr-Heyda, Sara Mohammadi, 100 FPÖ-Skandale. Jeder wäre Grund genug gewesen die Koalition zu beenden, 23. Mai 2019, online unter <<https://kontrast.at/fpoe-skandale-100-einzelfall/>> (15. Juni 2021).

³¹⁷ Der Standard, Kickl stellt Menschenrechtskonvention infrage, Kritik von Ministerkollegen und Van der Bellen, 23. Jänner 2019, online unter <<https://www.derstandard.at/story/2000096888042/kickl-stellt-menschenrechtskonvention-in-frage>> (15. Juni 2021).

definiert, dass Regierung und Verwaltung nur innerhalb der bestehenden Gesetzeslage agieren, nicht diese willentlich verändern. Mit der gemachten Aussage wird eine der fundamentalsten Grundlagen, auf denen die österreichische Demokratie aufgebaut ist, in Frage gestellt und bagatellisiert. Im Zusammenhang mit der Pressefreiheit wurde ein Mail aus dem Innenministerium aufgedeckt, welches forderte, „kritische Medien“ ausschließlich mit dem „(rechtlich vorgesehene[n]) Maß“ an Informationen zu versorgen.³¹⁸ Weithin gelten Medien als „vierte Gewalt“ innerhalb von Demokratien.³¹⁹ Sie tragen dafür Sorge, dass Bürger*innen Zugang zu diversen Berichterstattungen haben. Werden jedoch kritische und kontroverse Formate systematisch ausgeschlossen, können sie dieser Aufgabe nicht nachkommen und ein Informationsungleichgewicht entsteht. Abgesehen von dieser Auflistung, stellte auch das „Mauthausen Komitee Österreich“ eine Sammlung von „Einzelfällen“ zusammen. Diese fokussierte die rechtsextremen und antisemitischen / rassistischen Meldungen von FPÖ-Politiker*innen.³²⁰ Mittlerweile wurde bereits die dritte Sammlungs-Broschüre veröffentlicht, die sich dieses Mal auf den jüngsten Zeitraum, nämlich zwischen Juni 2018 und Juli 2019, beschränkt. Allein in diesen wenigen Monaten konnten 169 dem Rechtsextremismus zuzuordnende „Einzelfälle“ von FPÖ-Politiker*innen vermerkt werden.³²¹ Abgesehen von der reinen Auflistung arbeitete das Team des Mauthausen Komitees aber auch daran, etwaige Muster zwischen diesen Fällen aufzudecken. Sie kamen zu dem Schluss, dass die Anzahl der rechtsextremen Äußerungen stark zugenommen habe und Politiker*innen „auf allen Ebenen der FPÖ“ davon betroffen seien.³²² Weiters trat neben der Verbindung zur NS-Ideologie auch der Antisemitismus häufiger und offener auf. Daneben standen auch die Gruppen der Flüchtlinge und Minderheiten, die immer wieder angegriffen wurden. Konsequenzen waren nur dann zu erwarten, wenn durch das Öffentlichwerden Nachteile für die Partei entstehen könnten.³²³ Die häufigste Reaktion der Beteiligten bestand aber in der Leugnung und Verharmlosung der Aussagen.³²⁴ Das Komitee kam zu dem Schluss, dass aufgrund der immer

³¹⁸ Der Standard, Innenministerium beschränkt Infos für „kritische Medien“, 24. September 2018, online unter <<https://www.derstandard.at/story/2000087988184/innenministerium-beschaenkt-infos-fuer-kritische-medien>> (15. Juni 2021).

³¹⁹ Bundeszentrale für politische Bildung, Medien – Die „vierte Gewalt“?, online unter <<https://www.bpb.de/politik/grundfragen/deutsche-verhaeltnisse-eine-sozialkunde/138737/medien>> (30. Mai 2021).

³²⁰ Mauthausen Komitee Österreich, Broschüre ‚Viele Einzelfälle = Ein Muster‘, online unter <<https://www.mkoe.at/rechtsextremismus/broschuere-viele-einzelfaelle-ein-muster>> (16. Juni 2021).
Kurzbeleg: Mauthausen Komitee Österreich, Broschüre ‚Viele Einzelfälle = Ein Muster‘.

³²¹ Ebenda.

³²² Ebenda.

³²³ Ebenda.

³²⁴ Ebenda.

wiederkehrenden Hetze „[w]iederholte Beteuerungen der FPÖ-Spitze, sie dulde weder Neonazismus noch Antisemitismus [...] völlig unglaubwürdig“ seien.³²⁵

In den vergangenen Jahren wurde der Fokus der Feindbildschaffung vermehrt auf den „Islam“ gelegt.³²⁶ Als wesentlicher Faktor für dieses Umschwenken gilt die gestiegene Anzahl von Flüchtlingen, die aus hauptsächlich islam-gläubigen Ländern stammen.³²⁷ Der Politikwissenschaftler Stephan Grigat lieferte eine Beschreibung zur Äußerungsform dieses Islam-Feindbildes: Die „fremdenfeindlichen Ressentiments erinnern in aller Regel an Aspekte von klassisch rassistischen Vorstellungen und zwar [gegenüber] gewalttätigen, aber letztlich unterlegenen und minderwertigen Einwanderern“.³²⁸ Mit solch einer Positionierung versuchen sich FPÖ-Funktionäre als Beschützer der eigenen „österreichischen“ Kultur darzustellen, wobei es keine eindeutige Abgrenzung zwischen islam-gläubig und islamistisch zu geben scheint.³²⁹

Schließlich hatte einer der angesprochenen Einzelfälle doch noch Konsequenzen für die FPÖ. Im Mai 2019 wurde von deutschen Medien ein Video veröffentlicht, welches das Ende der ÖVP-FPÖ-Regierung sein sollte. Seither als „Ibiza-Affäre“³³⁰ benannt, bezeichnet dieser Begriff die Aufdeckung eines Treffens zwischen dem damaligen FPÖ-Bundesparteiobmann und Vizekanzler Heinz-Christian Strache, dem geschäftsführenden FPÖ-Klubobmann Johann Gudenus und einer angeblichen russischen Oligarchen-Nichte in einer Villa auf Ibiza im Jahr 2017. Bei diesen heimlich-aufgenommenen Gesprächen wird davon gesprochen, wie durch den Einfluss und das Geld der reichen Russin etwa staatliche Baudeals beeinflusst, oder Zeitungen gekauft werden sollten, um Journalist*innen zu entfernen und durch parteifreundlichen zu ersetzen.³³¹ Die Folgen dieser Veröffentlichung waren der Rücktritt Straches und Gudenus‘, sowie nach einiger Diskussion auch die Auflösung der Koalition. Der Wahlkampf und die vorgezogene Nationalratswahl fanden noch 2019 statt.

³²⁵ Ebenda.

³²⁶ Scheit, Eingeschrumpfter Behemoth und neue ‚Souveränisten‘, 168.

³²⁷ Ebenda, 168.

³²⁸ Grigat. Von Österreich lernen, 18.

³²⁹ Belafi, Der Erfolg der FPÖ, 373.

³³⁰ Siehe etwa: Leila Al-Serori, Österreichs Rechtsstaat verkommt zur Farce. In: Sueddeutsche.at (25. Juni 2020), online unter <<https://www.sueddeutsche.de/politik/ibiza-strache-kurz-kommentar-oesterreich-1.4946278>> (23. April 2021). Oder: Matthias Winterer, „Ibiza-Affäre“: Was bisher geschah. In: WienerZeitung.at (20. Mai 2019), online unter <<https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/politik/oesterreich/2010133-Ibiza-Affaere-Was-bisher-geschah.html>> (23. April 2021).

³³¹ Leila Al-Serori, Oliver Das Gupta, Peter Münch, Frederik Obermaier, Bastian Obermayer, Die wichtigsten Fakten zum Strache-Video, 17. Mai 2019, online unter <<https://www.sueddeutsche.de/politik/strache-video-oesterreich-boehmermann-1.4449557>> (16. Juni 2021).

Die FPÖ versuchte sich von dem Video zu distanzieren und nach internen Streitigkeiten kam es sogar zu einem Partei-Ausschluss Straches.³³² Dessen Nachfolger als Parteiobmann wurde der bereits oben erwähnte Norbert Hofer. Klubobmann wurde der ebenfalls genannte frühere Innenminister Herbert Kickl. Während des Wahlkampfes versuchte die FPÖ die positiven Aspekte ihrer Regierungsbeteiligung hervorstreichend³³³ und sich als Opfer etwaiger Skandale zu inszenieren.³³⁴ Dennoch musste die FPÖ einen Stimmenverlust von fast 10% verbuchen und schaffte nur knapp über 16%.³³⁵ Während die stimmenstärkste ÖVP sich für eine Koalition mit den Grünen entschied, bildet die FPÖ zusammen mit der SPÖ und den NEOS (Das Neue Österreich) seither wieder die Opposition im Parlament. Durch Wähler*innen-Analysen wurde erkannt, dass die FPÖ weiterhin bei jenen Menschen, die ihre Einstellungen zu den Themen „Zuwanderung, Sicherheit und Arbeitsplätze“ teilten, punkten konnte.³³⁶

³³² ORF.at, Strache aus FPÖ ausgeschlossen (13. Dezember 2019), online unter <<https://orf.at/stories/3147497/>> (23. April 2021).

³³³ Wiener Zeitung, Parteien bitten noch ein letztes Mal um Stimmen, 28. September 2019, online unter <<https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/wahlen/nationalratswahl-2019/2031213-Parteien-bitten-noch-ein-letztes-Mal-um-Stimmen.html>> (16. Juni 2021).

³³⁴ PolitikMagazin.at, 125 Tage Wahlkampf: Das Tagebuch zur Nationalratswahl 2019, online unter <<https://politikmagazin.at/125-tage-wahlkampf-das-tagebuch-zur-nationalratswahl-2019/>> (16. Juni 2021).

³³⁵ Bundesministerium für Inneres, Nationalratswahl 2019, online unter <https://www.bmi.gv.at/412/Nationalratswahlen/Nationalratswahl_2019/start.aspx> (16. Juni 2021).

³³⁶ SORA Institute for Social Research and Consulting, Wahlanalyse Nationalratswahl 2019, online unter <https://www.sora.at/fileadmin/downloads/wahlen/2019_NRW_Wahlanalyse.pdf> (16. Juni 2021) 8.

4. Soziale Medien

In diesem Abschnitt wird zuerst eine kurze generelle Einführung zu dem Thema „Social Media“ gegeben. Nach einer Begriffserklärung wird auf die Vor- und Nachteile von sozialen Medien eingegangen. Anschließend folgt eine Spezifikation auf den Zusammenhang zwischen sozialen Medien und dem Feld der Politik, sowie Schule.

Zu allererst sei vermerkt, dass mittlerweile bei der Verwendung der Begriffe „soziale Medien“ oder „Social Media“, wie sich der englische Terminus auch in anderen Sprachen eingebürgert hat, beinahe immer von online Netzwerken die Rede ist.³³⁷ Bei ihnen geht es darum, „die Vernetzung und Kommunikation zwischen Nutzer[*inne]n sowie das Erstellen und Veröffentlichen von nutzergetriebenen Inhalten [zu] unterstützen“.³³⁸ Somit fallen sie eindeutig unter die Anwendungen des Web2.0. Als Web2.0 werden jene Teile des Internets verstanden, die ihr Hauptaugenmerk auf Interaktion legen. So sollen Nutzer*innen nicht nur passive Leser*innen vorgestellter Inhalte werden, sondern deren eigene Beiträge führen zu einem kollaborativ entwickelten Gesamtergebnis. Diese Beiträge können sowohl in Form von „Texten, Grafiken, Bildern, Fotos, Videos, Musik und Sprache vorliegen“.³³⁹ Seit den 1990-ern steigt die Bedeutung von Social Media immer weiter an und sie werden sowohl im privaten, als auch im beruflichen Kontext genutzt.³⁴⁰

4.1. Potentiale und Gefahren von sozialen Medien

Die Nutzung von Social Media bietet für Anwender*innen eine Vielzahl an Vorteilen. So kann auf diese mit den richtigen Endgeräten und der Herstellung einer Internetverbindung praktisch überall und zu jeder Zeit (kostenlos) zugegriffen werden. Somit kann problemlos über weite Strecken mit Verwandten, Bekannten, aber auch Geschäftspartner*innen in Echtzeit kommuniziert werden. Durch die Multimedialität sind die Inhalte nicht auf ein einzelnes Format beschränkt, sondern können je nach individuellen Vorlieben variieren.³⁴¹ Durch diese Eigenschaften ist gewährleistet, dass die benutzer*innenfreundlichen sozialen Medien in einer Vielzahl von Situationen eingesetzt werden können.

³³⁷ Roland Gabriel, Heinz-Peter Röhrs, Social Media. Potenziale, Trends, Chancen und Risiken (Berlin/Heidelberg 2017), 11.

Kurzbeleg: Gabriel, Röhrs, Social Media.

³³⁸ Stefan Stieglitz, Social Media. In: GITO Enzyklopädie der Wirtschaftsinformatik online-Lexikon, 19. Februar 2019, online unter <<https://www.enzyklopaedie-der-wirtschaftsinformatik.de/wi-enzyklopaedie/lexikon/daten-wissen/Wissensmanagement/Soziales-Netzwerk/Social-Media/index.html/?searchterm=social%20media>> (22. Juni 2021).

³³⁹ Gabriel, Röhrs, Social Media, 13.

³⁴⁰ Ebenda, 14.

³⁴¹ Ebenda, 19.

Nichtsdestotrotz darf nicht auf die negativen Aspekte vergessen werden, die mit der Verwendung von sozialen Medien einhergehen können. Durch den immerwährenden Informationsfluss kann das Gefühl entstehen etwas zu verpassen, wenn nicht immer wieder auf die Plattformen zugegriffen wird. Als Folge können Stress und Überforderung, sowie Abhängigkeiten entstehen.³⁴² Darüber hinaus kann sich die Nutzung negativ auf die psychologische Gesundheit auswirken, da es in sozialen Medien zu einer gesteigerten Selbstinszenierung kommt.³⁴³ Beispiele für psychische Probleme sind Einsamkeitsgefühle, oder Realitätsverlust besonders bei vermehrter Nutzung. Ein anderes äußerst umstrittenes Thema im Zusammenhang mit Social Media bleibt der Schutz der persönliche Privatsphäre und Daten.³⁴⁴ Durch das Speichern von Daten kommt es auch zu einem einseitigen Informationsfluss, der etwas weiter unten noch ausgeführt wird.

4.2. Bedeutung und Nutzung von sozialen Medien in Österreich

Angesichts der gelisteten Potentiale, aber besonders auch Gefahren von Social Media, bleibt die Frage, wie und von wem diese Plattformen überhaupt genutzt werden. Um die Bedeutung des Internets und sozialer Medien im Speziellen darzulegen, werden im Folgenden einige Ergebnisse unterschiedlicher Studien und Umfragen zu dieser Thematik präsentiert. Die Daten wurden in Österreich erhoben und spiegeln den 2019 vorherrschenden Status wider:

Vorerst wird auf die generelle Wichtigkeit des Mobiltelefons / Internets für die Menschen in Österreich eingegangen: Eine Umfrage kam zu dem Schluss, dass zwar 26% der Befragten angaben auf Tageszeitungen verzichten zu können, aber jeweils nur 2% auf ihr Handy oder das Internet.³⁴⁵ Durchschnittlich verbringen Österreicher*innen täglich 325 Minuten (entspricht 5 Stunden und 25 Minuten) im Internet. Davon nimmt die Nutzung von Social Media 80 Minuten in Anspruch.³⁴⁶ Insgesamt stieg die Anzahl der Nutzer*innen von sozialen Netzwerken seit ihrem Aufkommen immer weiter an, 2019 waren es bereits 56% der Befragten.³⁴⁷ 43% der

³⁴² Ebenda, 228.

³⁴³ Ebenda, 228.

³⁴⁴ Ebenda, 228-229.

³⁴⁵ Eva Schultz, Umfrage zur Bedeutung von Handys im Alltag in Österreich 2019. In: Statista.com, 25. März 2021, online unter <<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/745493/umfrage/umfrage-zum-verzicht-auf-online-aktivitaeten-in-oesterreich/>> (23. Juni 2021).

³⁴⁶ Statista, Dauer der täglichen Internetnutzung in Österreich 2019, Februar 2020, online unter <<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/436464/umfrage/dauer-der-taeglichen-internetnutzung-in-oesterreich/>> (23. Juni 2021).

³⁴⁷ Eva Schultz, Anteil der Nutzer sozialer Netzwerke an der Gesamtbevölkerung in Österreich bis 2019, 21. Juli 2020, online unter <<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/571678/umfrage/anteil-der-nutzer-sozialer-netzwerke-an-der-gesamtbevoelkerung-in-oesterreich/>> (23. Juni 2021).

Nutzenden gaben weiters an, soziale Medien mehrmals wöchentlich zu verwenden.³⁴⁸ Wenn es um die Wahl unterschiedlicher Social Media Plattformen geht, entscheiden sich die Österreicher*innen am häufigsten für YouTube (74%), gefolgt von Instagram (49%) und Facebook (36%).³⁴⁹ Beim jüngeren Bevölkerungsanteil, genauer bei den 15 bis 22-Jährigen, fällt YouTube auf den dritten Rang zurück. Eindeutig am meisten genannt wird der Messenger-Dienst WhatsApp, welcher von 92,3% der jungen Menschen genutzt wird. Die am häufigsten genutzten sozialen Medien sind Instagram (84%), YouTube (80,2%), Snapchat (68,7%) und Facebook (60%).³⁵⁰ Über ein Drittel der Befragten in der Altersgruppe der 15 bis 24-Jährigen gaben an, dass die erste Tätigkeit nach dem Aufstehen der Griff zum Mobiltelefon war. Knappe 40% nehmen das Gerät sogar auf die Toilette mit.³⁵¹

Abgesehen von diesen allgemeineren Umfragen wurden auch weltweit Befragungen durchgeführt, die sich spezifischer mit den Potentialen, aber auch Problemfeldern im Umgang mit sozialen Medien beschäftigten. Eine der Schwierigkeiten, die durch die Interaktivität auf sozialen Medien entsteht, ist die Sicherung des Wahrheitsgehaltes dort getroffener Aussagen, da jede*r sich beteiligen kann. Der Ausdruck „Fake-News“ dürfte laut einer in Deutschland durchgeführten Studie wohl fast allen Menschen ein Begriff sein.³⁵² Laut Definition handelt es sich bei Fake News um „bewusst unwahre Tatsachenbehauptungen“,³⁵³ die den Anschein von Nachrichten erwecken und oftmals zur politischen Manipulation eingesetzt werden.³⁵⁴ Die Aufdeckung von Falschmeldungen ließ immer wieder aufhorchen. Dennoch scheint das Vertrauen in soziale Medien als Informationsquelle im Zeitraum 2011-2019 relativ stabil geblieben zu sein, wobei 2019 weltweit 40% der Menschen den Social Media als

³⁴⁸ Statista, Mediennutzung in Österreich im Jahr 2019, 02. Oktober 2020, online unter <<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/597816/umfrage/mediennutzung-in-oesterreich/>> (23. Juni 2021).

³⁴⁹ Statista, Welche Social Media-Seiten nutzen Sie regelmäßig?, Oktober 2019, online unter <<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/534503/umfrage/reichweite-der-beliebtesten-social-media-kanaele-in-oesterreich/>> (23. Juni 2021).

³⁵⁰ Eva Schultz, Beliebteste soziale Medien bei jungen Erwachsenen in Österreich 2019, 24. Juli 2019, online unter <<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/314753/umfrage/nutzung-von-sozialen-netzwerken-in-oesterreich-nach-kanaelen/>> (23. Juli 2021).

³⁵¹ Eva Schultz, Aussagen zur Handy- und Social Media Nutzung in Österreich nach Altersgruppen 2019, 04. März 2019, online unter <<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/973913/umfrage/aussagen-zur-handy-und-social-media-nutzung-in-oesterreich-nach-altersgruppen/>> (23. Juni 2021).

³⁵² Statista, Social-Media-Nutzung in der Politik, 2018, online unter <<https://de.statista.com/statistik/studie/id/46716/dokument/social-media-nutzung-in-der-politik/>> (22. Juni 2021) 22.

Kurzbeleg: Statista, Social-Media-Nutzung in der Politik.

³⁵³ Bundeszentrale für politische Bildung, Was sind Fake News?, 12. Juli 2017, online unter <<https://www.bpb.de/252386/was-sind-fake-news>> (14. Juni 2021).

³⁵⁴ Cambridge Dictionary, fake news, online unter <<https://dictionary.cambridge.org/dictionary/english/fake-news>> (14. Juni 2021).

Informationsquelle vertrauten.³⁵⁵ Sieht man sich einzelne Länder im Vergleich an, so wird ersichtlich, dass die Plattformen sozialer Medien teilweise von einer deutlichen Mehrheit der Einwohner*innen als „beste Informationsquelle“ im eigenen Land genannt werden. An erster Stelle steht hier Saudi-Arabien, wo 69% der Meinung sind, soziale Medien seien die beste Nachrichtenquelle im Land. Darauf folgen Peru (68%) und Mexiko (64%).³⁵⁶ An den untersten Stellen der angeführten Länder sind Großbritannien (27%), USA (30%) und Südkorea (32%) zu finden. Es kann vermutet werden, dass dieses Vertrauen in soziale Medien mit der wahrgenommenen Seriosität anderer Medienkanäle in den jeweiligen Ländern zu tun hat.

4.3. Soziale Medien und Politik

Nach der Entstehung des Web2.0, breitete sich dessen Verwendung immer weiter aus, bis es schließlich auch im politischen Bereich genutzt wurde.³⁵⁷ Aufgrund der oben beschriebenen Kollaboration und Einbindung der Masse, wird dem Web2.0 auch ein „demokratisierendes Potential“ zugesprochen.³⁵⁸ Während der Soziologe und Publizistikwissenschaftler Kurt Imhof 2012 noch zu dem Schluss kam, dass die politische Kommunikation in sozialen Medien nur als „marginal“³⁵⁹ einzustufen sei, beziehen sich der Medien- und Kommunikationsexperte Paweł Surowiec und Sozialwissenschaftler Václav Štětka auf eine breite Masse an Forschungsarbeiten zur Verbindung zwischen Web2.0 und Politik, wenn sie 2018 auf die sich ständig verändernde Art der politischen Kommunikation verweisen.³⁶⁰ Auch wenn diese Studien, ob der immer neuen Fortschritte und Veränderungen (noch) zu keinem Schluss bezüglich des tatsächlichen Einflusses von Web2.0 auf die Politik kommen konnten, so hat allein das Interesse der Forschenden zur Formierung verschiedener Trends in den Nutzungsmöglichkeiten dieser Kommunikationsart geführt.³⁶¹

³⁵⁵ Statista, Umfrage zum Vertrauen in Social-Media-Plattformen als Nachrichtenquelle 2019, 24. Jänner 2020, online unter <<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/875809/umfrage/vertrauen-in-suchmaschinen-und-social-media-plattformen-als-nachrichtenquelle-weltweit/>> (23. Juni 2021).

³⁵⁶ Statista, Einstellung gegenüber Social-Media als Informationskanal nach Ländern weltweit 2019, 03. August 2020, online unter <<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1041917/umfrage/einstellung-gegenueber-social-media-als-informationskanal-nach-laendern-weltweit/>> (23. Juni 2021).

³⁵⁷ Paweł Surowiec, Václav Štětka, Introduction. Social media, politics and democracy in post-transition Central and Eastern Europe. In: Paweł Surowiec, Václav Štětka (Hg.), Introduction. Social media, politics and democracy in post-transition Central and Eastern Europe (Abingdon/New York 2018) 1. Kurzbeleg: Surowiec, Štětka, Introduction.

³⁵⁸ Surowiec, Štětka, Introduction, 1.

³⁵⁹ Kurt Imhof, Demokratisierung durch Social Media?. In: Kurt Imhof, Roger Blum, Heinz Bonfadelli, Otfried Jarren, Vinzenz Wyss (Hg.), Demokratisierung durch Social Media? Mediensymposium 2012 (Wiesbaden 2015), 23.

Kurzbeleg: Imhof, Demokratisierung durch Social Media?.

³⁶⁰ Surowiec, Štětka, Introduction, 2.

³⁶¹ Ebenda, 2.

2012 beschäftigten sich Uli Bernhard, Marco Dohle und Gerhard Vowe mit der Nutzung von Social Media für politische Zwecke, im Vergleich zu herkömmlichen Medien (i.e. Printmedien, Radio, Fernsehen...). Sie gelangten zu dem Schluss, dass Medien wie Fernsehen, Zeitung sowie reine Informationsseiten im Internet (Web1.0) den überwiegenden Teil der politischen Informationsbeschaffung und des Austausches ausmachten und das Web2.0 nur eine untergeordnete Rolle spielte.³⁶² Neuere Befragungen unterstützen diese Aussage.³⁶³ Ein Faktor dafür könnte sein, dass im Gegensatz zu „herkömmlichen“ politischen Informationsmedien, bei denen (so sie professionell betrieben werden) erwartet wird, dass sich ihr Geltungsanspruch auf die gründliche Recherche von Sachverhalten stützt, dies von sozialen Medien Beiträgen häufig nicht behauptet werden kann.³⁶⁴ Bei genauerer Betrachtung der einzelnen Altersgruppen wurde festgestellt, dass Nutzer*innen unter 30 Jahren jene Gruppe darstellten, die im Vergleich zu den anderen soziale Medien am meisten für politische Zwecke nutzten.³⁶⁵ Beispielsweise konnte eine norwegische Fallstudie aufzeigen, dass Social Media von politikinteressierten jungen Menschen gerne als Kommunikationsplattform genutzt wurde. Besonders um gemeinsame Events zu organisieren, Aktivitäten anzukündigen, oder um von Geschehnissen zu berichten wurden die sozialen Netzwerke verwendet.³⁶⁶ Auf dieser Grundlage kann vermutet werden, dass sich in den kommenden Jahren ein Umdenken und eine Umorientierung bezüglich der politischen Relevanz breitmachen könnte.

Auf der Seite der Politiker*innen und Parteien wird seit den US-Präsidentenwahlen 2008 vermehrt auf eine Social-Media-Präsenz gesetzt, um Inhalte zu vermitteln und Wählende anzusprechen.³⁶⁷ Viele Spitzenkandidat*innen sind selbst Inhaber*innen von Social Media Profilen, wobei diese entweder von ihnen selbst, oder von einem eigens dafür angestellten „Media-Team“ betreut werden.³⁶⁸ Die Kommunikationswissenschaftlerin Katharina Kleinen-von Königslöw erkennt an, dass auch wenn soziale Medien in der Informationsbeschaffung den herkömmlichen (noch) unterlegen waren, diese aber für die Parteien eine immer größere Rolle

³⁶² Uli Bernhard, Marco Dohle und Gerhard Vowe, Wer nutzt wie das ‚Web2.0‘ für Politik? Der Stellenwert von Social Media in politischen Kontexten. In: Kurt Imhof, Roger Blum, Heinz Bonfadelli, Otfried Jarren, Vinzenz Wyss (Hg.), Demokratisierung durch Social Media? Mediensymposium 2012 (Wiesbaden 2015), 41-54. Kurzbeleg: Bernhard, Dohle, Vowe, Wer nutzt wie das ‚Web2.0‘ für Politik?.

³⁶³ Statista, Social-Media-Nutzung in der Politik, 4.

³⁶⁴ Imhof, Demokratisierung durch Social Media?, 19-20.

³⁶⁵ Bernhard, Dohle, Vowe, Wer nutzt wie das ‚Web2.0‘ für Politik?, 52.

³⁶⁶ Tanja Storsul, Deliberation or Self-presentation? Young People, Politics and Social Media. In: Nordicom Review 35 (2014), 26.

³⁶⁷ Gabriel, Röhrs, Social Media, 108.

³⁶⁸ Ebenda, 108.

spielten.³⁶⁹ Sie führt das darauf zurück, dass die Politik das Bedürfnis der Menschen „schnell und nebenbei informiert“ zu werden, wahrnahm und darauf reagierte. Als besonders erfolgreich in der Verwendung von Social Media sieht die Kommunikationswissenschaftlerin rechtspopulistische Parteien, die dort durch ihre emotionalen Beiträge punkteten.³⁷⁰

Dennoch scheint es so, als seien die Potentiale des Web2.0 für die Politik bei weitem noch nicht ausgeschöpft. Sowohl auf der Seite der individuellen Staatsbürger*innen, als auch auf jener der Parteien eines Landes, werden nicht alle möglichen Vorteile ausgenutzt,³⁷¹ wie etwa zur Wähler*innen-Mobilisierung, oder Personalisierung von Politik.³⁷² Darüber hinaus verweist die Kommunikationsexpertin weiter auf die Gefahr der sogenannten „Echokammern“.³⁷³ Es ist bekannt, dass die persönlichen Daten (Interessen, Konsumverhalten, Suchanfragen) der Nutzer*innen gespeichert werden, um ihnen zukünftig individuell zugeschnittene Inhalte zukommen zu lassen. Bei diesen Inhalten kann es sich einerseits um Produktwerbungen handeln, aber sie sind bei weitem nicht darauf beschränkt. Denn durch die Datensicherung wird den Nutzenden in allen Bereichen nun „Mehr vom Gleichen“ angeboten, was die „Homogenität von Lebensstilen“ fördert.³⁷⁴ Auf den politischen Bereich umgelegt bedeutet dies, dass Menschen, die selbst nicht nach politikbezogenen Inhalten suchen, dementsprechend solche auch nicht angeboten bekommen, oder ihnen je nach ihren gespeicherten Interessen, nur Informationen über eine bestimmte Partei / Organisation vorgeschlagen werden.

4.3.1. Facebook: Reichweite und politische Relevanz

Facebook.com zählt zu einer der bekanntesten Social Media Plattformen weltweit. 2004 ging sie unter dem damaligen Namen „Thefacebook“ online.³⁷⁵ Nicht einmal 15 Jahre später hatte die Website seinem Gründer Mark Zuckerberg 79 Milliarden Dollar eingebracht. Grund dafür ist Facebook's enorme Reichweite; weltweit nutzten 2018 insgesamt über 2 Milliarden, und

³⁶⁹ Felix, Willeke, Soziale Medien – Gefahr oder Chance für die Politik?, 23. Mai 2019, online unter <<https://www.uni-hamburg.de/newsroom/forschung/2019/0523-socialmedia-europawahl.html>> (22. Juni 2021).
Kurzbeleg: Willeke, Soziale Medien.

³⁷⁰ Willeke, Soziale Medien.

³⁷¹ J. Paulo Serra, Gisela Gonçalves, Introduction. In: J. Paulo Serra, Gisela Gonçalves (Hg.) Politics and Web 2.0. The Participation Gap (Wilmington/Malaga 2016), 12.

³⁷² Surowiec, Štětka, Introduction, 2-3.

³⁷³ Willeke, Soziale Medien.

³⁷⁴ Imhof, Demokratisierung durch Social Media?, 18.

³⁷⁵ Gail Radley, Facebook (Minneapolis 2019), 17.
Kurzbeleg: Radley, Facebook.

somit mehr als jede vierte Person, diese Social Media Plattform.³⁷⁶ In Österreich waren es knapp 4 Millionen Menschen, wobei über 3 Millionen davon täglich auf Facebook zugegriffen.³⁷⁷

Bei einer Untersuchung der Nutzungsmotive für Facebook wurde gezeigt, dass diese Plattform primär für Belange der Freizeit (etwa Abfragen der Tätigkeiten von anderen, oder Informieren über Events) genutzt wird.³⁷⁸ Dennoch fand eine deutsche Umfrage heraus, dass 80% der Befragten über Facebook „aktuelle Ereignisse aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft“ beziehen.³⁷⁹ Sie ist auch die bei Weitem am häufigsten herangezogene Social Media Plattform zur Informationsbeschaffung über politische Themen.³⁸⁰

Aus Gründen der Reichweite und politischen Relevanz wurde Facebook für die vorliegende Arbeit ausgewählt.

4.4. Medien im schulischen Kontext

Medien zählen als „zentrale Sozialisationsinstanz in der Jugendphase“.³⁸¹ Wie die oben gelieferten Zahlen zeigen, gibt es bei jungen Menschen einen hohen online Medien-Konsum. Weiters wurde das Jugendalter als eine „sensible Phase für die politische Sozialisation“ nachgewiesen.³⁸² Als Beispiel dafür kann angeführt werden, dass die Themenblöcke „Politik und Gesellschaft“ im Alter zwischen 13 und 16 Jahren stetig an Wichtigkeit im Austausch zwischen den Jugendlichen gewinnen.³⁸³ Ob der offensichtlichen Wichtigkeit ist es essentiell diese Thematik im schulischen Alltag auch in Verbindung zum Medienkonsumverhalten aufzugreifen. Durch mehrere Studien wurde herausgefunden, dass eine regelmäßige Auseinandersetzung mit politischen Nachrichten auch die politische Partizipation erhöht. Je

³⁷⁶ Radley, Facebook, 10.

³⁷⁷ Fabolo Social Media Marketing, Facebook Nutzerzahlen März 2019, online unter <<https://www.fabolo.at/2019/03/19/facebook-nutzerzahlen-maerz-2019/>> (23. Juni 2021).

³⁷⁸ Anabel Quan-Haase, Alyson L. Young, Uses and Gratifications of Social Media. A Comparison of Facebook and Instant Messaging, In: Bulletin of Science, Technology & Society 20(5) (2010), 358.

³⁷⁹ Statista, Social-Media-Nutzung in der Politik, 8.

³⁸⁰ Statista, Social-Media-Nutzung in der Politik, 10.

³⁸¹ Martin Langebach, Rechtsextremismus und Jugend. In: Fabian Virchow, Martin Langebach, Alexander Häusler (Hg.), Handbuch Rechtsextremismus (Edition Rechtsextremismus, Wiesbaden 2016), 394.

³⁸² Urs Grob, Die Entwicklung politischer Orientierungen. In: Helmut Fend, Fred Berger, Urs Grob (Hg.), Lebensverläufe, Lebensbewältigung, Lebensglück. Ergebnisse der Life-Studie (Wiesbaden 2009), 368.

³⁸³ Helmut Fend, Identitätsentwicklung in der Adoleszenz. Lebensentwürfe, Selbstfindung und Weltaneignung in beruflichen, familiären und politisch-weltanschaulichen Bereichen (Bern/Stuttgart/Toronto 1991), 265.

informierter sich eine Person fühlt, desto wahrscheinlicher ist es, dass sie sich politisch betätigt.³⁸⁴

Als mögliches Hindernis könnte für die Arbeit mit sozialen Medien und politischer Bildung der fragwürdige Wahrheitsgehalt der dort verbreiteten Informationen gesehen werden. Es gilt, dass ein erhöhtes Potential von „Fake News“ auf sozialen Medien vorherrscht, wobei der US-Präsidentenwahlkampf von 2016 als (abschreckendes) Beispiel angeführt werden kann.³⁸⁵ Aus diesem Grund ist eine Schulung im Umgang mit online-Quellen generell, aber im Speziellen besonders auch mit Social Media Quellen, unumgänglich.

Eine Studie des Sozialpädagogen André Dörfer beschäftigte sich mit der Rezeption von Social Media Inhalten Jugendlicher.³⁸⁶ Obwohl seine Forschung auf rechtsextreme Erscheinungen fokussiert, können aus seinen Erkenntnissen auch generelle pädagogische Überlegungen gewonnen werden. Neben der Quellenkritik und dem Erwerb von Fachwissen, betont er die entscheidende Rolle der affektiven Ebene.³⁸⁷ Das bedeutet, dass Empathie oftmals eine Rolle bei der Aufnahme der Inhalte spielt, da sich die Betrachter*innen in die inhaltlich betroffenen Personen hineinversetzen, was bei Ersteren emotionale Reaktionen hervorrufen kann.

Es lässt sich erkennen, dass der Umgang mit (sozialen) Medien ein sensibler Themenbereich in der Schule ist. Wenn mit solchen gearbeitet werden soll, ist es notwendig, dass die Lehrperson auf Faktoren wie Altersbeschränkungen, Zugangsmöglichkeiten oder die emotionale und kognitive Reife der Schüler*innen Rücksicht nimmt. Eine mögliche Umsetzungsvariante wird am Ende der Arbeit vorgestellt.

³⁸⁴ Ruth Kunz, Frank Esser, Die politischen Hoffnungen des Internets. Welche Informationsformate können die Partizipation von Jugendlichen befördern? In: Kurt Imhof, Roger Blum, Heinz Bonfadelli, Otfried Jarren, Vinzenz Wyss (Hg.), Demokratisierung durch Social Media? Mediensymposium 2012 (Wiesbaden 2015), 69.

³⁸⁵ Stijn Peeters, Richard Rogers, Political news on Facebook during the 2019 Dutch elections. In: Richard Rogers, Sabine Niederer, The Politics of Social Media Manipulation (Amsterdam 2020), 72.

³⁸⁶ André Dörfer, Politische Sozialisation online: Wie gehen Jugendliche mit rechtsextremen Social-Media-Inhalten um?. In: Carolin Freier, Joachim König, Arne Manzeschke, Barbara Städtler-Mach (Hg.), Gegenwart und Zukunft sozialer Dienstleistungsarbeit. Chancen und Risiken der Digitalisierung in der Sozialwirtschaft (Perspektiven Sozialwirtschaft und Sozialmanagement, Wiesbaden 2021), 227-241.

Kurzbeleg: Dörfer, Politische Sozialisation online.

³⁸⁷ Dörfer, Politische Sozialisation online, 238.

5. Qualitative Inhaltsanalyse

Bevor im folgenden Abschnitt die Erkenntnisse aus der qualitativen Inhaltsanalyse betreffend der Inhalten der Social Media Postings vorgestellt werden, werden zuerst noch Punkte angesprochen, die bei der Analyse auffällig waren.

5.1. Kategorien der qualitativen Inhaltsanalyse

Die aus dem Parteiprogramm gewonnenen Kategorien beziehen sich auf bestimmte thematische Punkte. Nach Durchsicht des Materials auf Facebook wurden einige davon noch umbenannt oder mit anderen zusammengelegt. Es bleibt zu erwähnen, dass die einzelnen Postings inhaltlich teilweise mehreren Kategorien zuordenbar gewesen wären. In solchen Fällen wurde dann der am wichtigsten scheinende Aspekt als Zuordnungskriterium gewählt.

Für die Analyse wurden die kommenden zehn Kategorien ausgewählt:

- Bildung
- EU / Außenpolitik
- Familie / Frauen
- Freiheit / Rechte / Verantwortung
- Kultur / Heimat
- Migration / Asyl
- Sicherheit / Schutz
- Soziales / Fairness
- Umwelt / Gesundheit
- Wirtschaft

Wie ersichtlich ähneln sie den bereits vorgestellten 10 Punkten aus dem Parteiprogramm. ³⁸⁸

5.2. Datenanalyse – allgemeiner Überblick

Die Analyse ergab, dass alleine im Jahr 2019 insgesamt 623 der von Heinz-Christian Strache oder Norbert Hofer veröffentlichten Postings in eine (oder mehrere) der genannten 10 Kategorien fallen. Diese hohe Anzahl zeigt, dass die beiden Politiker neben etwaigen privaten

³⁸⁸ Hinweis: Bei der Reihung der Kategorien gab es keine Wertung dieser in irgendeiner Form. Sie wurden ausschließlich ihrer alphabetischen Reihenfolge entsprechend gelistet.

Nachrichten nahezu täglich (teilweise sogar mehrmals am Tag) Mitteilungen mit konkreten politischen Inhalten auf Social Media teilen. Konkret waren es bei Strache 327, sowie 296 bei Hofer. Das bedeutet, dass obwohl der Untersuchungszeitraum bei Strache ein geringerer war (138 Tage im Vergleich zu 227 bei Hofer), dieser dennoch mehr relevante Postings veröffentlichte. Zu der genannten Gesamtzahl sei noch hinzuzufügen, dass es sich hierbei ausschließlich um die Beschreibung konkreter politischer Inhalte handelte, denn reine „Informationspostings“, die etwa eine Veranstaltung ankündigten, oder zu einer Wahlbeteiligung aufriefen, ohne dabei konkret die Ziele oder Wünsche der Partei zu erwähnen, wurden hier nicht berücksichtigt. Darüber hinaus waren noch 32 Postings zu finden, welche die Ansichten der Partei bezüglich so vieler unterschiedlicher Themenbereiche zusammenfassten, dass sie keiner einzelnen Kategorie zugeordnet werden konnten. Sie wurden in der Gruppe „Zusammenfassung“ gesammelt. Aus diesen Gründen liegt die Gesamtzahl der Postings mit einem Politik-Bezug noch weit über den genannten 623.

Um einen Überblick über die Häufigkeit der behandelten Themen zu gewinnen, wurden die Anzahl der Postings pro Kategorie verglichen. Die nachfolgenden Diagramme sollen die Ergebnisse veranschaulichen. Das erste zeigt die absolute Menge an Postings pro Kategorie (Abbildung 1) und das zweite den jeweiligen prozentuellen Anteil an der Gesamtmenge (Abbildung 2). In der Grafik wurden jene Postings nicht inkludiert, welche in die Gruppe „Zusammenfassung“ fielen, da sie wie eben erwähnt nicht eindeutig zuzuordnen waren und um nur die einzelnen im Parteiprogramm gefundenen Kategorien klarer darzustellen.

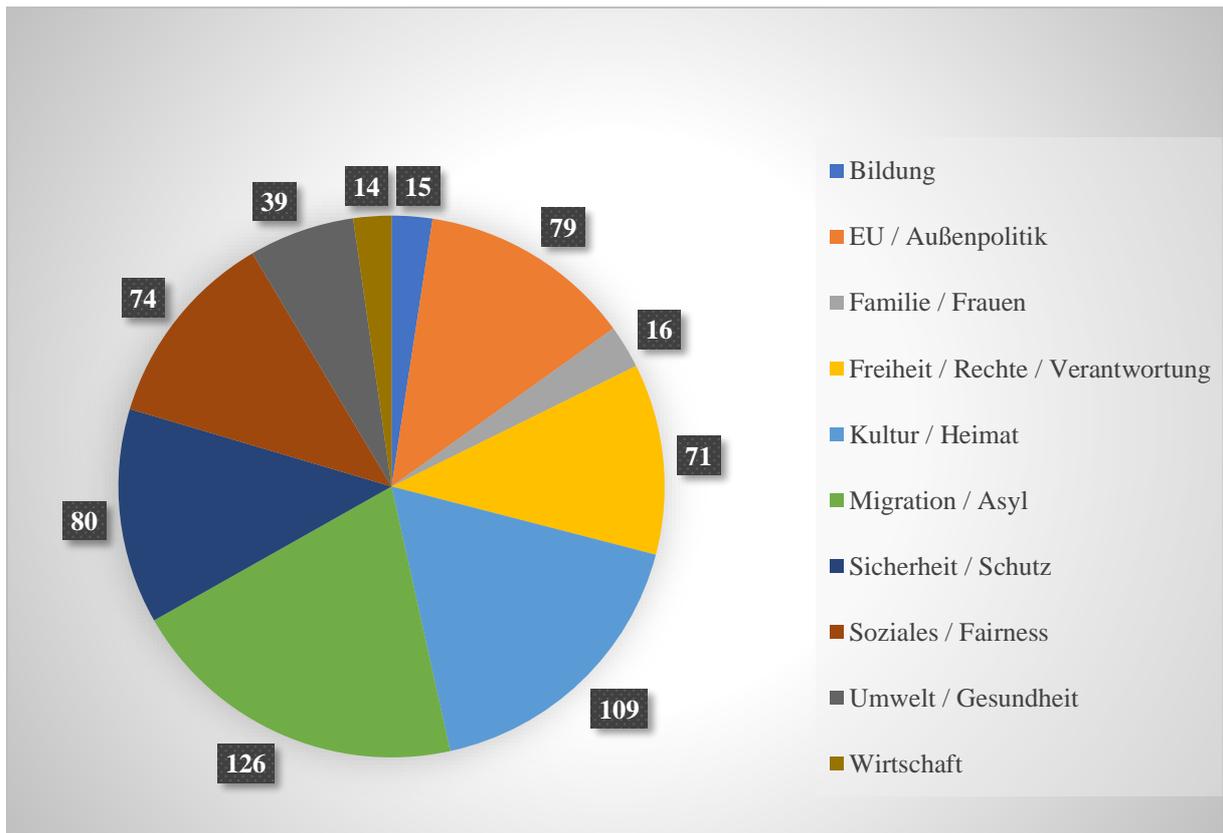


Abbildung 1: Anzahl der Postings je Kategorie in absoluten Zahlen (n=623).

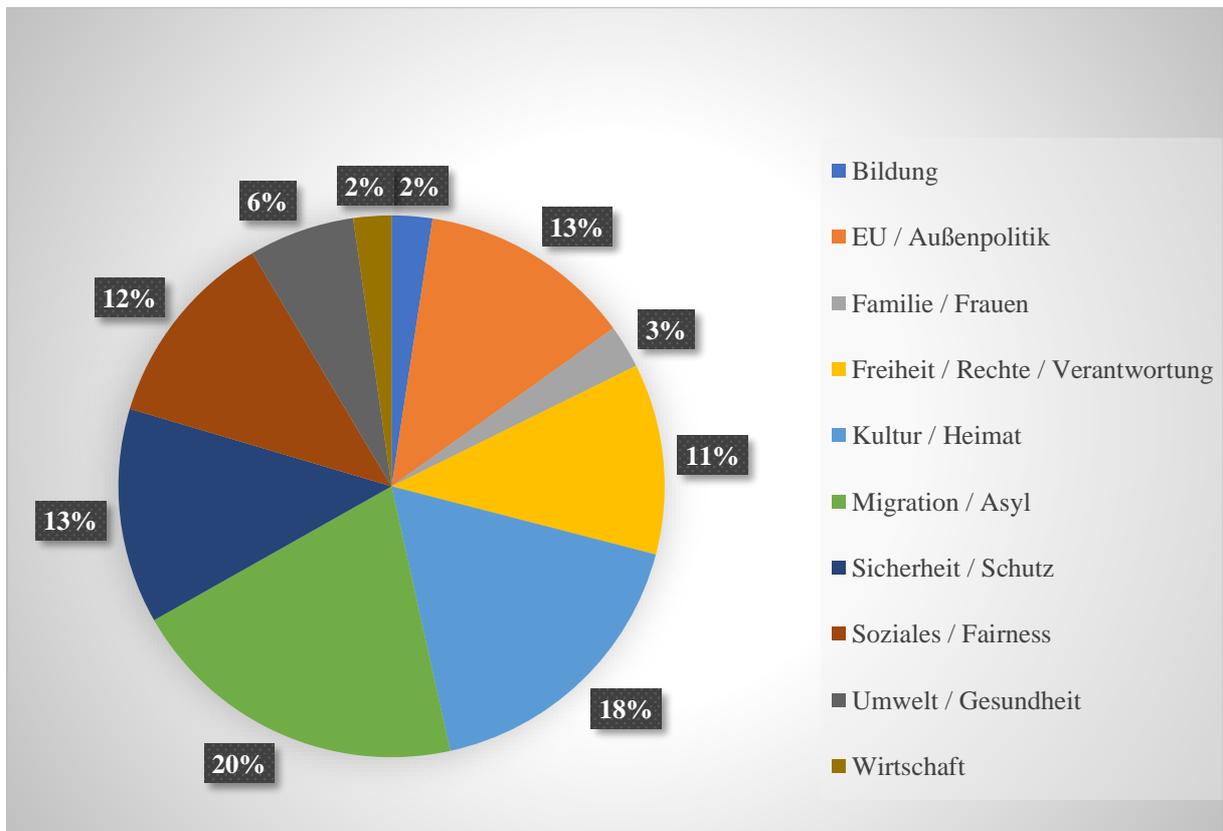


Abbildung 2: Anzahl der Postings je Kategorie in Prozent.

Wie zu sehen ist, ist das am häufigsten angesprochene Thema „Migration / Asyl“. An zweiter Stelle liegt der Themenblock „Kultur / Heimat“, vor dem verhältnismäßig schon weit abgeschlagenen Gebiet „Schutz / Sicherheit“. Allein diese drei Bereiche nehmen über 50% der gefundenen Postings ein. Am anderen Ende finden sich die kaum besprochenen Inhalte, wie etwa „Wirtschaft“ „Bildung“ oder „Familie / Frauen“. Anhand dieser Übersicht lassen sich Vermutungen ob der Wichtigkeit der einzelnen Themen für die Partei anstellen.

5.2.1. Art der Kommunikation

Als ein wesentlicher Unterschied zwischen dem Parteiprogramm und den Social Media Beiträgen kann die Kommunikationsweise und Formalität genannt werden, die auf die verschiedenen Genrespezifika zurückzuführen sind. Als Vorteil eines Parteiprogramms kann dessen Kompaktheit gesehen werden, da die Ansichten zu den wichtigsten Themen allesamt gesammelt vorzufinden sind. Dies führt aber auch dazu, dass die Erläuterungen teilweise allgemein gehalten werden müssen, um unterschiedliche Situationen miteinzubeziehen. Als Kontrast lässt sich ein solcher Gesamtüberblick nur schwer in einzelnen Social Media Posting finden, was einen schnellen umfassenden Einblick erschwert. Jedoch kann durch die Aktualität von sozialen Medien sofort auf tagespolitische und gesellschaftliche Ereignisse Bezug genommen werden. Dies ermöglicht Politiker*innen direkt zu den Vorkommnissen Stellung zu nehmen. Als Resultat entsteht ein tiefgreifender Einblick bezüglich der Positionierung zu unterschiedlichen Punkten. Es kann somit die konkrete Umsetzung theoretischer Ansichten auf die praktische Lebenswelt nachvollzogen werden. Dies kann dazu beitragen, dass die abstrakten Inhalte durch explizite Beispiele besser verstanden werden. Wie bereits erwähnt posteten die für die Arbeit ausgewählten Parteiobmänner beinahe täglich, wodurch die Kommunikation mit den Bürger*innen aktuell blieb. Dazu kommt noch, dass die Menschen auf Facebook direkt angesprochen werden können. Ein weiterer Aspekt bezieht sich auf die Multimedialität von sozialen Medien. Die meisten der gefundenen Postings der Politiker bestanden nicht ausschließlich aus Text, sondern beinhalteten zumindest ein Bild. Zusätzlich gab es eine Vielzahl an Verlinkungen zu anderen Social Media Profilen, Online-Artikeln oder Videos, die genauere Hintergrundinformationen zu einem bestimmten Beitrag liefern konnten. Als weiterer Aspekt kann hier angeführt werden, dass Livestream-Links zu Pressekonferenzen oder Parteitagen angeführt wurden, die es ermöglichen einen Blick hinter die politischen Kulissen zu werfen. Aus diesen Gründen kann gesagt werden, dass die politische Kommunikation auf Facebook mit anderen (herkömmlichen) Medientypen verknüpft ist. Abgesehen von konkreten politischen Inhalten war es auch möglich (unter anderem durch solche Verlinkungen), aus den

Beiträgen Straches und Hofers Informationen zum Umgang der Partei mit politischen Gegner*innen oder Kritik zu erkennen.

5.3. Inhaltliche Erläuterungen der Kategorien

Der folgende Abschnitt beschäftigt sich damit, inwiefern die Social Media Kommunikation der Parteiobmänner den im Programm festgehaltenen Zielen der Partei entspricht, beziehungsweise davon abweicht. Um einen Vergleich zu ermöglichen, werden zuerst einzelne Inhalte der unterschiedlichen Kategorien genauer beschrieben, bevor sie im darauffolgenden Teil analysiert und dem Parteiprogramm gegenübergestellt werden. Ob der teilweise großen Anzahl an Postings je Kategorie kann nicht auf alle einzeln eingegangen werden, sondern ihre Kernaussagen werden zusammengefasst.

5.3.1. Bildung

Die erste Kategorie ist vom Thema Bildung geprägt. Ende Jänner 2019 kam es zur ersten bildungspolitischen Äußerung. In ihr wurde die Verbreitung eines Malhefts für Volksschüler*innen in arabischer Sprache stark kritisiert. Als Argument wurde genannt, dass die Kinder lieber Deutsch lernen sollten und zwar durch das Lesen „unserer Bücher [...] am besten [der] Bibel!“ (29. Jänner).³⁸⁹ Die nächsten fünf Postings aus dieser Kategorie entstanden Anfang Mai 2019. Sie alle nahmen Bezug auf einen Vorfall, der in den Medien viel diskutiert wurde. An einer Wiener Schule spuckte eine Lehrkraft einen Schüler an, nachdem der Lehrer zuvor von dem Schüler bedrängt worden war.³⁹⁰ Als Reaktion darauf unterstützte die FPÖ die Lehrkraft und verurteilte die bisherige Bildungspolitik der Rot-Grünen Stadtregierung (03. Mai). Einige Tage nach dieser allgemeinen Positionierung startete die FPÖ eine „Schüler- und Lehrerhotline“, bei der sich Betroffene Hilfe suchen konnten (10. Mai). Konkret wurden drei Situationen dargelegt, in welchen sich eine Person bei der Hotline melden konnte oder sollte. In den ersten beiden ging es um das Miterleben oder Bemerkens seelischer oder körperlicher Gewaltausübung an Schulen. Der dritte Fall wich jedoch davon ab und beschäftigt sich damit, dass „Lernziele unmöglich zu erreichen sind, weil der Anteil nicht deutsch sprechender Schüler zu hoch ist“. Aus Angst vor „radikal islamischen Inhalten“ sprach sich die FPÖ auch dagegen aus, dass die Islamische Glaubensgemeinschaft in Österreich (IGGÖ) selbst Schulbücher

³⁸⁹ Hinweis: Die Daten in Klammer weisen auf Tage hin, an denen ein konkretes Beispiel gepostet wurde, das die gemachte Aussage belegt. Dieses Datum kann möglicherweise von jenem an dem das Ereignis, auf das Bezug genommen wird, stattfand, abweichen.

³⁹⁰ wien.orf.at, Spuckvideo in HTL: Schüler zurück an Schule, 07. September 2019, online unter <https://wien.orf.at/stories/3011811/> (08. Juli 2021).

produzieren dürfe. Gefordert wurde eine Überprüfung, ob die Bücher auch „im Einklang mit unseren mitteleuropäischen Weltvorstellungen stehen“ (11. Juni). Die eigenen Vorstellungen der Partei wurden auch klargestellt, als auf die von ihnen eingeführten Maßnahmen wie die Deutschklassen, oder das Kopftuchverbot an Volksschulen verwiesen wurde (25. September). Generell sollte um die Jugend zu fördern, der „Turbo [ge]zündet“ werden, wobei jedoch nicht genau erklärt wurde, welche Schritte hier vorgesehen seien (14. Dezember). Kurz vor der Nationalratswahl verkündete die FPÖ gratis Musikunterricht für schulpflichtige Kinder einrichten zu wollen (6. September). Als im November und Dezember 2019 wiederholt die Vorlesungen des Wiener-Universitätsprofessor Dr. Höbelt unterbrochen wurden, da ihm rechtsextremes Gedankengut nachgesagt wurde, das er unter anderem auch in seinen Vorlesungen zum Ausdruck bringe,³⁹¹ positionierte sich die FPÖ auf Seiten des Vortragenden und betitelte die Aktion als „linksextremistische[n] Sturm“ und die Protestierenden als „linke Krawallmacher“. Darüber hinaus wurde die Freiheit von Wissenschaft und Lehre betont (20. November – 04. Dezember).

5.3.2. EU / Außenpolitik

Der nächste Bereich beschäftigte sich mit EU / Außenpolitik. Da im Mai 2019 Europawahlen stattfanden, gab es besonders häufig Äußerungen zur EU-Politik. Von Seiten der FPÖ wurde immer wieder die Freundschaft der Partei mit dem ungarischen Ministerpräsident Viktor Orbán bekräftigt und gegenseitige Besuche gefeiert. Neben Orbán zählten unter anderem auch Matteo Salvini (damaliger italienischer Innenminister), oder Marine Le Pen (Vorsitzende der Front National) zu den Verbündeten der FPÖ im EU-Wahlkampf. Als politische Positionen wurden immer wieder die Punkte „Schutz der Grenzen“, „Stopp der illegalen Migration“, „gegen unverantwortliche linke Willkommensklatscher“ und „gegen eine Islamisierung Europas“ hervorgehoben (06. Mai). Die FPÖ warnte davor, dass durch Migration „das Volk ausgetauscht wird“ (28. April)³⁹² und machte dafür die bisherigen EU-Spitzen „Merkel-Macron und Juncker“ verantwortlich (21. Februar). Zusammen mit den europäischen Partner*innen sollte den „linken Asyl-Chaoten“ Einhalt geboten werden (02. April). Außerdem bekundet die FPÖ durch ihre Unterstützung auf Social Media auch ihre Zustimmung zu den politischen Vorstellungen

³⁹¹ ots.at, Studierende blockieren Hörsaal an der Uni Wien, 15. Jänner 2020, online unter <https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20200115_OT0020/studierende-blockieren-hoersaal-an-der-uni-wien> (09. Juli 2021).

³⁹² Hinweis: Die Idee des Bevölkerungsaustausches ist mit nationalsozialistischem Gedankengut konnotiert, wobei dort der Terminus „Umvolkung“ in Verwendung war. Siehe etwa: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Und wieder ein FP-Umvolker, online unter <<https://www.doew.at/erkennen/rechtsextremismus/neues-von-ganz-rechts/archiv/juli-1998/und-wieder-ein-fp-umvolker#umvolkung>> (30. Mai 2021).

bestimmter Politiker*innen. Als Beispiel kann hier, neben Le Pen und Orbán, der serbische Außenminister Ivica Dacic genannt werden (01. März). Darüber hinaus stand die FPÖ für eine „Österreich zuerst Politik“ (18. April) und ein „Europa der Vaterländer“ (30. März). Dies bedeutet, dass die Partei gegen eine weitere Zentralisierung der Europäischen Union, die als Bevormundung verstanden wurde, eintrat und die Souveränität der einzelnen Staaten nicht eingeschränkt werden sollte (16. April). Abgesehen davon sprach sich die FPÖ klar gegen einen möglichen EU-Beitritt der Türkei aus (15. März). International gesehen gab es nur sehr wenige Stellungnahmen, so zum einen die Positionierung auf Seiten Israels im Nah-Ost-Konflikt (14. Februar) oder der Wunsch nach einer verstärkten Zusammenarbeit mit Russland (16. Mai).

5.3.3. Familie / Frauen

Als nächstes folgen die Postings, die sich auf Familie / Frauen bezogen. Kinder werden als „Wertvollstes“ angesehen (03. Juli). Um Familien zu unterstützen trat die FPÖ für die Einführung des „Papamonat[s]“ ein (01. September). Auch forderte sie finanzielle Entlastung und Unterstützung für Familien (22. Februar). Wenn es speziell um Frauen geht, werden diese mehrmals als schützenswerte Gewaltopfer erwähnt (16., 18. Jänner). Einer Frauenquote steht die FPÖ ablehnend gegenüber, da „Können und Einsatz“ (12. Juli) im Vordergrund stehen sollten. Sie gratulierte Brigitte Bierlein, welche die Übergangsregierung nach der Auflösung der ÖVP-FPÖ-Koalition bis zu den Neuwahlen leitete, zur Position als erste Bundeskanzlerin der Republik und lobte ihre persönliche Qualifikation (30. Mai). Sieht man sich die gesamten Postings an, so ist zu erkennen, dass bei Strache nur dann die weibliche Form einer Personengruppe erwähnt wird, wenn er Postings seiner Ehefrau weiterverwendet, also „teilt“ und kommentiert. Hofer übernimmt das mittlerweile gängige Gendern in vielen seiner Postings.

5.3.4. Freiheit / Rechte / Verantwortung

Die Punkte Freiheit / Rechte / Verantwortung wurden in eine Kategorie zusammengefasst, da sie sich oft ergänzen oder Grundlagen füreinander sind. Eines der immer wiederkehrenden Themengebiete in diesem Bereich war die Forderung der FPÖ nach mehr direkter Demokratie, um den Menschen mehr Möglichkeiten zur Mitbestimmung zu geben (09. Juni). Mehr Selbstbestimmung sollen die Menschen auch durch die Einführung der 60-Stunden-Woche / des 12-Stunden Tages bekommen, bei deren / dessen Einführung die FPÖ eine wesentliche Rolle gespielt hatte (01. Februar). Immer wieder wird auf die Verantwortung der Bürger*innen hingewiesen, die ihren Beitrag dazu leisten müssten (02. Jänner). Bezüglich der Rechte und Freiheiten der Menschen bezog die FPÖ klar Stellung dazu, nämlich diese schützen zu wollen

(zum Beispiel Kinderrechte, 03. Oktober). Bei Kritik gegen Mitglieder oder parteinahe Personen und Organisationen berief sich die FPÖ auf die freie Meinungsäußerung (04., 05. Mai). Sollte man jedoch mit den Freiheiten und Rechten, die einem zustehen nicht verantwortungsvoll umgehen, so hat man mit Konsequenzen zu rechnen. So wurden etwa für „Sexual- und Gewalttäter“ höhere Strafen gefordert (14. Februar), oder die Abschaffung des „konsularische[n] Schutzes für IS-Kämpfer“ (06. März). Bei der Erhaltung der persönlichen Rechte pochte die FPÖ etwa auf das Verhindern eines Rauchverbots in Lokalen (07. Juli) oder die Selbstbestimmung von Hundebesitzer*innen (16. Mai). Nach der „Ibiza-Affäre“ und der Aufdeckung des Finanzskandals um Strache, nahmen die Meldungen zum Verantwortungsbewusstsein der Partei zu. Einerseits wurde auf die Erfolge während der Regierungsperiode verwiesen (02. August), andererseits auf die „Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit“ der verbleibenden FPÖ-Politiker*innen (11. Juli). Hofer schien viel Wert darauf zu legen, dass diese Tugenden mit der Partei in Verbindung gebracht wurden und somit deren öffentliches Image wieder aufgebessert würde.

5.3.5. Kultur / Heimat

In die Kategorie Kultur / Heimat wurden jene Postings eingeordnet, die sich auf die österreichische (oder auch europäische) Kultur, beziehungsweise andere Kulturen bezogen. Einen Teil dieser Kultur- oder Heimatbezüge umfassten gelebte Traditionen oder Religionszugehörigkeiten.³⁹³ Wie schon erwähnt, berichtete die FPÖ von einem durch Migration verursachten „Bevölkerungsaustausch“ (01. Mai) und der daraus resultierenden „Österreicherverdrängung“ (02. Mai). Der Einfluss der islamischen Kultur wurde für „kulturelle und gesellschaftspolitische Probleme“ verantwortlich gemacht (21. Juni). Daher ist das oberste Gebot der FPÖ die Wahrung der österreichischen Kultur (11. April). Als Teil der Umsetzung wurde von der FPÖ ein Kopftuchverbot unterstützt (08. Mai) und muslimische Feiertage abgelehnt (08. März). Im Gegensatz dazu wurden zu österreichischen religiösen Feiertagen wie etwa Ostern, Weihnachten, Pfingsten, etc., Glückwünsche verbreitet. Hinzu kommt noch, dass sich neben den bereits genannten religiösen Feiertagen die Parteifunktionäre auch immer bei ihrem Besuch von „Volksfesten“ ablichten ließen (03. Mai), während sie „heimische Traditionen“ lebten. Als Heimat beschrieben wird „nicht nur der Ort wo wir leben, sondern auch die Art wie wir leben“ (13. Februar). Diese Art scheint mit einigen Religionsbekenntnissen vereinbar zu sein, nicht jedoch mit anderen. Als Beispiel kann hier

³⁹³ „Kulturellen Eigenschaften“ werden von den Betrachteten (in diesem Fall der FPÖ) konstruiert. Was damit gemeint ist, ist, dass eine österreichische Kultur de facto nicht existiert, da jede*r diese individuell interpretieren kann. Hier werden die unterschiedlichen Kulturen ihren FPÖ-Vorstellungen entsprechend beschrieben.

genannt werden, dass ein „christlich-jüdisches Abendland“ (14. Februar) unterstützt wurde, die „Kultur des Islam“ jedoch als „größte Gefahr für unsere Freiheit und Sicherheit“ angesehen wurde (04. Oktober). „Fakt ist: Der Islam ist nicht Teil unserer Geschichte und unserer Kultur und er wird es auch NIE werden!“ [Hervorhebung im Original] (28. September). Immer wieder wurden der Islam und islam-gläubige Menschen als Bedrohung dargestellt (30. November). Um diese Aussagen zu unterstützen wurden Referenzen zu Gewalttaten hergestellt, die von Islamgläubigen begangen worden waren (28. November). Nur in den wenigsten Fällen wurde darauf hingewiesen, dass einige Muslim*innen gut in die Gesellschaft integriert seien (19. November). Dies wurde jedoch gleich wieder als Anlass genommen, um den Rest als in einer „Parallelgesellschaft“ und von Sozialleistungen-lebend zu deklarieren (19. November). Wie kurz angeschnitten, stand die FPÖ für ein Kopftuchverbot. Als Begründung dafür lieferte sie, dass das Tragen eines Kopftuches „unserer Kultur und unserem Wertgefühl“ widerspreche (21. September) und dass dadurch Frauen und Mädchen unterdrückt würden (15. November). Neben dieser Unterdrückung wurde Islamgläubigen auch Intoleranz (08. Dezember) und Radikalisierung (von Kindern) nachgesagt (08. November).

5.3.6. Migration / Asyl

Die Migrations- und Asylpolitik der FPÖ nahm 20% ihrer Postings ein, womit jede fünfte Bemerkung in diese Kategorie fiel. Kritisiert wurden die „Willkommensklotscher“ (15. Jänner) und das bisherige Asylverfahren in Österreich (07. Februar). Als Beschreibung ihrer Einstellungen kann die Umbenennung von „Erstaufnahmezentren“ für Asylwerbende in „Ausreisezentren“ (02. März) gesehen werden. In solchen sollte es unter anderem in der Nacht eine „Anwesenheitspflicht“ geben (28. Februar). Darüber hinaus wurde (wie im nächsten Abschnitt Sicherheit / Schutz ausgeführt) eine direkte Verbindung zwischen Migrant*innen / Asylwerber*innen und Gewalttaten hergestellt, denn „der Zuzug aus aller Herren Länder bringt Gewalt, Leid und Tod“ (28. November). Im Besonderen wurden Frauen als Opfer solcher Gewalttätigkeit gesehen: „Es ist ein Faktum, dass wir ohne die Migrationskrise vom Sommer 2015 nicht diese Form an Gewalt gegen Frauen hätten“ (17. Jänner). Die Haftstrafe sollten die Täter*innen in ihrem Heimatland verbüßen (22. September). Zusätzlich wurden die Eingewanderten als „vorwiegend schlecht gebildete Menschen [...], die aufgrund der verheerenden Willkommenspolitik dauerhaft unser Sozialsystem belasten“ (08. Jänner) charakterisiert. Als klare Leidtragende wurden die Österreicher*innen gesehen (21. August). Um die Migration nach Österreich zu verhindern, suchte die Partei nach Partner*innen im europäischen Raum, die ihre Ansichten unterstützen (11. Mai). Ihr Ziel war „überhaupt keine

Asylanträge in Österreich“ (16. Mai), während zeitgleich Freude bestand, dass die Anzahl an „Aberkennungsverfahren stark gestiegen“ war (23. Februar). Für die Menschen, die dennoch einreisten, veröffentlichte die FPÖ „Die 10 Gebote der Zuwanderung“ (14. Mai), die ihre Vorstellungen zusammenfassten. Sie beinhalteten das Lernen der Deutschen Sprache, die Achtung der österreichischen Gesetze, Anerkennung der geschlechtlichen Gleichberechtigung, das Erziehen der Kinder entsprechend österreichischer Werte, gewaltfreie Konfliktlösung, Achtung der Religionsfreiheit, Tragen von Eigenverantwortung, Wahrnehmung von Pflichten, Tierschutz und die Dankbarkeit gegenüber Österreich. Teil dieser Dankbarkeit sollte auch beinhalten, dass die Asylwerbenden im Austausch für den erhaltenen Schutz und die Versorgung „dem Land [Österreich] auch etwas zurückgeben“ (22. Jänner), wobei hier als konkreter Vorschlag „Schnee schaufeln“ (22. Jänner) eingebracht wurde. Weiters wurde auf kommende „Flüchtlings- und Migrationswellen“ hingewiesen, bei denen „hunderttausende Menschen“ nach Europa kommen sollten (24. September). In Bezug auf die Integration migrierter Menschen sprach sich die FPÖ für eine „restriktive und strikte Integrationspolitik aus“ (22. Oktober).

5.3.7. Sicherheit / Schutz

Beim Aspekt Sicherheit / Schutz ging es darum, wie Österreich und seine Bürger*innen verteidigt werden sollten. Sich selbst präsentiert die FPÖ als „ROT-WEISS-ROTE Schutzmacht“ [Hervorhebung im Original] (12. November), die „unser Land“ und „unsere Werte“ erhalten wolle (29. September). Im Zentrum der Forderungen stand die Unterstützung des österreichischen Bundesheeres und der Polizei (11. September). Durch die Erhöhung der finanziellen Mittel sollten diesen Einheiten maschinell aufgerüstet werden (03. Jänner), sowie Aus- und Weiterbildungen ermöglicht werden (15. Februar). Ein weiteres Hauptaugenmerk der Sicherheitspolitik lag auf dem Schutz vor Zugewanderten. 49 der 80 und somit über 60% der Meldungen bezogen sich auf die Abwehr von „illegalen und straffälligen Ausländern“ (02. Februar). Als Mittel dafür trat die FPÖ für eine „Sicherungshaft für gefährliche Asylwerber“ ein (06. März) oder forderte Grenzschießungen um die Migration ins Land zu verhindern (09. April). Um ihre Ansichten zu vertreten, gingen sie gleich wie bei den Themen Migration / Asyl oder auch Kultur / Heimat vor, indem sie einzelne Fallbeispiele aufgriffen, um gesetzliche Grundlagen zu hinterfragen (07. Februar).

5.3.8. Soziales / Fairness

In den Bereich Soziales / Fairness fallen jene Bemerkungen, die sich auf soziale Fairness, staatliche Sozialleistungen oder wirtschaftliche Entlastungen der Bevölkerung bezogen. Hier präsentierten sich die FPÖ-Funktionäre als Unterstützer der Österreicher*innen. Die Partei forderte die Senkung von Steuern (02. Mai), leistbares Wohnen (14. März), die Aufwertung von Leistung (10. Mai) oder das Ende des Großkonzerneinflusses auf die Politik (03. Juli). Sie prangerte Verschwendung an, wenn diese auf Kosten von Arbeiter*innen (02. Februar) oder Steuerzahler*innen (11. April) ging. Gleichzeitig trat sie für Gerechtigkeit und strenge Beschränkungen (etwa Deutschkenntnisse (14. März), Staatsbürgerschaft (18. April), „Integrationswilligkeit“ (02. November)) für den Zugang zu österreichischen Sozialleistungen (07. Jänner) ein. Meldungen über verurteilte Verbrecher*innen, die (auf Kosten der Österreicher*innen) vom Sozialstaat profitierten, waren immer wieder Anlass für den Ruf nach Verschärfung der Vorschriften (08. März). Diese Herangehensweise wurde auch „Nullzuwanderung in das Sozialsystem“ genannt (23. September). Von der FPÖ-Politik profitieren sollten Österreicher*innen, besonders Pensionist*innen (16. Mai), „Alleinerzieherinnen, Pflegefälle und Menschen mit Behinderungen“ (13. März). Als eine Möglichkeit mehr Fairness zu garantieren, setzte die FPÖ um, dass der Stundenlohn für Asylwerber*innen bei € 1,50 liegen sollte, da diese Menschen „sehr viel von unserer Gesellschaft“ bekämen (31. März) und sie nicht mehr als Präsenz- und Zivildienstler bekommen sollten (31. März).

5.3.9. Umwelt / Gesundheit

Die nächste Kategorie beschäftigt sich mit den umwelt- und gesundheitspolitischen Forderungen der FPÖ. Im Umweltbereich fanden sich widersprechende Aussagen. Auf der einen Seite unterstützte die FPÖ den Ausbau der umweltfreundlichen Bahninfrastruktur (02. Dezember). Auf der anderen bestand sie aber weiter auf dem erhöhten Tempolimit 140 (15. November) und unterstützte den Bau einer dritten Piste auf dem Flughafen Schwechat (19. Oktober). Als Lösung der vorhandenen Umweltprobleme zog die Partei keine Steuererhöhung in Betracht (04. September), sondern setzte auf „einen verantwortungsvollen Umgang mit unserem Planeten“ durch die Nutzung erneuerbarer Energiequellen (05. Juni). Besonders im Sommer und Frühherbst häuften sich die Meldungen, die zum Schutz der Umwelt aufriefen. Noch im Frühjahr wurden Postings geteilt, die die globale Erwärmung verharmlosten (19. März) oder E-Mobilität als „klimaschädlichste Antriebsart“ darstellten (08. Jänner). Zu Jahresende wurde dann von einer sich ausbreitenden „Klimahysterie“ gesprochen (15.

Dezember). Im Bereich Gesundheit waren wenige Beiträge zu finden. Es wurde auf den „drohenden Ärztemangel“ hingewiesen, der durch die SPÖ-Politik verschuldet sein sollte (29. Jänner). Um die Menschen zu schützen, die im Gesundheitswesen tätig waren, wurde auch gefordert, dass gewalttätige Patient*innen selbst für die Kosten ihrer Behandlung aufkommen sollten (20. Oktober). Als Letztes bleibt noch, dass die FPÖ aus gesundheitlichen Gründen die Verwendung von schädlichen Pflanzenschutzmitteln ablehnte (02. Juli).

5.3.10. Wirtschaft

In den sozialen Medien wurden einige Aussagen bezüglich Arbeitsplatzbeschaffung, Tourismus oder Privatisierung gemacht, die unter dem Sammelbegriff Wirtschaft eingeordnet werden konnten. Die Beiträge zeigten, dass die FPÖ sich für eine Weiterqualifizierung von Arbeitslosen aussprach, um dem Fachkräftemangel in bestimmten Branchen entgegenzuwirken (04. März). Ebenso wollte sie besonders im ländlichen Raum neue Arbeitsplätze schaffen (06. September). Am Arbeitsmarkt selbst sollte es Vorrang für Österreicher*innen geben (05. März). Zusätzlich wurde eine „Arbeitspflicht“ für Flüchtlinge verlangt (19. März). Abgesehen davon, war eine Wahl zwischen wirtschaftlichen Profiten und Umweltschutz zu treffen, so hatten die wirtschaftlichen Komponenten Vorrang für die FPÖ (03. September). Bezüglich Privatisierungen sprach sich die Partei gegen eine Trinkwasserprivatisierung aus (13. Juni) und forderte, dass private Firmen nicht enteignet würden (03. Mai).

Im nächsten Abschnitt werden die eben vorgenommenen Beschreibungen zu den einzelnen Kategorien kurz zusammengefasst, interpretiert und mit den Äußerungen im Parteiprogramm verglichen.

5.4. Interpretation der qualitativen Inhaltsanalyse und Vergleich zwischen Parteiprogramm und Facebook

Aus diesen Stellungnahmen kann die Position der FPÖ zu den genannten Themenbereichen interpretiert werden. Die einzelnen Kategorien werden nun nacheinander besprochen, wobei die Reihenfolge wieder alphabetisch bestimmt ist.

Im Bereich der Bildung wurde das Folgende ersichtlich. Auf der einen Seite sprach sich die FPÖ für Freiheit in der Bildung aus, beschränkte diese aber auf der anderen Seite wieder, wenn es darum ging, dass nicht-deutsche / nicht-mitteleuropäische Bücher in Umlauf kämen. Für etwaige Missstände wurde die mangelnde Integration (mangelnde Deutschkenntnisse)

verantwortlich gemacht, die durch die Inkompetenz anderer Parteien verursacht wurde. Im Vergleich mit der (oben zusammengefassten) im Parteiprogramm dargelegten Position lassen sich einige Parallelen erkennen. Zum einen wenn es in beiden Fällen um die Forderung geht, die Freiheit für Wissenschaft, Kunst und Kultur sicherzustellen. Zum anderen gibt es in beiden Fällen auch Verweise auf das unbedingte Erlangen von Deutschkenntnissen. Als Unterschied ist zu vermerken, dass in den sozialen Medien nicht explizit darauf eingegangen wurde, ob und wie Werte und Traditionen in der Schule vermittelt werden sollen. Meldungen wie Kinder sollen „unsere Bücher“, „die Bibel“ lesen oder dass Inhalte „unseren mitteleuropäischen Wertvorstellungen“ entsprechen müssen, lassen aber darauf schließen, dass eine Wertevermittlung durchaus erwünscht ist und auch in welche Richtung diese gehen sollte. Es sei nochmals darauf aufmerksam gemacht, dass der Bildungsbereich nur 15 Mal in den sozialen Medien erwähnt wurde. Es könnte daher vermutet werden, dass dieses Feld für die Partei keinen großen Stellenwert hat. Neben den fünf Meldungen im Mai, die sich wie schon erwähnt allesamt auf einen Vorfall bezogen, gab es die meisten Äußerungen zum Themenbereich Bildung im September 2019. Dies war auch der Monat, in dem die vorgezogenen Nationalratswahlen stattfanden. Neben dem gratis Musikunterricht, der hier versprochen wurde (06. September), stellten die anderen Meldungen die Maßnahmen der FPÖ während ihrer Regierungsbeteiligung in den Fokus. Genannt wurden hier die Einführung der Deutschklassen und das Verbot, ein Kopftuch in Volksschulen zu tragen (25. September). Sie wurden als positive Beispiele für die Initiative der FPÖ genannt, um die Integration in der Schule zu verstärken (25. September). Im Wahlkampf nahm das Thema Bildung also einen höheren Stellenwert ein als, in den restlichen Monaten, wobei auf das Versagen anderer Parteien (25. September) und die eigene Kompetenz (10. September) hingewiesen wurde.

In der EU- und Außenpolitik waren die eindeutigen Fokusse einerseits der Stopp der (illegalen) Zuwanderung, sowie andererseits der Erhalt der österreichischen Souveränität. Diese beiden Punkte gehen auch klar aus dem Parteiprogramm hervor. Die propagierte „Österreich zuerst Politik“ ist direkt mit dem so benannten Parteiprogramm zu verbinden. Wie dort ebenfalls angeführt, wurde auch auf Social Media ein Bündnis mit Gleichdenkenden zur Wahrung europäischer Interessen, Werte und Traditionen gefordert. In den sozialen Medien wurden diese Gleichdenkenden dann konkret vorgestellt (vgl. Orbán u.a.) und Treffen mit ihnen inszeniert. Währenddessen wurden die politischen Gegner*innen und deren Politik kritisiert und als Ursache für etwaige Missstände verantwortlich gemacht. Besonders viel behandelt wurde der Themenbereich EU während der ersten Hälfte des Jahres 2019. Dies ist vermutlich darauf zurückzuführen, dass Ende Mai die Europawahl stattfand. In der zweiten Hälfte des Jahres

nimmt die Anzahl der Meldungen mit EU- und Außenpolitikbezug deutlich ab. Ab Juni waren es nur mehr zehn Postings, die sich damit befassten, wobei es bei fünf um die Ablehnung eines EU-Beitritts der Türkei ging.

Beim Themenbereich Familie lässt sich auch im Parteiprogramm die Forderung nach finanzieller Unterstützung wiederfinden. Ebenso der Wunsch, dass Kinder möglichst in der Familie betreut werden sollten, wobei der Papamonat eine konkrete Umsetzung davon widerspiegelt. Neben der Ablehnung von Quotenregelungen (18. Februar), die mit einem „Mädchenpensionat“ verglichen wurden (18. Februar), kam es in Bezug auf Frauen auch zu einer Viktimisierung dieser, wobei die Frauen vor Gewalt (besonders vor „ausländischer“) zu schützen seien (16. Jänner). Eine mögliche Interpretationsweise dieses Abschnittes wäre, dass die Partei Frauen die Fähigkeit abspricht sich selbst verteidigen zu können und daher ihre Bevormundung übernimmt. Was bei den Postings ausblieb ist die im Programm dargestellte Ablehnung gleichgeschlechtlicher Ehen. In diesem Zusammenhang steht auch, dass Hofer (gezielt) auf Varianten des Genderns mit „*“, oder „_“ verzichtete, welche als inklusiver gelten. Die Häufigkeit der Meldungen in diesem Themenbereich sind über das Jahr hinweg ziemlich konstant. Während des Wahlkampfes waren auch insgesamt nur drei Posting (03. und 12. Juli, 01. September) diesbezüglich zu finden.

Die Thematiken Freiheit / Rechte / Verantwortung ziehen sich quer durch das Parteiprogramm. Das Gleiche lässt sich bei den online Postings beobachten. Hier wurde bei den unterschiedlichsten Themenbereichen auf die Freiheit und Selbstbestimmungsrechte der Menschen eingegangen. Es wurde aber in beiden Fällen klargemacht, dass das Ausleben der eigenen Freiheit die anderer nicht einschränken dürfe und falls dies der Fall sei, Konsequenzen folgen (06. März). Besonders für die Meinungsfreiheit stand die FPÖ ein, wenn die geäußerten Inhalte mit ihren Vorstellungen übereinstimmen (09. Jänner, 09. Mai). Geht es hingegen um gegenteilige Meinungen, sprach die FPÖ von der Primitivität (15. April) und dem „Meinungsterror“ anderer (12. April). Auffällig ist auch, dass sich die Meldungen zur persönlichen und politischen Verantwortung nach dem Bekanntwerden des Ibiza- und Finanz-Skandals um Strache häuften. Im Besonderen wurde die Verlässlichkeit (29. Juni), Vorbildrolle (02. August) und Glaubwürdigkeit (11. Juli) der Funktionäre fokussiert, um das Vertrauen der Wähler*innen (zurück)zugewinnen.

Bezüglich Kultur / Heimat wurde ersichtlich, dass eine klare Differenzierung zwischen der österreichischen Kultur und anderen stattfand. Am häufigsten ging es hier um eine

Distanzierung zum Islam. Was zu fehlen scheint, ist eine Unterscheidung zwischen Islam und Islamismus, ebenso wie die Relativierung, dass es sich bei den Radikalen und Gewaltbereiten um eine kleine Minderheit handelt. Des Weiteren wurde der islamische Glaube von seinem religiösen Aspekt getrennt und stattdessen zu einer Beschreibung einer charakteristischen Handlungs- und Lebensweise, vor denen die österreichische Bevölkerung geschützt werden müsse, umgewandelt. In Bezug auf das Wahlprogramm lassen sich Übereinstimmungen finden. Während im Programm die österreichische Kultur als „deutsch“ deklariert wird, scheinen in den Postings Aussagen auf, die den Islam als vollkommen abseits dieser Kultur sahen. Im Gegensatz zu den Mitteilungen in den sozialen Medien wird aber im Parteiprogramm eingestanden, dass Österreich durch „das Judentum und andere nichtchristliche Religionsgemeinschaften beeinflusst“ wurde. Wie im oben genannten Social Media Posting angeführt wurde dies auf Facebook aber klar abgestritten (zumindest was die islamische Glaubensgemeinschaft betrifft). Als Beispiel dafür kann kommendes Zitat genommen werden „Fakt ist: Der Islam ist nicht Teil unserer Geschichte und unserer Kultur und er wird es auch NIE werden!“ [Hervorhebung im Original] (28. September).

Um die Position der Partei zu Migration / Asyl zu verteidigen und zu erklären kam es zu einer Kriminalisierung von Ausländer*innen. Gleichzeitig gab es immer wieder Anspielungen auf die unterschiedliche kulturelle Herkunft der Menschen (31. März). Die vorgestellten 10 Gebote könnten im Umkehrschluss auch so interpretiert werden, dass die FPÖ Zuwandernde als Gesetze missachtende, Frauen unterdrückende, gewalttätige, Menschenrechte missachtende, unverantwortliche, tierquälende und undankbare Personen betrachtet. Im Parteiprogramm lässt sich zu Migration / Asyl kein eigener Bereich finden. Die Einstellungen der Partei können aus Anmerkungen in anderen Punkten herausgelesen werden. Diese stimmen mit den auf Social Media geäußerten Ansichten überein. Wie weiter oben bereits erwähnt, steht im Programm als klare Deklaration: „Österreich ist kein Einwanderungsland“ und „Massenzuwanderung“ sei unerwünscht.³⁹⁴ Beim Aspekt Asyl räumt das Parteiprogramm deutlich ein, dass dieses Bedürftigen gewährt werden müsse, aber nur dann, wenn die Betroffenen nicht über sichere Drittländer eingereist seien.³⁹⁵ Zusätzlich sollte es zur Ausweisung von wegen Verbrechen verurteilter „Fremder“ kommen.³⁹⁶ Im Gegensatz zu einigen anderen Kategorien kam es bei Migration / Asyl in der zweiten Hälfte, also in jener des Wahlkampfes, zu weniger Meldungen als zu Beginn des Jahres. Die meisten Äußerungen beziehen sich auf die von der FPÖ und im

³⁹⁴ Parteiprogramm FPÖ 2011.

³⁹⁵ Ebenda.

³⁹⁶ Ebenda.

Besonderen von Innenminister Herbert Kickl in diesem Bereich geleisteten Arbeit, wie etwa die Lohnbegrenzung für Asylwerber*innen (01. April), die Umbenennung der Erstaufnahmezentren (02. März), oder die Verstaatlichung der Asyl-Rechtsberatung (07. Jänner).

Mit 80 Meldungen in diesem Bereich, wurde die Thematik Sicherheit / Schutz am dritthäufigsten angesprochen und scheint somit einen hohen Stellenwert in der FPÖ-Politik zu haben. Durch die gelieferte Darstellung der Einwanderungssituation entstand der Eindruck, dass durch Migration zwangsläufig auch Gewalt mitgebracht würde. Mit Begriffen wie „Asylchaos“ (05. November), „Flüchtlingswelle“ (09. Oktober), „Strom an Migranten“ (11. Oktober), oder „Massenmigration“ (18. September) wurde (bewusst) ein Bedrohungsgefühl geschürt. Die Aussagen in den sozialen Medien stimmen mit jenen im Parteiprogramm überein, da beide auf die Notwendigkeit einer Verstärkung der Sicherheitsorgane eingehen, wobei deren Tätigkeitsbereiche im In- und Ausland im Parteiprogramm genauer ausgeführt werden. Im Gegensatz dazu wird dort wie bereits angeführt, nur ganz knapp erwähnt, dass verurteilte „Fremde“ in ihr Herkunftsland auszuweisen sind.³⁹⁷ Die Fokussierung auf „Gefährder“ (07. März) aus dem Ausland, die auf Facebook stattfand, zeigt somit einen Unterschied auf.

Wie ersichtlich gemacht wurde, ging es bei den Forderungen der FPÖ im Bereich Soziales / Fairness zum einen darum, die österreichische Bevölkerung finanziell zu entlasten, sowie deren individuelle Leistung zu schätzen, sei es mit Steuersenkungen (02. September) oder zusätzlichen Sozialleistungen (03. Juni). Zum anderen war die Abschirmung des Sozialsystems vor nicht-Österreicher*innen wesentlicher Bestandteil der FPÖ-Politik (02. November). Beide Aspekte decken sich auch mit dem Parteiprogramm. Ersteres mit einer „Sozialpolitik[, mit dem] Anspruch, vor Existenznöten [...] zu schützen“³⁹⁸, oder dem „Fördern von Leistung“³⁹⁹. Zweiteres indem etwa festgehalten wird, dass „[d]er soziale Wohnbau [...] vor allem der Abdeckung des Wohnbedarfs österreichischer Staatsbürger [dient]“, oder, dass der „Wohlstand Österreichs [...] vorrangig für jene Menschen und deren Nachkommen eingesetzt [werden soll], die ihn erarbeitet haben.“⁴⁰⁰ Themen wie leistbare Wohnungen (03. September), Pensionserhöhungen (06. Juli), Pflegegeld (15. September) wurden im Wahlkampf als Wünsche der FPÖ deklariert und vermehrt angesprochen.

³⁹⁷ Parteiprogramm FPÖ 2011.

³⁹⁸ Ebenda.

³⁹⁹ Ebenda.

⁴⁰⁰ Ebenda.

Die Einstellung der FPÖ zur Umwelt war eine ambivalente. Einerseits fordert sie wiederholt den Schutz dieser, trat aber in vielen Bereich für gegenteilige Pläne ein. Besonders präsent war die Umweltthematik während des Wahlkampfes im Sommer und Frühherbst, da sie eine große Rolle für viele Wählende spielte. In dieser Zeit setzte sich die Partei wie angeführt klar für mehr Umweltschutz ein. Da die Aussagen nach dem Wahlkampf aber ins Gegenteil umschlugen, kann gemutmaßt werden, dass der Umweltschutz und die Klimakrise nur als Wahlversprechen genutzt wurden ohne, dass die Partei tatsächlich dahinterstand. Im Parteiprogramm selbst wird nur allgemein von der Bewahrung der Natur gesprochen. Auch bei der Thematik Gesundheit gibt es Unterschiede zur Kommunikation in den sozialen Medien im Vergleich zum Parteiprogramm. Der Aspekt Gesundheit im Parteiprogramm stellt einen separaten Punkt dar, während er auf Social Media kaum Erwähnung fand. Dies könnte ähnliche Gründe haben, wie die oben beschriebene verstärkte Aufmerksamkeit auf bestimmte Themenbereiche kurz vor einer Wahl, nämlich dass das Thema zwar als Priorität propagiert wird, in der Tagespolitik der Partei jedoch nur eine untergeordnete Rolle einnimmt.

Die Kategorie Wirtschaft ist jene mit der geringsten Anzahl an Postings. Auch im Parteiprogramm ist kein Punkt zu finden, der sich explizit den wirtschaftlichen Vorstellungen der Partei widmet. Als Anhaltspunkt gilt dort der Hinweis, dass eine „Marktwirtschaft mit sozialer Verantwortung“ unterstützt wird.⁴⁰¹ Die Inhalte der Postings waren sehr divergent, weswegen es schwer fällt, eine allgemein gültige Zusammenfassung zu finden. Hier wurden Punkte wie die Unterstützung ländlicher Gemeinden (06. September), Privatisierungsverfahren (03. Mai), oder die Priorisierung von Österreicher*innen auf dem Arbeitsmarkt (05. März) behandelt. Grundlegend schien die FPÖ wirtschaftlichen Profit für Österreicher*innen anzustreben, auch wenn dies einen Nachteil für andere Personengruppen oder für die Umwelt bedeutete. Auch in diesem Bereich kam es in den Wochen vor der Nationalratswahl zu einer (leichten) Erhöhung der Meldungszahlen.

5.5. Fazit der Inhaltsanalyse

Im kommenden Abschnitt werden die aus der Analyse gewonnen Einsichten ausgewertet, um die erste Forschungsfrage „Wie wurden die politischen und gesellschaftlichen Einstellungen der FPÖ auf den Facebook-Profilen ihrer Parteiobmänner Heinz Christian Strache und Norbert Hofer im Jahr 2019 kommuniziert?“ zu beantworten.

⁴⁰¹ Parteiprogramm FPÖ 2011.

Bezüglich des Vergleiches zwischen den präsentierten politischen Inhalten im Parteiprogramm mit denen auf Social Media, kann das Folgende zusammengefasst werden: Zwischen den Aussagen im Parteiprogramm und jenen auf Facebook gibt es zum Großteil eine inhaltliche Übereinstimmung. In einigen Aspekten, wie zum Beispiel bei der Gesundheits- oder Familienpolitik, gibt es im Programm detailliertere Informationen. Im Gegensatz dazu, lassen sich bei den Themen Migration / Asyl oder Sicherheit / Schutz (hier besonders in Bezug auf nicht-Österreicher*innen) in den sozialen Medien mehr und genauere Erläuterungen finden. Die letzteren Punkte sind auch jene, die vermehrt den öffentlichen Diskurs bestimmen. Unterschiedliche Medienformate berichten regelmäßig über diesbezügliche Vorkommnisse, die dann von Politiker*innen aufgegriffen und als Anlass für Postings genommen werden. Zusätzlich veranschaulicht die wiederholte Erwähnung dieser Thematiken deren hohe Bedeutung für die Partei. Sie bilden elementare Kernpunkte der Einstellung, über die sich die Partei definiert. Widersprüche lassen sich im Bereich der Umwelt finden. Auf der einen Seite wird deren Schutz im Programm propagiert. Auf der anderen Seite wird die Bedeutung des Umweltschutzes in den sozialen Medien aber hinter wirtschaftliche Erfolge gestellt und die gegenwärtige Umweltkrise verharmlost. Die Häufigkeit der Meldungen zu einem bestimmten Thema lassen Rückschlüsse auf dessen Wichtigkeit in der Ansicht der Partei zu. Das Hauptaugenmerk der Partei liegt demnach auf dem Punkt Migration / Asyl, steht aber stark in Verbindung mit der Differenzierung zwischen österreichischer (christlicher) und fremder (muslimischer) Kultur und dem Schutz der Heimat und der österreichischen Gesellschaft.

Immer wieder kommt es zu Othering, indem eine „Wir“-Gruppe und eine „die Anderen“-Gruppe konstruiert wird. Dieser Vorgang fällt in sozialen Medien besonders leicht, denn Personen können sich etwa durch das Einfügen von Bildern oder Berichten direkt auf andere beziehen. So ist es einerseits möglich über andere zu sprechen, wobei durch die Referenzen genau erkennbar gemacht wird, wer gemeint ist, andererseits ist es aber auch möglich in direkten Austausch mit anderen Personen zu treten. Die Aktualität des Mediums ist ein weiterer Faktor denn durch sie können sich Personen in Echtzeit zu etwaigen Ereignissen positionieren, beziehungsweise sich von anderen distanzieren. Im konkreten Fall wird eine österreichische Gemeinschaft konstruiert, die eine gemeinsame Religion, sowie einheitliche Werte und Traditionen teilt. Ihr gegenüber stehen „die Anderen“, von denen die Gefahr ausgeht, diese Lebensart zu zerstören und mit ihrer eigenen zu ersetzen. Diese andere Kultur wird der österreichischen als nicht gleichwertig betrachtet. Somit sei ein Einzug einer anderen Kultur in

Österreich, oder eine Vermischung mit der österreichischen zu verhindern. Bei den gegenübergestellten Kulturen handelt es sich um Konstruktionen, die in diesem Fall von der FPÖ vorgenommen wurden. Durch die gelieferten Beschreibungen ist zu erkennen, dass die „österreichische“ Kultur als überlegen angesehen wird. (Im Zusammenhang mit der EU und Außenpolitik wird eine europäische Identität konstruiert.) Das Verhalten einzelner Angehöriger einer bestimmten Religionsgemeinschaft, beziehungsweise eines bestimmten Staates wird generalisiert und ohne Differenzierung pauschal auf alle anderen übertragen. Dies fällt besonders bei der Kriminalisierung von Menschen bestimmter Herkunft auf, was ein Feindbild erschafft und Angst schürt, welche dadurch verstärkt wird, dass ein kausaler Zusammenhang zwischen Migration und Kriminalität hergestellt wird. Während dies in aktuellen Debatten hauptsächlich Islam-gläubige Menschen betrifft, kann eine Parallele zum NS-Regime gezogen werden, wo besonders jüdische Menschen als Feindbild konstruiert wurden. In den sozialen Medien lässt sich die Einstellung der Partei zu anderen Kulturen eindeutiger erkennen als im Parteiprogramm, das relativ neutral gehalten wird. Auf Facebook kommt es aber zur dezidierten Ausgrenzung und Abwertung anderer Kulturen, was wohl die tatsächliche Ansicht der Partei widerspiegelt.

Ein anderes Gebiet, in welchem die Ausgrenzung anderer und Priorisierung der „österreichischen“ Kultur ersichtlich wird, ist der Bildungsbereich. Es wird klargestellt, dass deutschsprachige Kinder von anderen, die diese Sprachfähigkeit nicht besitzen, in ihrem Lernen zurückgehalten werden. Im Namen der Integration wird das Sprechen anderer Sprachen unterbunden und Deutsch als einzige Option gesehen, was tatsächlich aber sämtlichen Grundlagen von Integration und Inklusion widerspricht. Auch wird die Freiheit der Bildung und Forschung nur so lange forciert, wie sie den eignen Vorstellungen dienlich ist, sonst wird sie abgelehnt. Ähnlich verhält es sich bei der persönlichen Freiheit oder Verantwortung. Auch hier gibt es je nach Kontext ein unterschiedliches Verständnis. Einerseits legt die Partei viel Wert darauf, als seriös und verantwortungsvoll gesehen zu werden, bei Kritik schiebt sie aber die Verantwortung und Schuld auf andere ab.

Einige der Themen wie etwa Bildung oder EU / Außenpolitik wurden über Teile des Jahres hinweg sehr selten behandelt, fanden aber direkt vor einer Wahl (Europawahl oder Nationalratswahl) häufiger Erwähnung. Dies könnte daran liegen, dass einige Bürger*innen anhand der Positionierungen der Parteien zu diesen bestimmten Themengebieten entscheiden, wen sie wählen. Die Parteien verlautbaren daher kurz vor der Wahl ihren Standpunkt und

propagieren, wie wichtig diese Bereiche für sie sind, um Wähler*innen zu gewinnen. Tatsächlich spielen sie aber in den tagespolitischen Überlegungen der Partei keine Rolle. Zum Beispiel wird das übermäßige Eingreifen der EU in die Autonomie des Staates angeprangert. Offenbar scheinen diese Regulierungen das tägliche Leben aber nicht wirklich zu betreffen, da die Thematik nur zu bestimmten Zeiten angesprochen wurde. Auch das Propagieren des Umweltschutzes scheint als reines Mittel zum Stimmengewinn genutzt worden zu sein.

Ein ambivalentes Frauenbild entsteht durch die Viktimisierung von Frauen auf der einen Seite und einer Weigerung, Quotenregeln für diese einzuführen oder zu gendern, auf der anderen. Mit Äußerungen zu einer ihrer Meinungen nach idealen Familienzusammensetzung, verbalisiert die FPÖ ihre Position in diesem Bereich. In diesem Fall handelt es sich um ein nicht inklusives, konservatives Familienbild. Als Folge werden viele Menschen und Lebensarten exkludiert und als nicht-ideal und dementsprechend untergeordnet dargestellt.

Bezüglich der Rhetorik in den unterschiedlichen Phasen (Regierungsbeteiligung, Wahlkampf, Oppositionspartei), die die FPÖ durchlief, konnten keine eindeutigen Unterschiede festgestellt werden. Tendenziell scheint es, dass die Äußerungen der FPÖ als Regierungsmitglied ihre eigene Arbeit lobend waren (22. Februar). Während des Wahlkampfes wurden die eigenen Leistungen (25. Juli) sowie Seriosität (15. Juli) nochmals unterstrichen. Als Oppositionspartei beschäftigten sich viele der Äußerungen mit der Inkompetenz der anderen Parteien (11. November).

Zu beobachten ist, dass der Prozess des Otherings sich nicht nur auf den kulturellen Aspekt beschränkt, sondern in unterschiedlichsten Bereichen zu finden ist und somit einen fundamentalen Aspekt der FPÖ-Politik ausmacht. Die untersuchten Postings zeigen eindeutig auf, dass konstant Feindbilder beziehungsweise Gegensätze geschaffen werden, seien es andere Politiker*innen, Familienkonstellationen, Schüler*innen, die nicht Deutsch sprechen, oder Menschen, die in anderen Ländern geboren wurden / einer anderen Religionsgemeinschaft angehören. Der Fokus liegt dabei immer auf den Unterschieden zwischen den einzelnen Gruppen. Gemeinsamkeiten werden ignoriert und durch ein falsches Verständnis von Inklusion werden jegliche Chancen, diese zu erreichen verhindert. Es bleibt die Metapher der unüberwindbaren Hürde, die es nicht ermöglicht, dass sich Menschen anderer Kulturen an eine neue anpassen könnten. Hinzu kommt die permanente Inszenierung von Gefahr. Die Art der Darstellung erinnert an einen Kampf, der gefochten werden muss, um vor Gewalt, Ausnützung

des Sozialstaates und Verlust der eignen Kultur zu schützen, wobei die FPÖ die letzte Möglichkeit auf einen Sieg darstellt.

Anhand der Analyse lassen sich eindeutig rechtsextremes Gedankengut und populistische Taktiken ausmachen. Ethnozentristisch wird die Überlegen der österreichischen / europäischen Kultur hervorgehoben. Menschen, die nicht den Idealvorstellungen entsprechen werden diffamiert und zu Sündenböcken etwaiger Probleme deklariert. Es wird nicht davor zurückgeschreckt verbale Gewalt gegenüber Andersdenkenden anzuwenden. Es herrscht ein klarer Österreich-Patriotismus vor, wobei die Begriffe Heimat, Tradition und Kultur eine hohen Stellenwert einnehmen. Die Stimmungsmache ist aufgeladen und spricht die Emotionen der Menschen an. Während die inhaltlichen Punkten je nach äußeren Gegebenheiten angepasst werden, werden knappe und provokante Slogans verwendet um Kernideen zu verbreiten.

Die Kommunikation der politischen und gesellschaftlichen Einstellungen der FPÖ fand regelmäßig und in großer Anzahl auf den Facebook-Profilen ihrer Obmänner statt. Unterschiedlichste Themengebiete fanden multimedial und mit Verlinkungen Erwähnung. Es scheint, dass die inhaltlichen Schwerpunkte der Partei jene sind, die am häufigsten behandelt wurden. Größtenteils überschneiden sich die Ansichten und Forderungen mit jenen, die auch im FPÖ-Parteiprogramm von 2011 zu finden sind. Die Direktheit und Aktualität der Äußerungen auf Facebook lassen womöglich ein treffenderes und tagespolitisch-aktuelleres Bild auf die Vorstellungen der FPÖ zu, als die abstrakteren Abhandlungen im Parteiprogramm. Hinzu kommt, dass durch die in sozialen Medien übliche, leicht verständliche Sprache viele Menschen angesprochen werden können. Außerdem werden durch die täglichen Postings immer wieder Elemente aus dem Parteiprogramm aufgegriffen und bleiben somit in den Köpfen der Menschen präsent.

6. Pädagogische Überlegungen

Wie gezeigt wurde, ist es möglich durch die Nutzung von sozialen Medien einen Einblick in das politische Geschehen im Generellen, aber auch im Speziellen auf die Charakteristika und Vorstellungen einer einzelnen Partei zu gewinnen. Aus diesem Grund und der Relevanz von Social Media für Heranwachsende scheint der Einsatz von sozialen Medien zur politischen Bildung von Schüler*innen gerechtfertigt.⁴⁰² Wie das geschehen kann, wird nachkommend ausgeführt.

Im folgenden Abschnitt werden die aus der qualitativen Inhaltsanalyse gewonnen Erkenntnisse in einen pädagogischen Rahmen eingebettet. Konkret soll es darum gehen, welche Auswirkungen die Einsichten auf die schulische Praxis und speziell auf das Unterrichtsfach Geschichte, Sozialkunde und Politische Bildung (UF GSPB) haben könnten. Daher werden zuerst allgemein die laut Lehrplan geltenden Erwartungen für dieses Unterrichtsfach beschrieben werden. Anschließend wird eine konkrete Projektarbeit vorgestellt, in welcher sich die Schüler*innen mit spezifischen Inhalten beschäftigen müssen, welche die Ausbildung von Kompetenzen⁴⁰³ im Bereich der politischen Bildung unterstützen. Da Social Media Plattformen in Österreich offiziell erst ab 14 Jahren genutzt werden dürfen, wurde für das Projekt als Zielgruppe eine Oberstufenklasse ausgewählt. Die Informationen zum Lehrplan beziehen sich auf jene einer AHS-Oberstufe,⁴⁰⁴ die Vorschläge können aber auch auf die Anforderungen anderer Schultypen angepasst werden.

6.1. Informationen zum Lehrplan

6.1.1. Allgemeine Bildungsziele

Bevor der genauere Fokus auf die Vorgaben für das UF GSPB gelegt wird, wird vorerst noch kurz auf jene allgemeinen Bildungsziele und didaktischen Grundsätze eingegangen, die für die vorliegende Arbeit von besonderer Bedeutung sind.

Zu allererst ist der „Erwerb von Wissen“, die „Entwicklung von Kompetenzen“, sowie die „Vermittlung von Werten“ ein Hauptziel der schulischen Ausbildung.⁴⁰⁵ Als zu vermittelnde Werte gelten „Humanität, Solidarität, Toleranz, Frieden, Gerechtigkeit,

⁴⁰² Nota bene: Hiermit ist nicht gemeint, dass die politische Bildung ausschließlich über Social Media stattfinden soll. Vielmehr soll sie einen Teil einer umfangreichen methodischen Herangehensweise darstellen.

⁴⁰³ Hinweis: Die einzelnen Kompetenzen werden weiter unten in der Arbeit noch genauer erörtert.

⁴⁰⁴ Lehrplan.

⁴⁰⁵ Ebenda.

Geschlechtergleichstellung und Umweltbewusstsein“⁴⁰⁶, wobei „die Bereitschaft zum selbstständigen Denken und zur kritischen Reflexion besonders zu fördern“⁴⁰⁷ ist. Darüber hinaus sind die Voraussetzungen für ein „bewusstes und eigenverantwortliches Leben“ zu schaffen.⁴⁰⁸ Schüler*innen sollen „Akzeptanz, Respekt, gegenseitige Achtung und Diskursfähigkeit“ im Umgang mit sich und anderen erlernen.⁴⁰⁹ Durch das verstärkte Aufkommen von (unter anderem) Kommunikationstechnologien, soll die Relevanz dieser für die Lebenswelt der Schüler*innen in der Schule aufgegriffen und ein entsprechender Umgang mit ihnen vermittelt werden.⁴¹⁰ Es „sind relevante Erfahrungsräume zu eröffnen und geeignete Methoden für eine gezielte Auswahl aus computergestützten Informations- und Wissensquellen zur Verfügung zu stellen.“⁴¹¹

Bezüglich der anzuwendenden Didaktik sollen Schüler*innen besonders die Möglichkeit zum „selbsttätige[n] und selbstständige[n] Form des Lernens“ bekommen.⁴¹² Themen und Materialien sollten bestenfalls möglichst aktuell sein und eine Bedeutung für die außerschulische Lebenswelt der Schüler*innen haben.⁴¹³

6.1.2. Konkrete Themenbereiche im Lehrplan

Wie schon erwähnt beziehen sich die gelieferten und kommenden Ausführungen auf den Lehrplan der AHS-Oberstufe. In diesem sind einzelne Kompetenzmodule zu finden, die sich in etwa mit einer Semesterlänge decken und thematische, sowie kompetenzspezifische Konkretisierungen liefern. Im Folgenden werden nun die Module und ihre Teilaspekte herausgegriffen, die für die Umsetzung des aktuellen Themas besonders zielführend scheinen. Zur leichteren Anschaulichkeit werden sie in einer Tabelle dargestellt (Tabelle 1).

⁴⁰⁶ Lehrplan.

⁴⁰⁷ Ebenda.

⁴⁰⁸ Ebenda.

⁴⁰⁹ Ebenda.

⁴¹⁰ Ebenda.

⁴¹¹ Ebenda.

⁴¹² Ebenda.

⁴¹³ Ebenda.

Tabelle 1: Beschreibung passender Kompetenzmodule und ihrer relevanten Teilaspekte und Kompetenzkonkretisierungen

Kompetenzmodul	Relevante Teilaspekte der Themenbereiche ⁴¹⁴	Relevante Kompetenzkonkretisierung ⁴¹⁵
Kompetenzmodul 4	<ul style="list-style-type: none"> - „Instrumentalisierung von Kultur und Ideologie in Politik und Gesellschaft über Geschichtsbilder und -mythen sowie historische Legitimationsversuche in Gegenwart und Vergangenheit“ 	<p><u>Politische Sachkompetenz:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> - „Unterschiedliche Verwendungen von Begriffen / Konzepten in Alltags- und (wissenschaftlicher) Fachsprache erkennen sowie deren Herkunft- und Bedeutungswandel beachten“ <p><u>Politische Handlungskompetenz:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> - „Eigene Meinungen, Werturteile und Interessen artikulieren und (öffentlich) vertreten - „Bewusst über die eigene Teilnahme an politischen Entscheidungsprozessen (zB Wahlen, Demonstrationen, Volksabstimmungen) entscheiden“ - „Entscheidungen erst nach Abwägen verschiedener Standpunkte treffen“
Kompetenzmodul 6	<ul style="list-style-type: none"> - „Gesellschaftliche Veränderungen nach 1945 und ihre Auswirkungen auf den Alltag“ 	<p><u>Politische Handlungskompetenz:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> - „Differenzierte politische Diskussion führen“ - „Kontakte zu Institutionen und Personen der politischen Öffentlichkeit (Politikerinnen

⁴¹⁴ Lehrplan.

⁴¹⁵ Lehrplan.

	<ul style="list-style-type: none"> - „politisches Alltagsverständnis – die verschiedenen Dimensionen und Ebenen von Politik, Formen und Grundwerte der Demokratie und der Menschenrechte, Frauen- und Gleichstellungspolitik, Motivationen und Möglichkeiten politischer Beteiligungs-, Entscheidungs- und Konfliktlösungsprozesse“ 	<p>und Politiker, NGOs, usw.) aufnehmen sowie Angebote von politischen Organisationen nutzen können“</p>
Kompetenzmodul 7	<ul style="list-style-type: none"> - „Rolle der (Neuen) Medien zwischen Politik, Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft; Geschichtsdarstellungen in Neuen Medien“ 	<p><u>Politische Sachkompetenz:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> - „Fachliche Begriffe / Konzepte des Politischen auf Fallbeispiele kritisch anwenden und adaptieren“ <p><u>Politbezogene</u></p> <p><u>Methodenkompetenz:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> - „Selbstständig Informationen zu politischen Themen gewinnen, um damit ein eigenes mediales Produkt der politischen Artikulation zu erstellen“ - „Medienspezifik bei der Erstellung von eigenen medialen Produkten der politischen Artikulation beachten (Plakate, Social

		<p>Media, Demonstrationsbanner, etc.)“</p> <p><u>Politische Handlungskompetenz:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> - „Alleine oder mit anderen für gemeinsame und/oder für die Interessen anderer eintreten sowie eingegangene Kompromisse akzeptieren“ - „Sich an politischen Prozessen verantwortungsbewusst beteiligen“
--	--	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

6.2. Kompetenzmodell – allgemeiner Kompetenzbegriff

Wie in der Tabelle aufscheint, ist immer wieder von unterschiedlichen Kompetenzen die Rede. Um diese verständlicher zu machen, wird im folgenden Abschnitt näher auf das Kompetenzmodell eingegangen, welches seit einigen Jahren in den österreichischen Schulen Einzug gehalten hat. Der Terminus „Kompetenz“ kann unterschiedlich verstanden und definiert werden. Eine der gängigsten Definitionen dieses Begriffes, die sich auch im pädagogischen Diskurs hält, ist jene von Weinert, der unter Kompetenz Folgendes verstand:

„[D]ie bei Individuen verfügbaren oder durch sie erlernbaren kognitiven Fähigkeiten und Fertigkeiten, um bestimmte Probleme zu lösen, sowie die damit verbundenen motivationalen, volitionalen und sozialen Bereitschaften und Fähigkeiten, um die Problemlösung in variablen Situationen erfolgreich und verantwortungsvoll nutzen zu können.“⁴¹⁶

Im Gegensatz zu früheren Ansätzen verschob sich der Fokus deutlich von einer Ansammlung von Wissen hin dazu Fähigkeiten und Fertigkeiten zu entwickelt. Ein weiterer wichtiger Punkt, der durch die gelieferte Definition hervorgehoben wird, ist die aktive Beteiligung des Individuums an der Entwicklung und Ausübung der Kompetenz. Denn neben genannten Fertigkeiten und Fähigkeiten, ist der Wille der Person für die Ausbildung von Kompetenzen essenziell und unumgänglich. Des Weiteren kann die verstandene Flexibilität von Kompetenzen aus diesem Wortlaut herausgelesen werden. Weinert geht explizit darauf ein,

⁴¹⁶ Franz E. Weinert (Hg.), Leistungsmessung in Schulen (Weinheim 2011), zitiert in: BIFI – Bundesinstitut für Bildungsforschung, Innovation & Entwicklung des österreichischen Schulwesens, Kompetenzmodelle und Bildungsstandards, online unter <<https://www.iqs.gv.at/downloads/archiv-des-bifie/bifie-journal>> (25. Juni 2021).

dass das Erlernete in vielen unterschiedlichen Situationen einsetzbar sein muss, um als Kompetenz zu gelten. Im Gegensatz zum reinen punktuellen Wissenserwerb wird hier also auf die Notwendigkeit, aber auch Möglichkeit der Adaption hingewiesen. Zum Abschluss fügt Weinert noch eine bedeutende Bedingung hinzu, indem er kompetentes Handeln in direkten Zusammenhang mit Erfolg und Verantwortungsbewusstsein setzt.

6.3. Fachspezifische Kompetenzen im Unterrichtsfach Geschichte, Sozialkunde und Politische Bildung

Weinerts Begriffsdefinition bezieht sich noch nicht auf einen bestimmten Bereich, sondern ist als Basis für weitere Ausformungen und Spezifikationen zu verstehen. Im Weiteren folgen Erklärungen, die sich auf die Ausdifferenzierung dieses Verständnisses hinsichtlich seiner Bedeutung im GSPB-Unterricht beziehen. Für genannten Unterrichtsgegenstand wurden jeweils vier historische, sowie politische Kompetenzen festgelegt und ausformuliert, die von Schüler*innen auszubilden sind.⁴¹⁷ Die folgende Tabelle, zeigt eine Auflistung dieser Kompetenzen (Tabelle 2):

Tabelle 2: Auflistung der im GSPB-Unterricht zu entwickelnden historischen und politischen Kompetenzen

Historische Kompetenzen	Politische Kompetenzen
Historische Fragekompetenz	Politische Urteilskompetenz
Historische Methodenkompetenz	Politbezogene Methodenkompetenz
Historische Sachkompetenz	Politische Sachkompetenz
Historische Orientierungskompetenz	Politische Handlungskompetenz

Am Beginn jeder Kompetenzentwicklung steht vorerst der Wunsch, sich besser im historischen Feld orientieren zu können. Dieser wird entweder durch persönliches Interesse oder durch eine von außen oder innen induzierte Irritation ausgelöst.⁴¹⁸

⁴¹⁷ Bundesministerium für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort, Bundesrecht konsolidiert: Gesamte Rechtsvorschrift für Lehrpläne – allgemeinbildende höhere Schulen, Fassung vom 25.06.2020. In: Rechtsinformationssystem des Bundes, 25. Juni 2021, online unter <<https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10008568>> (25. Juni 2021).
Kurzbeleg: Lehrplan.

⁴¹⁸ Waltraud Schreiber, Reinhard Krammer (Hg.), Historisches Denken. Ein Kompetenz-Strukturmodell (Neuried 2006), 20.
Kurzbeleg: Schreiber, Krammer. Historisches Denken.

Zum besseren Verständnis werden nun die einzelnen Kompetenzen genauer erklärt. Zur Entfaltung der „historischen Fragekompetenz“ kommt es, wenn das Individuum gelernt hat, in solchen Phasen der Orientierung eine Frage an die Geschichte zu stellen, oder solche anderer Menschen zu verstehen und nachzuvollziehen. Unbedingt notwendig ist aber auch das Bewusstsein, dass die Betrachtung der Vergangenheit immer nur vom Standpunkt der Gegenwart ausgeführt werden kann und somit zwangsläufig eine bestimmte Perspektive eingenommen wird. Diese perspektivische Eigenschaft ergibt sich auch dadurch, dass durch die gezielte Fragestellung immer ein bestimmter Fokus gelegt wird, der andere Aspekte ausblendet und somit nie ein geschlossenes Bild gezeichnet werden kann.⁴¹⁹

Nun da man soweit ist, dass man in der Lage ist, eine Frage zu formulieren, beziehungsweise die einer anderen Person zu verstehen, geht es um das Finden einer Antwort. Im Zuge dessen kommt die sogenannte „historische Methodenkompetenz“ ins Spiel. So muss nämlich erlernt werden, welche Methoden für die Beantwortung einer bestimmten Forschungsfrage geeignet sind. Einige solcher Methoden sind zum Beispiel die Analyse, der Vergleich und die Interpretation von Quellen, Zeitzeug*innenberichten, oder auch Primär- und Sekundärliteratur. Werden durch das Forschen in der Vergangenheit neue Erkenntnisse gewonnen, so wird von Re-Konstruktion gesprochen. Liegt der Fokus aber auf dem Aufarbeiten bestehender Geschichtsnarrative, also die Infragestellung dieser, so kommt der Begriff De-Konstruktion zum Einsatz.⁴²⁰ Besonderes Augenmerk ist hier wiederum auf die in beiden Fällen zu findende Verwendung der Bezeichnung Konstruktion zu legen. Wurde bei der Fragekompetenz explizit auf die Perspektivität hingewiesen, so wird hier besonders die Konstrukthaftigkeit der Geschichtsdarstellung unterstrichen. Denn auch in wissenschaftlichen Kontexten bleibt ein Restbestand an Subjektivität erhalten, der Einfluss auf die zu findenden Ergebnisse und ihre Auslegung hat. Daher handelt es sich bei der Geschichtsnarration stets um ein Konstrukt, das nie den Anspruch auf absolute Wahrheit stellen kann.

Wurde eine Annäherung oder sogar eine Antwort auf die gestellte Frage gefunden, ist es mit der „historischen Orientierungskompetenz“ möglich, diese zu fassen. Bei der Verarbeitung geht es nämlich darum, die gewonnenen Erkenntnisse in einen persönlichen und gesamtgesellschaftlichen Kontext zu setzen. Auf der einen Seite kann dies bedeuten, dass bisher vorherrschende Annahmen und Erwartungen weiter angereichert und untermauert werden. Auf der anderen Seite kann es aber auch vorkommen, dass eben jene durch die neuen Erfahrungen

⁴¹⁹ Schreiber, Krammer. Historisches Denken, 21.

⁴²⁰ Ebenda, 22-24.

in Frage gestellt werden. Dann ist es notwendig, Adaptionen an jenen Einstellungen vorzunehmen oder diese sogar vollends beiseitezulegen. Hierbei nimmt auch die Wahrnehmung der eigenen, sowie anderer Personen und deren jeweiliger Rolle einen wichtigen Stellenwert ein. Darüber hinaus geht es auch darum, Ereignisse und Kenntnisse in einen historischen Kontext einordnen zu können und Zusammenhänge zu erkennen.⁴²¹

Zum Abschluss der historischen Kompetenzen bleibt noch die „historische Sachkompetenz“ etwas genauer zu erläutern. Diese Fähigkeit / Fertigkeit ist wohl am ehesten mit dem früher im Mittelpunkt stehenden ‚Wissen‘ zu vergleichen. Es geht hier nämlich um die Abrufbarkeit eines Bewusstseins für und eines Verstehens von bestimmten fachspezifischen Begriffen, beziehungsweise Konzepten und deren Bedeutung. Anhand dieser Kompetenz soll es dann möglich sein, Erlerntes in unterschiedlichen Situationen anwendbar zu machen.⁴²²

Im Weiteren sollen nun die politischen Kompetenzen angeführt und kurz beschrieben werden. Die „politische Sachkompetenz“ ist mit jener der historischen zu vergleichen, wobei der einzige Unterschied das jeweilige Interessensfeld darstellt, weswegen sie nicht nochmals beschrieben wird.

Ist die „politische Urteilskompetenz“ ausgebildet, so ist die Person in der Lage, politische Situationen und Handlungen / Aussagen anderer Menschen einzuordnen und für sich selbst zu bewerten. Hierbei geht es auch darum, Hinter- und Beweggründe für bestimmte Entscheidungen und Taten anderer Personen nachvollziehen zu können. Dieser Aspekt bezieht sich aber nicht ausschließlich auf andere, sondern soll auch auf die eigene Person anwendbar gemacht werden können. Auch sollen auf Basis einer begründeten Grundlage eigene Urteile zu verschiedensten Themen gefällt und diese auch artikuliert werden.⁴²³

Auch die „politbezogene Methodenkompetenz“ ähnelt jener der historischen. Es gibt aber einen Unterschied bezüglich der verwendeten Quellen. Hier werden vermehrt politische Medien und deren Manifestationen, wie etwa Diskussionen oder Wahlplakate untersucht und bearbeitet. Durch Analysen sollen diese Produkte besser verstanden und in einen Kontext eingeordnet

⁴²¹ Schreiber, Krammer. Historisches Denken, 24-27.

⁴²² Thomas Hellmuth, Christoph Kühberger, Kommentar zum Lehrplan der Neuen Mittelschule und der AHS-Unterstufe ‚Geschichte und Sozialkunde/Politische Bildung‘ (2016). In: Zentrum Polis – Politik lernen in der Schule, online unter https://www.politik-lernen.at/dl/mqslJMJKomlooJqx4KJK/GSKPB_Sek_I_2016_Kommentar_zum_Lehrplan_Stand_26_09_2016.pdf (30. Juni 2021) 9.

Kurzbeleg: Hellmuth, Kühberger, Kommentar zum Lehrplan.

⁴²³ Hellmuth, Kühberger, Kommentar zum Lehrplan, 9.

werden können. Des Weiteren ist ein essenzielles Ziel bei der Herausbildung dieser Kompetenz, dass die Person selbst befähigt wird, sich am politischen Diskurs zu beteiligen. Daher müssen Fähigkeiten und Fertigkeiten im Zusammenhang mit dem Verfassen von eigenen Manifestationen oder auch Diskussionsstrategien erworben werden.⁴²⁴

Die letzte noch zu behandelnde Kompetenz bildet nun die „politische Handlungskompetenz“, die einige der oben genannten Aspekte vereint. Eines der wohl fundamentalsten Ziele politischer Bildung ist es, Lernende dazu zu ermutigen, ihre gegenwärtigen oder zukünftigen Möglichkeiten der politischen Partizipation nicht nur zu kennen, sondern diese auch aktiv wahrzunehmen und zu nutzen. Um dies erfolgreich durchführen zu können ist es wichtig, sich selbst eine Meinung zu bilden und diese auch begründet artikulieren zu können. Darüber hinaus ist es aber auch von Bedeutung, entsprechend dieser Überzeugungen zu handeln und dadurch eine bestimmte Auswirkung anzustreben. Um seine Optionen ausschöpfen zu können, ist wiederum das Wissen über deren Existenz und deren genaue Ausprägungen im gegebenen Umfeld Ausgangspunkt.

Zuletzt sei noch angemerkt, dass die eben beschriebenen Kompetenzen scheinbar aufeinanderfolgend sind. Tatsächlich ist es auch so, dass sie durchaus miteinander in Verbindung stehen, jedoch nicht auf einer linearen Ebene, die die Meisterung der einen für den Entwicklungsbeginn der anderen voraussetzt, sondern sie fließen ineinander und unterstützen sich so wechselseitig. Da Historisches und Politisches oft nicht voneinander getrennt betrachtet werden kann, sind auch die jeweiligen Kompetenzen nicht immer strikt einem Feld zuzuordnen sondern als sich ergänzend zu betrachten.

Wie gezeigt wurde, umfassen die Kompetenzen, die innerhalb des Unterrichts für Geschichte, Sozialkunde und Politische Bildung abgedeckt werden sollen, ein breites Spektrum. Bedeutend ist der Faktor, dass der Fokus immer mehr auf das Individuum gelegt wird, das sich selbstständig (unter Anleitung) mit der Thematik beschäftigt. So geht es darum, eine persönliche Annäherung an das Thema zu ermöglichen und Verstehen zu generieren. Dies soll vor allem durch die eigene aktive Auseinandersetzung mit historischen und politischen Belangen geschehen. Durch eine solche Methode wird angestrebt, den Lernenden Kompetenzen zu vermitteln, die sie nicht nur unmittelbar im Unterricht anwenden können und

⁴²⁴ Hellmuth, Kühberger, Kommentar zum Lehrplan, 9.

sollen, sondern sie durch ihre Adaptionen-Fähigkeit in den unterschiedlichsten Situationen auf ihrem weiteren Lebensweg begleiten und unterstützen sollen.

6.4. Umsetzung der Projektarbeit

In diesem Bereich wird nun ein Weg vorgeschlagen, wie die oben genannten thematischen und kompetenzorientierten Forderungen des Lehrplans im Zusammenhang mit politischer Bildung durch soziale Medien erfüllt werden können. Als Grundlage wird das Kompetenzmodul 7 gewählt und die Projektarbeit schrittweise erläutert.⁴²⁵

Schritt 1: Technische Voraussetzungen

Vor Beginn des Projekts ist von der Lehrkraft die Zugänglichkeit der Schüler*innen zu der gewählten Social Media Plattform, im konkreten Fall Facebook, abzufragen. Sollte für einige Personen kein Zugang bestehen, so ist dieser durch die Lehrperson zu ermöglichen. Als Beispiel könnte hier ein Klassenprofil angelegt werden, auf welches alle Schüler*innen Zugriff haben. Weiters ist es für die Arbeit in der Schule wichtig sicherzustellen, dass allen Schüler*innen ein internetfähiges Endgerät (Laptop, Tablet, PC...) zur Verfügung steht.

Schritt 2: Gruppeneinteilung

Die Schüler*innen werden in Gruppen eingeteilt. Aktuell sind gerade fünf Parteien im österreichischen Parlament vertreten. Daher wird vorgeschlagen, die Klasse in die gleiche Anzahl an Kleingruppen aufzuteilen, wobei jede von ihnen einer Partei zugeordnet wird, die sie sich selbst aussuchen dürfen, solange jede Partei einmal vertreten ist.

Schritt 3: Arbeitsauftrag

Zusammen mit den Schüler*innen wird eine Einigung auf fünf Themenschwerpunkte angestrebt, welche im Fokus ihrer Recherche stehen soll. Als Unterstützung bei der Auswahl könnten die aktuellen Bundesministerien (BM) herangezogen werden. Diese sind das BM für Arbeit, BM für Bildung, Wissenschaft und Forschung, BM für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort, BM für europäische und internationale Angelegenheiten, BM für Finanzen, BM für Inneres, BM für Justiz, BM für Klimaschutz, Umwelt, Energie Mobilität, Innovation und Technologie, BM für Kunst, Kultur, öffentlichen Dienst und Sport, BM für Landesverteidigung, BM für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus, BM für Soziales,

⁴²⁵ Hinweis: Je nach Vorwissen der Schüler*innen können einzelne Teile der Schritte auch ausgelassen werden, oder müssen mit Zusatzinformationen ergänzt werden.

Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz.⁴²⁶ Wichtig ist, dass die gewählten Themen die Schüler*innen ansprechen, daher sollten diese nach ihren Interessen gefragt werden, bevor eine Auswahl getroffen wird.

Die Schüler*innen bekommen die Aufgabe, sich die Facebook Profile der einzelnen Obmänner / Obfrauen, oder jene der Partei anzusehen. Sie sollen ihren Fokus auf die Postings der vergangen sechs Monate⁴²⁷ legen und diese, ähnlich wie in dieser Arbeit vorgezeigt, den fünf ausgewählten Kategorien zuordnen. Aus ihnen sollen die Schüler*innen herauslesen, wie die jeweilige Partei zu einem bestimmten Thema steht. Außerdem sollen die Lernenden darauf achten, wie die jeweiligen Inhalte kommuniziert werden (etwa direkte Ansprache des Publikums, Multimedialität, Referenzen zu anderen Personen, Websites...).

Nachdem sie eine Übersicht gewonnen haben, sollen die Schüler*innen ihre Erkenntnisse mit den jeweiligen Parteiprogrammen vergleichen um herauszufinden, inwieweit sich die Äußerungen mit jenen auf Social Media überschneiden oder davon abweichen. Um die Schüler*innen zu unterstützen könnte die Lehrperson die relevanten Ausschnitte für die jeweiligen Gruppen vorbereiten.

Die Schüler*innen dürfen sich innerhalb der Gruppe auf eine Artikulationsart politischer Inhalte (Plakate, Social Media, Demonstrationsbanner, etc.) einigen.⁴²⁸ Anschließend sollen sie ihre Einsichten visualisieren und zwar entsprechend der Medienspezifik. Das Ergebnis dieser Arbeit wird dann bei der Präsentation (siehe Schritt 5) vorgestellt.

Da die Aufgabenstellung mehrstufig ist, ist es wichtig, dass die Schüler*innen diese schriftlich bekommen, um sie nochmals nachlesen zu können. Außerdem sollte die Kategorisierung und Interpretation der Postings demonstriert werden. Damit gemeint ist, dass die Lehrperson vor der ganzen Klasse vorzeigt, wie sie selbst ein Posting, also sowohl Inhalt, als auch Kommunikationsweise, einordnen und deuten würde. Den Schüler*innen wird geraten, ihre Einsichten während des Arbeitsprozesses schriftlich festzuhalten, damit sie über einen längeren Zeitraum hinweg schnell darauf zugreifen können.

⁴²⁶ oesterreich.gv.at, Liste der Bundesministerien, 01. April 2021, online unter <https://www.oesterreich.gv.at/themen/dokumente_und_recht/buergerservice_rechtsauskuenfte/Seite.980500.html> (15. Juli 2021).

⁴²⁷ Hinweis: Je nach vorhandener Zeit kann dieser Zeitraum auch verlängert oder verkürzt werden.

⁴²⁸ Siehe Kompetenzkonkretisierung in Modul 7.

Eine andere Möglichkeit wäre das Projekt fächerübergreifend zu gestalten, etwa in Kombination mit dem Unterrichtsfach Deutsch. Ein Vorteil hierbei ist, dass ein verstärkter Fokus auf die sprachliche Komponente der Postings gelegt werden kann. Dies würde den Schüler*innen auch bei der Deutung der Aussagen helfen. Die beteiligten Lehrkräfte sollten Diskussionen innerhalb der Gruppen über die unterschiedlichen Interpretationsmöglichkeiten einzelner Aussagen anregen, da diese sehr unterschiedlich ausfallen können.

Schritt 4: Arbeitsphase

Innerhalb ihrer Gruppen organisieren die Schüler*innen selbst, wie sie an die Aufgabenstellung herangehen wollen. Pro Gruppe könnte sich jeweils eine Person einem bestimmten Gebiet widmen, die Postings könnten zeitlich aufgeteilt werden oder die gesamte Gruppe arbeitet die ganze Zeit geschlossen. Die Lehrperson unterstützt die Schüler*innen und steht bei Fragen zur Verfügung. Geplant wäre, dass die Arbeitsphase innerhalb der Schulstunden stattfindet. Je nach Fortschritt der Schüler*innen kann es aber sein, dass einige Teile ausgelagert werden müssen.

Schritt 5: Zusammenführung

Jede Gruppe bekommt 15 Minuten zur Verfügung gestellt, um der Klasse ihr Produkt vorzustellen und zu erklären, was während ihrer Recherche herausgefunden wurde. Anschließend folgt eine Diskussion mit der ganzen Klasse, in welcher die Gemeinsamkeiten und Unterschiede innerhalb oder zwischen den Parteien sowie andere Auffälligkeiten, wie etwa verwendete Sprache, Stil, oder Umgang mit anderen (etwa Othering) diskutiert werden. Hier soll auch besprochen werden, ob und wie unterschiedliche Konzepte (etwa Familie, Heimat, Kultur) bei den einzelnen Parteien verwendet werden.

Schritt 6: Reflexion

Zum Abschluss des Projekts sollen die Schüler*innen reflektieren, was sie aus dem Projekt gelernt haben. Unterstützende Fragestellungen könnten hier sein.

- Welche Erkenntnisse habe ich durch das Projekt gewonnen?
- Was ist mir leicht gefallen?
- Was stellte für mich eine Herausforderung dar?
- Was werde ich mir für meine Zukunft mitnehmen?
 - Welche Einsichten in die österreichische Parteienlandschaft habe ich gewonnen?

- Wie hilft mir das Gelernte in der Zukunft? / In welchen Situationen kann ich mein neues Wissen einsetzen?
- Welche Fragen sind aufgekommen / offengeblieben?

Die Reflexionsphase ist einerseits wichtig um die gewonnenen Einsichten zu vertiefen und festigen, aber andererseits auch essentiell, da die Schüler*innen dadurch einen Bezug zu ihrer Lebenswelt herstellen und sie über individuelle Verwendungszwecke nachdenken können

Weiterführende Ideen:

Je nachdem, wie viel Zeit für das Projekt zur Verfügung steht, können noch weitere Aspekte in die Parteienanalyse aufgenommen werden. Beispielsweise kann die Quellenkritik einen verstärkten Fokus einnehmen. Hier sollten die Schüler*innen den Wahrheitsgehalt getroffener Aussagen erheben, indem sie die einzelnen Quellen prüfen (Seriosität, Autor*in, Herkunft, Intention...) oder mehrere Quellen miteinander vergleichen. Eine andere Möglichkeit besteht darin, die online Präsenz und Vorstellung der Parteien mit jener in herkömmlichen Medien zu vergleichen. Abgesehen davon kann der Fokus auch auf die Regionalpolitik gelegt und die Profile von Regionalpolitiker*innen untersucht werden. Um eine Möglichkeit zu schaffen auch mit jüngeren Schüler*innen mit sozialen Medien zu arbeiten, könnten von der Lehrperson einzelne Postings ausgesucht und ausgedruckt werden, die dann im Unterricht behandelt werden.

6.4.1. Erläuterungen zur Kompetenzentwicklung

Nun soll kurz erläutert werden, wie das Projekt dazu beitragen kann, die oben angeführten (politischen) Kompetenzen der Schüler*innen auszubauen.

Indem die Schüler*innen die Postings und Parteiprogramme durchsehen müssen, werden sie zwangsläufig mit politischen Fach- und Sachbegriffen konfrontiert werden. Da es ihre Aufgabe ist, Beschreibungen richtig zuzuordnen, ist es notwendig, dass sie ihr Verständnis der Begriffe prüfen und gegebenenfalls auch adaptieren.

Als klare Eckpfeiler für die Entwicklung der politbezogenen Methodenkompetenz steht die Rechercharbeit der Schüler*innen in den sozialen Netzwerken, sowie die Arbeit mit den Parteiprogrammen. Hinzu kommt, dass sie die Informationen selbst so umgestalten und

präsentieren müssen, dass dies für ein von ihnen gewähltes politisches Manifest passend ist.⁴²⁹ Hierbei müssen die Schüler*innen überlegen, welche Eigenschaften die jeweilige Variante charakterisieren.

Die politische Handlungskompetenz wird trainiert, wenn die Schüler*innen sich gemeinsam auf Themengebiete für die Recherchearbeit einigen müssen. Hier müssen sie für sich selbst eine Auswahl treffen und diese artikulieren und rechtfertigen. Außerdem liefert ihnen die eigene Recherche, sowie die Vorträge der anderen Gruppen genug Hintergrundwissen, um sich informiert an der abschließenden politischen Diskussion beteiligen zu können und ihre Ansichten dort zu vertreten. Findet das Projekt beispielsweise kurz vor einer Wahl statt, sind die Schüler*innen außerdem sehr gut über die Standpunkte der einzelnen Parteien informiert und können dementsprechend eine überlegte, selbstbestimmte Entscheidung treffen.⁴³⁰ Außerdem fördert die Auseinandersetzung mit politischen Themen die Partizipationswilligkeit an politischen Prozessen.

Darüber hinaus werden die Schüler*innen durch das Projekt zum selbstständigen Denken und Entscheiden angeregt. Sie erlernen einen bewussten und reflektierten Umgang mit sozialen Medien und erlangen durch das praktische selbstständige Arbeiten die Kompetenz, auch zukünftig außerhalb des schulischen Bereiches Recherchen anzustellen und anhand dieser gewünschte Informationen einzuholen. Da die Aufgabenstellung in mehreren Bereichen Wahlmöglichkeiten offen lässt, können die Schüler*innen eigenverantwortlich agieren und die für sie passende Form des Lernens auswählen.

6.5. Fazit der pädagogischen Überlegungen

Durch eine stufenweise Heranführung mit unterschiedlichen Arbeitsschritten lassen sich die curricularen Vorgaben erfüllen. Einerseits kann auf die didaktischen Forderungen zur selbstständigen Arbeit mit kritischer Reflexion eingegangen werden. Andererseits liefert die inhaltliche Ausrichtung der Vorgehensweise Möglichkeiten zum Ausbau politischer Kompetenzen.

⁴²⁹ Hinweis: Es wäre hilfreich wenn die Schüler*innen schon ein gewisses Vorwissen bezüglich der Charakteristika unterschiedlicher Manifeste hätten. Kurz vor oder zu Beginn des Projekts, sollte dieses aber aufgefrischt werden und genauer darauf eingegangen werden, welche Ziele unterschiedliche Manifeste verfolgen und wie sie zur Manipulation verwendet werden. Hier wäre wieder ein fächerübergreifender Unterricht ideal um etwa deren Aufbau oder die Sprache genauer zu analysieren.

⁴³⁰ Hinweis: In diesem Fall könnten verstärkt Wahlplakate in die Analyse integrieren werden.

Die zweite Forschungsfrage „Welche praktische Anwendungsmöglichkeiten lassen sich aus den Schlüssen der vorangegangenen Social Media Analyse für den schulischen Kontext ableiten?“ lässt sich demnach folgend beantworten. Durch eine Integration von sozialen Medien für die politische Bildung im Unterricht (wie etwa in der vorgestellten Projektarbeit) wird den Schüler*innen eine Möglichkeit zur selbstständigen Recherche gegeben. Diese unterstützt die Ausbildung und Vertiefung unterschiedlich geforderter Kompetenzen. Zusätzlich liefert diese Herangehensweise einen politisch-tagesaktuellen und der Lebenswelt der Schüler*innen nahestehenden Zugang. Es ist aber zu bedenken, dass es technik-, oder altersbedingt zu Herausforderungen kommen kann. Anhand der Hinweise zur präsentierten Projektarbeit und den weiterführenden Ideen wurde aber ersichtlich gemacht, dass die Arbeitsweise den entsprechenden Gegebenheiten angepasst werden kann. Da im schulischen Kontext immer ein Zuschneiden auf die individuelle Situation (Alter, Schultyp, Vorwissen, Reife der Klasse...) notwendig ist, gibt es hier also keinen Unterschied zu anderen Arbeitsweisen.

7. Limitierungen

Aufgrund der Vorgehensweise und Fokussierung der Arbeit gibt es einige Limitierungen bezüglich ihrer allgemeingültigen Aussagekraft, auf die noch kurz eingegangen werden sollte.

Zum einen beschränkte sich der Untersuchungsraum auf ein für die Partei sehr ereignisreiches Jahr mit Regierungsbeteiligung, Wahlkampf und Oppositionsbeteiligung. Dies könnte die Anzahl oder den Inhalt der Postings beeinflusst haben. Durch die Fokussierung auf die Bundesparteiobmänner konnte zwar ein Blick auf österreichweite Forderungen der Partei geworfen werden, dies führte jedoch dazu, dass bestimmte Bereiche, etwa die Regionalpolitik betreffend, nicht dargestellt werden konnten. Zum anderen unterlag die qualitative Inhaltsanalyse teilweise persönlichen Interpretationen, was etwa die Zugehörigkeit zu bestimmten Kategorien betrifft. Daher lassen sich darüber keine absoluten Aussagen treffen. Hinzu kommt, dass nur eine soziale Plattform, nämlich Facebook untersucht wurde. Schließlich wurde bewusst eine Partei untersucht, deren Obmänner eine hohe Präsenz auf Facebook hatten. Wie dies im Fall anderer Parteien ist, bleibt offen.

Aus diesen Gründen sind für einen generalisierbaren Überblick über die politische Kommunikation auf Social Media der österreichischen Parteien weitere und umfassendere Recherchen notwendig.

8. Conclusio

Im Zentrum der vorliegenden Arbeit steht die politische Kommunikation in sozialen Medien. Als Ausgangspunkt wurde die Freiheitliche Partei Österreichs, die aufgrund ihrer Popularität eine wichtige Rolle in der österreichischen Politik einnimmt, gewählt. Zusätzlich war eine große Social Media Präsenz und Reichweite bei der Partei und besonders bei ihren Obmännern zu finden.

Um ein grundlegendes Wissen über diese Partei zu generieren, wurde ihre Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte untersucht. Dies lieferte sowohl Einsichten über die von ihr vertretenen politischen und gesellschaftlichen Inhalte als auch über ihre Kommunikationsweise. Es wurde gezeigt, dass sich in der FPÖ populistisch verpackt nationale, liberale und teilweise rechtsextreme Aspekte vereinen.

Durch die Analyse der Facebook Postings ihrer Parteiobmänner Heinz-Christian Straches und Norbert Hofers im Jahr 2019 konnte festgestellt werden, dass unterschiedlichste Thematiken angesprochen und somit die Vorstellungen der FPÖ kommuniziert wurden. Durch die Kategorisierung der Postings innerhalb einer qualitativen Inhaltsanalyse wurde erkennbar gemacht, dass aufgrund der häufigen Erwähnung der Fokus der Partei auf dem Bereich Migration / Asyl mit Verbindungen zu Sicherheit / Schutz und Kultur / Heimat lag. Bei einem Vergleich mit dem aktuellen Parteiprogramm wurde aufgedeckt, dass sich die jeweiligen Äußerungen inhaltlich größtenteils deckten. Zusätzlich lieferten die Postings aber im Vergleich einen aktuelleren und von konkreten Beispielen und Multimedialität unterstützen, umfangreicheren Einblick in die Position der FPÖ.

Wie gezeigt wurde, bieten soziale Medien bei bewusstem und reflektiertem Umgang eine valide Art der Informationsbeschaffung zu politischen Themen an. Aufgrund ihrer hohen Popularität erreichen Politiker*innen durch sie viele Menschen und können ihre Inhalte präsentieren. Im Falle der FPÖ können sie als Fortführung und Ergänzung des Parteiprogramms gesehen werden. Die verstärkte Wichtigkeit von Social Media in der Politik verlangt die Beschäftigung mit dieser Kommunikationsart auch im schulischen Kontext, um Schüler*innen für eine zukünftige politische und gesellschaftliche Beteiligung vorzubereiten, denn informierte Bürger*innen beteiligen sich in der Regel häufiger aktiv am politischen Geschehen.

Quellenverzeichnis

Leila Al-Serori, Oliver Das Gupta, Peter Münch, Frederik Obermaier, Bastian Obermayer, Die wichtigsten Fakten zum Strache-Video, 17. Mai 2019, online unter <https://www.sueddeutsche.de/politik/strache-video-oesterreich-boehmermann-1.4449557> (16. Juni 2021).

Leila Al-Serori, Österreichs Rechtsstaat verkommt zur Farce. In: Sueddeutsche.at (25. Juni 2020), online unter <https://www.sueddeutsche.de/politik/ibiza-strache-kurz-kommentar-oesterreich-1.4946278> (23. April 2021).

Alina Bachmayr-Heyda, Sara Mohammadi, 100 FPÖ-Skandale. Jeder wäre Grund genug gewesen die Koalition zu beenden, 23. Mai 2019, online unter <https://kontrast.at/fpoe-skandale-100-einzelfall/> (15. Juni 2021).

Stefan Brocza, Matthias Dechant, Gerald Gartner, Ralph Janik, Maria Kern, Moritz Moser, Georg Renner, Stefan Schett, Anna Schneider, Martin Thür, Eine kleine Geschichte des österreichischen Wahlrechts, 17. Oktober 2017, online unter <https://www.addendum.org/demokratie/die-geschichte-des-wahlrechts/> (05. Mai 2021).

Bundeskanzleramt.gv.at, Bundeskanzler seit 1945, online unter <https://www.bundeskanzleramt.gv.at/bundeskanzleramt/geschichte/kanzler-seit-1945.html> (06. Juni 2021).

Bundesministerium für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort, Bundesgesetzblatt für die Republik Österreich. 25. Bundesverfassungsgesetz: Nationalsozialistengesetz (ausgegeben am 17. Februar 1947), online unter https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblPdf/1947_25_0/1947_25_0.pdf (10. Mai 2021).

Bundesministerium für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort, Bundesrecht konsolidiert: Gesamte Rechtsvorschrift für Lehrpläne – allgemeinbildende höhere Schulen, Fassung vom 12.07.2021, online unter <https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10008568> (12. Juli 2021).

Bundesministerium für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort, Gesamte Rechtsvorschrift für Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreich, Fassung 07.05.2021, online unter <https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung/Bundesnormen/10000265/Wiederherstellung%20eines%20unabh%c3%a4ngigen%20und%20demokratischen%20c3%96sterreich%2c%20Fassung%20vom%2007.05.2021.pdf> (07. Mai 2021).

Bundesministerium für Inneres, Bundespräsidentenwahl 2016, online unter https://www.bmi.gv.at/412/Bundespraesidentenwahlen/Bundespraesidentenwahl_2016/start.aspx (15. Juni 2021).

Bundesministerium für Inneres, Nationalratswahlen. Nationalratswahl 2006, online unter https://www.bmi.gv.at/412/Nationalratswahlen/Nationalratswahl_2006/start.aspx#pk_08 (11. Juni 2021).

Bundesministerium für Inneres, Nationalratswahl 2017, online unter https://www.bmi.gv.at/412/Nationalratswahlen/Nationalratswahl_2017/start.aspx (15. Juni 2021).

Bundesministerium für Inneres, Nationalratswahl 2019, online unter https://www.bmi.gv.at/412/Nationalratswahlen/Nationalratswahl_2019/start.aspx (16. Juni 2021).

Bundeszentrale für politische Bildung, Medien – Die „vierte Gewalt“?, online unter <https://www.bpb.de/politik/grundfragen/deutsche-verhaeltnisse-eine-sozialkunde/138737/medien> (30. Mai 2021).

Bundeszentrale für politische Bildung, Was sind Fake News?, 12. Juli 2017, online unter <https://www.bpb.de/252386/was-sind-fake-news> (14. Juni 2021).

Cambridge Dictionary, fake news, online unter <https://dictionary.cambridge.org/dictionary/english/fake-news> (14. Juni 2021).

Der dritte Weg, Gedenktag: Herbert Schweiger, 05. Juli 2020, online unter <https://der-dritte-weg.info/2020/07/gedenktag-herbert-schweiger-2/> (17. Mai 2021).

Der Standard, Altnazi Herbert Schweiger gestorben, 06. Juli 2011, online unter <https://www.derstandard.at/story/1308680571412/alt-nazi-herbert-schweiger-gestorben> (17. Mai 2021).

Der Standard, Herrn Straches Botschaft unterm Soundteppich, 28. Dezember 2009, online unter <https://www.derstandard.at/story/1259282786282/herrn-straches-botschaft-unterm-soundteppich> (14. Juni 2021).

Der Standard, Innenministerium beschränkt Infos für „kritische Medien“, 24. September 2018, online unter <https://www.derstandard.at/story/2000087988184/innenministerium-beschaenkt-infos-fuer-kritische-medien> (15. Juni 2021).

Der Standard, Kickl stellt Menschenrechtskonvention infrage, Kritik von Ministerkollegen und Van der Bellen, 23. Jänner 2019, online unter <https://www.derstandard.at/story/2000096888042/kickl-stellt-menschenrechtskonvention-infrage> (15. Juni 2021).

DerStandard.at, Wer wählte wie? Wählergruppen und ihre Motive (29. September 2019), online unter <https://www.derstandard.at/story/2000109168988/wer-waehlte-wie-waehlergruppen-und-ihre-motive> (23. April 2021).

Der Standard, Wie die Zuständigkeiten der Ministerien aufgeteilt wurden, 19. Dezember 2017, online unter <https://www.derstandard.at/story/2000070694678/bundesministeriengesetz-12-minister-und-maechtige-generalsekretaere> 15. Juni 2021.

Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Entnazifizierung in Österreich, online unter <https://ausstellung.de.doew.at/m28sm129.html> (10. Mai 2021).

Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Und wieder ein FP-Umvolker, online unter <<https://www.doew.at/erkennen/rechtsextremismus/neues-von-ganz-rechts/archiv/juli-1998/und-wieder-ein-fp-umvolker#umvolkung>> (30. Mai 2021).

Kordula Doerfler, Studie zu Rechtspopulismus: Experten erklären Aufstieg der AfD. In: Berliner Zeitung (30. Jänner 2018), online unter <<https://www.berliner-zeitung.de/politik-gesellschaft/studie-zu-rechtspopulismus-experten-erklaren-aufstieg-der-afd-li.68235>> (22. April 2021).

Franz Fallend, Fabian Habersack, Reinhard Heinisch, Rechtspopulismus in Österreich. Zur Entwicklung der Freiheitlichen Partei Österreichs. In: Bundeszentrale für politische Bildung (17. August 2018), online unter <<https://www.bpb.de/apuz/274253/rechtspopulismus-in-oesterreich-zur-entwicklung-der-fpoe>> (10. Juni 2021).

Fabolo Social Media Marketing, Facebook Nutzerzahlen März 2019, online unter <<https://www.fabolo.at/2019/03/19/facebook-nutzerzahlen-maerz-2019/>> (23. Juni 2021).

Facebook-Profil FPÖ, online unter <https://www.facebook.com/fpoe/about/?ref=page_internal> (28. Juni 2021).

Facebook-Profil Norbert Hofer, online unter <<https://www.facebook.com/norberthofer2021>> (28. Juni 2021).

fpoe.at, Parteiprogramm der Freiheitlichen Partei, 2021, online unter <<https://www.fpoe.at/test/parteiprogramm/>> (14. Juni 2021).

Freiheitliches Bildungsinstitut – Gesellschaft für Politik, Kultur & Meinungsfreiheit, Parteiprogramme und Erklärungen (2021), online unter <<https://www.fbi-politikschule.at/ueber-die-fpoe/parteiprogramme-und-erklaerungen/>> (23. April 2021).

Freiheitliche Partei Österreichs, 2021, online unter <<https://www.fpoe.at/>> (21. April 2021).

Johanna Hager, Martin Stepanek, Johannes Arends, FPÖ legt Straches Facebook-Seite mit 800.000 Fans still, 18. Oktober 2019, online unter <<https://kurier.at/politik/inland/frist-abgelaufen-ungewissheit-ueber-straches-facebook-follower/400651160>> (28. Juni 2021).

HC Strache Rap 2014 feat. Leopold Figl: Patrioten zur Wahl!, 20. Mai 2014, online unter <<https://www.youtube.com/watch?v=zAEP08ps-JM>> (14. Juni 2021).

Thomas Hellmuth, Christoph Kühberger, Kommentar zum Lehrplan der Neuen Mittelschule und der AHS-Unterstufe ‚Geschichte und Sozialkunde/Politische Bildung‘ (2016). In: Zentrum Polis – Politik lernen in der Schule, online unter <https://www.politik-lernen.at/dl/mqslJMJKomlooJqx4KJK/GSKPB_Sek_I_2016_Kommentar_zum_Lehrplan_Stand_26_09_2016.pdf> (30. Juni 2021), 1-20.

Norbert Hofer, online unter <<https://www.facebook.com/search/top/?q=norbert%20hofer>> (19. Mai 2021).

Institut für Strategieanalysen, Wahlanalyse Nationalratswahl 2017, online unter <<https://strategieanalysen.at/wp-content/uploads/2017/10/ISA-SORA-Wahlanalyse-NRW2017-2.pdf>> (23. April 2021), 1-13.

Herbert Kraus, „Untragbare Objektivität“ (E-book.Wien/München 1988), online unter https://ulis-buecherecke.ch/pdf_infos_zu_oesterreich/entnazifizierung_in_oesterreich.pdf> (11. Mai 2021).

Land Salzburg, Landtagswahlen seit 1945, online unter <https://www.salzburg.gv.at/stat/wahlen/lw/index.html#hist.5.0>> (20. Mai 2021.)

NÖ Landtag, Ergebnisse der Landtagswahlen seit 1945, online unter <https://noe-landtag.gv.at/der-landtag/wahlen/seit-1945#1954>> (20. Mai 2021).

Mauthausen Komitee Österreich, Broschüre ‚Viele Einzelfälle = Ein Muster‘, online unter <https://www.mkoe.at/rechtsextremismus/broschuere-viele-einzelfaelle-ein-muster>> (16. Juni 2021).

Philipp Mayring, Qualitative Inhaltsanalyse – Abgrenzungen, Spielarten, Weiterentwicklungen. In: Forum Qualitative Sozialforschung 20(3) (2019), online unter <https://www.qualitative-research.net/index.php/fqs/article/view/3343/4444>> (13. April 2021).

Wolfgang Neugebauer, Zur Problematik der NS-Vergangenheit Österreichs, 2002. In: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, online unter <https://www.doew.at/erforschen/projekte/arbeitschwerpunkte/widerstand-und-verfolgung/umgang-mit-der-ns-vergangenheit/zur-problematik-der-ns-vergangenheit-oesterreichs>> (21. Mai 2021).

oe1.orf.at, Entnazifizierung in Österreich, 08. April 2017, online unter <https://oe1.orf.at/artikel/206501/Entnazifizierung-in-Oesterreich#top>> (10. Mai 2021).

Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung (ÖGGP), Die Medienwelt der FPÖ (September 2017), online unter http://politikberatung.or.at/fileadmin/studien/rechtspopulismus/Die_Medienwelt_der_FP%C3%96.pdf> (10. März 2021), 1-25.

oesterreich.gv.at, Liste der Bundesministerien, 01. April 2021, online unter https://www.oesterreich.gv.at/themen/dokumente_und_recht/buergerservice_rechtsauskuenfte/Seite.980500.html> (15. Juli 2021).

ORF.at, FPÖ nominiert Hofer zum Spitzenkandidaten, 4. Juni 2019, online unter <https://orf.at/stories/3125674/>> (28. Juni 2021).

ORF.at, Strache aus FPÖ ausgeschlossen (13. Dezember 2019), online unter <https://orf.at/stories/3147497/>> (23. April 2021).

ots.at Presseaussendung, Wählen mit 16: Wahlbeteiligung der Jugendlichen ging zurück (25. März 2014), online unter https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20140325_OTSO253/waehlen-mit-16-wahlbeteiligung-der-jugendlichen-ging-zurueck> (23. April 2021).

ots.at, Studierende blockieren Hörsaal an der Uni Wien, 15. Jänner 2020, online unter <https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20200115_OTS0020/studierende-blockieren-hoersaal-an-der-uni-wien> (09. Juli 2021).

Parteiprogramm der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) (18. Juni 2011), online unter <https://www.fbi-politikschule.at/fileadmin/user_upload/www.fpoebildungsinstitut.at/dokumente/Programm_der_FPOE_2011.pdf> (23. April 2021).

PolitikMagazin.at, 125 Tage Wahlkampf: Das Tagebuch zur Nationalratswahl 2019, online unter <<https://politikmagazin.at/125-tage-wahlkampf-das-tagebuch-zur-nationalratswahl-2019/>> (16. Juni 2021).

Republik Österreich Parlament, 1945 – Wiederherstellung der Republik Österreich, online unter <<https://www.parlament.gv.at/PERK/HIS/REP2/1945/index.shtml>> (24. Juni 2021).

Republik Österreich Parlament, Abgeordnete zum Nationalrat seit 1920, online unter <https://www.parlament.gv.at/WWER/NR/ABG/index.shtml?jsMode=&xdocumentUri=&filterJq=&view=&GP=V&R_WF=FR&FR=ALLE&R_BW=BL&BL=ALLE&W=W&listeId=4&LLISTE=Anzeigen&FBEZ=FW_004> (21. Mai 2021).

Republik Österreich Parlament, Die ersten acht, 2002, online unter <https://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR_2002/PK0154/index.shtml> (22. Mai 2021).

Republik Österreich Parlament, Dr. Helfried Pfeifer, online unter <https://www.parlament.gv.at/WWER/PAD_01191/index.shtml> (10. Mai 2021).

Republik Österreich, Parlament, Dr. Jörg Haider, online unter <https://www.parlament.gv.at/WWER/PAD_00490/index.shtml> (05. Juni 2021).

Republik Österreich Parlament, Dr. Norbert Steger, online unter <https://www.parlament.gv.at/WWER/PAD_01832/index.shtml> (04. Juni 2021).

Republik Österreich Parlament, Ing. Norbert Hofer, online unter <https://www.parlament.gv.at/WWER/PAD_35521/#tab-ZurPerson> (28. Juni 2021).

Republik Österreich Parlament, Karl Hartleb, online unter <https://www.parlament.gv.at/WWER/PAD_00513/index.shtml> (10. Mai 2021).

Republik Österreich Parlament, Schicksalswahl 1945. Sonderausstellung im Österreichischen Parlament aus Anlass des 60. Jahrestages der Nationalratswahl vom 25. November 1945, 2005, online unter <https://www.parlament.gv.at/ZUSD/PDF/2005_schicksalswahl_1945.pdf> (05. Mai 2021), 1-81.

Eva Schultz, Anteil der Nutzer sozialer Netzwerke an der Gesamtbevölkerung in Österreich bis 2019, 21. Juli 2020, online unter <<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/571678/umfrage/anteil-der-nutzer-sozialer-netzwerke-an-der-gesamtbevoelkerung-in-oesterreich/>> (23. Juni 2021).

Eva Schultz, Aussagen zur Handy- und Social Media Nutzung in Österreich nach Alterstruppen 2019, 04. März 2019, online unter

<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/973913/umfrage/aussagen-zur-handy-und-social-media-nutzung-in-oesterreich-nach-altersgruppen/>> (23. Juni 2021).

Eva Schultz, Beliebteste soziale Medien bei jungen Erwachsenen in Österreich 2019, 24. Juli 2019, online unter <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/314753/umfrage/nutzung-von-sozialen-netzwerken-in-oesterreich-nach-kanalen/>> (23. Juli 2021).

Eva Schultz, Twitter-Nutzerzahlen für Österreich bis 2019. In: Statista.com, 25. März 2020, online unter <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/296135/umfrage/twitter-nutzer-in-oesterreich/>> (22. Juni 2021).

Eva Schultz, Umfrage zur Bedeutung von Handys im Alltag in Österreich 2019. In: Statista.com, 25. März 2021, online unter <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/745493/umfrage/umfrage-zum-verzicht-auf-online-aktivitaeten-in-oesterreich/>> (22. Juni 2021).

SORA Institute for Social Research and Consulting, Nationalratswahl 2017, online unter <https://www.sora.at/themen/wahlverhalten/wahlanalysen/nrw17.html>> (15. Juni 2021).

SORA Institute for Social Research and Consulting, Wahlanalyse Nationalratswahl 2019, online unter https://www.sora.at/fileadmin/downloads/wahlen/2019_NRW_Wahlanalyse.pdf> (16. Juni 2021), 1-11.

Stadt Wien, Gemeinderatswahlen, 21. Jänner 2021, online unter <https://www.geschichtewiki.wien.gv.at/Gemeinderatswahlen>> (20 Mai 2021).

Christoph Stamann, Markus Janssen, Margit Schreier, Quantitative Inhaltsanalyse – Versuch einer Begriffsbestimmung und Systematisierung. In: Forum Qualitative Sozialforschung (2016), online unter <https://www.qualitative-research.net/index.php/fqs/article/view/2581/4022>> (13. April 2021).

Statista, Dauer der täglichen Internetnutzung in Österreich 2019, Februar 2020, online unter <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/436464/umfrage/dauer-der-taeglichen-internetnutzung-in-oesterreich/>> (23. Juni 2021).

Statista, Einstellung gegenüber Social-Media als Informationskanal nach Ländern weltweit 2019, 03. August 2020, online unter <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1041917/umfrage/einstellung-gegenueber-social-media-als-informationskanal-nach-laendern-weltweit/>> (23. Juni 2021).

Statista, Mediennutzung in Österreich im Jahr 2019, 02. Oktober 2020, online unter <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/597816/umfrage/mediennutzung-in-oesterreich/>> (23. Juni 2021).

Statista, Social-Media-Nutzung in der Politik, 2018, online unter <https://de.statista.com/statistik/studie/id/46716/dokument/social-media-nutzung-in-der-politik/>> (22. Juni 2021) 1-91.

Statista, Welche Social Media-Seiten nutzen Sie regelmäßig?, Oktober 2019, online unter <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/534503/umfrage/reichweite-der-beliebtesten-social-media-kanale-in-oesterreich/>> (23. Juni 2021).

Statista, Umfrage zum Vertrauen in Social-Media-Plattformen als Nachrichtenquelle 2019, 24. Jänner 2020, online unter <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/875809/umfrage/vertrauen-in-social-media-plattformen-als-nachrichtenquelle-weltweit/>> (23. Juni 2021).

Statista, Welchen Aussagen zur Nutzung von sozialen Netzwerken stimmen Sie zu?, Mai 2019, online unter <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1010154/umfrage/skepsis-von-jungen-oesterreichern-gegenueber-social-media/>> (22. Juni 2021).

Stenographisches Protokoll, 33. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, 22. Feber 1954. In: Republik Österreich Parlament, Stenographische Protokolle, online unter https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/VII/NRSITZ/NRSITZ_00033/imfname_158483.pdf> (17. Mai 2021)

Stefan Stieglitz, Social Media. In: GITO Enzyklopädie der Wirtschaftsinformatik online-Lexikon, 19. Februar 2019, online unter <https://www.enzyklopaedie-der-wirtschaftsinformatik.de/wi-enzyklopaedie/lexikon/daten-wissen/Wissensmanagement/Soziales-Netzwerk/Social-Media/index.html/?searchterm=social%20media>> (22. Juni 2021).

Tanja Storsul, Deliberation or Self-presentation? Young People, Politics and Social Media. In: Nordicom Review 35 (2014), 1-28.

Heinz-Christian Strache, online unter <https://www.facebook.com/strache>> (19. Mai 2021).

Paweł Surowiec, Václav Štětka, Introduction. Social media, politics and democracy in post-transition Central and Eastern Europe. In: Paweł Surowiec, Václav Štětka (Hg.), Introduction. Social media, politics and democracy in post-transition Central and Eastern Europe (Abingdon/New York 2018), 1-19.

Paweł Surowiec, Václav Štětka (Hg.), Introduction. Social media, politics and democracy in post-transition Central and Eastern Europe (Abingdon/New York 2018).

Vorarlberg unser Land, Land Vorarlberg. Endgültiges amtliches Wahlergebnis, online unter https://apps.vorarlberg.at/wahlen/wahl/LT/LT_1954-10-17/Land%20Vorarlberg> (20. Mai 2021).

Franz E. Weinert (Hg.), Leistungsmessung in Schulen (Weinheim 2011), zitiert in: BIFI – Bundesinstitut für Bildungsforschung, Innovation & Entwicklung des österreichischen Schulwesens, Kompetenzmodelle und Bildungsstandards, online unter <https://www.iqs.gv.at/downloads/archiv-des-bifie/bifie-journal>> (25. Juni 2021).

Wiener Zeitung, Parteien bitten noch ein letztes Mal um Stimmen, 28. September 2019, online unter <https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/wahlen/nationalratswahl-2019/2031213-Parteien-bitten-noch-ein-letztes-Mal-um-Stimmen.html>> (16. Juni 2021).

wien.orf.at, Spuckvideo in HTL: Schüler zurück an Schule, 07. September 2019, online unter <https://wien.orf.at/stories/3011811/>> (08. Juli 2021).

Felix, Willeke, Soziale Medien – Gefahr oder Chance für die Politik?, 23. Mai 2019, online unter <https://www.uni-hamburg.de/newsroom/forschung/2019/0523-socialmedia-europawahl.html>> (22. Juni 2021).

Matthias Winterer, „Ibiza-Affäre“: Was bisher geschah. In: WienerZeitung.at (20. Mai 2019), online unter <https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/politik/oesterreich/2010133-Ibiza-Affaere-Was-bisher-geschah.html>> (23. April 2021).

Literaturverzeichnis

Uwe Backens, Eckhard Jesse (Hg.), Gefährdung der Freiheit. Extremistische Ideologien im Vergleich (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung 29, Dresden 2006).

Brigitte Bailer-Galanda, Wolfgang Neugebauer, Haider und die Freiheitlichen Österreichs (Berlin 1997).

Brigitte Bailer-Galanda, Rechtspopulismus in Österreich – die rechtsextreme Kraft im Parlament. In: Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit 2(1) (2017), 53-66.

Matthias Belafi, Der Erfolg der FPÖ: Österreichs Parteien- und Regierungssystem unter Druck. In: Zeitschrift für Politik 64(3) (2017), 364-383.

Heinrich Benedikt (Hg.), Geschichte der Republik Österreich (Wien 1954).

Klaus Berchtold (Hg.), Österreichische Parteiprogramme 1868-1966 (Wien 1967).

Uli Bernhard, Marco Dohle und Gerhard Vowe, Wer nutzt wie das ‚Web2.0‘ für Politik? Der Stellenwert von Social Media in politischen Kontexten. In: Kurt Imhof, Roger Blum, Heinz Bonfadelli, Otfried Jarren, Vinzenz Wyss (Hg.), Demokratisierung durch Social Media? Mediensymposium 2012 (Wiesbaden 2015), 41-54.

Günter Bischof, Book Review von: Cornelius Lehnguth, Waldheim und die Folgen: Der parteipolitische Umgang mit dem Nationalsozialismus in Österreich (Studien zur historischen Sozialwissenschaft 35, Frankfurt am Main 2013). In: Günter Bischof, Ferdinand Karlhofer (Hg.), Austrian Federalism in Comparative Perspective (Contemporary Austrian Studies 24, Innsbruck 2015), 255-267.

Günter Bischof, Ferdinand Karlhofer (Hg.), Austrian Federalism in Comparative Perspective (Contemporary Austrian Studies 24, Innsbruck 2015).

Ingrid Böhler, „Wenn die Juden ein Volk sind, so ist es ein mieses Volk.“. Die Kreisky-Peter-Wiesenthal-Affäre 1975. In: Michael Gehler, Hubert Sickinger (Hg.), Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim (Thaur/Wien/München 1996), 502-531.

Klaus Brinker, Gerd Antos, Wolfgang Heinemann, Sven F. Sager, Text- und Gesprächslinguistik – Linguistics of Text and Conversation. Ein internationales Handbuch zeitgenössischer Forschung – An International Handbook of Contemporary Research (Handbücher zur Sprach- und Kommunikationswissenschaft Bd.16.1, Berlin/New York 2000).

Klaus Brinker, Methoden. Textstrukturanalyse. In: Klaus Brinker, Gerd Antos, Wolfgang Heinemann, Sven F. Sager, Text- und Gesprächslinguistik – Linguistics of Text and Conversation. Ein internationales Handbuch zeitgenössischer Forschung – An International Handbook of Contemporary Research (Handbücher zur Sprach- und Kommunikationswissenschaft Bd.16.1, Berlin/New York 2000), 164-175.

Frank Decker, Bernd Henningsen, Kjetil Jakobsen (Hg.), Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Europa. Die Herausforderungen der Zivilgesellschaft durch alte Ideologien und neue Medien (Baden-Baden 2015).

André Dörfer, Politische Sozialisation online: Wie gehen Jugendliche mit rechtsextremen Social-Media-Inhalten um?. In: Carolin Freier, Joachim König, Arne Manzeschke, Barbara Städtler-Mach (Hg.), Gegenwart und Zukunft sozialer Dienstleistungsarbeit. Chancen und Risiken der Digitalisierung in der Sozialwirtschaft (Perspektiven Sozialwirtschaft und Sozialmanagement, Wiesbaden 2021), 227-241.

Barbara Downe-Wamboldt, Content analysis. Method, applications, and issues. In: Health Care for Women International 13(3) (1992), 313-321.

Matthias Falter, Reclaiming the political centre after National Socialism: the discursive repositioning of the far right in Austrian (party) politics, 1949-60. In: Parliaments, Estates & Representation 28(1) (2018), 88-103.

Helmut Fend, Fred Berger, Urs Grob (Hg.), Lebensverläufe, Lebensbewältigung, Lebensglück. Ergebnisse der Life-Studie (Wiesbaden 2009).

Helmut Fend, Identitätsentwicklung in der Adoleszenz. Lebensentwürfe, Selbstfindung und Weltaneignung in beruflichen, familiären und politisch-weltanschaulichen Bereichen (Bern/Stuttgart/Toronto 1991).

Carolin Freier, Joachim König, Arne Manzeschke, Barbara Städtler-Mach (Hg.), Gegenwart und Zukunft sozialer Dienstleistungsarbeit. Chancen und Risiken der Digitalisierung in der Sozialwirtschaft (Perspektiven Sozialwirtschaft und Sozialmanagement, Wiesbaden 2021).

Roland Gabriel, Heinz-Peter Röhrs, Social Media. Potenziale, Trends, Chancen und Risiken (Berlin/Heidelberg 2017), 11.

Michael Gehler, Hubert Sickinger (Hg.), Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim (Thaur/Wien/München 1996).

Stephan Grigat (Hg.), AfD & FPÖ. Antisemitismus, völkischer Nationalismus und Geschlechterbilder (Baden-Baden 2017).

Stephan Grigat, Von Österreich lernen. Die FPÖ als Vorbild der AfD und Antisemitismuskritik in Zeiten islamistischer Mobilmachung. In: Stephan Grigat (Hg.), AfD & FPÖ. Antisemitismus, völkischer Nationalismus und Geschlechterbilder (Baden-Baden 2017), 9-26.

Urs Grob, Die Entwicklung politischer Orientierungen. In: Helmut Fend, Fred Berger, Urs Grob (Hg.), Lebensverläufe, Lebensbewältigung, Lebensglück. Ergebnisse der Life-Studie (Wiesbaden 2009), 329-372.

Florian Hartleb, Extremismus in Österreich. In: Eckhard Jesse, Tom Thieme (Hg.), Extremismus in den EU-Staaten (Wiesbaden 2011), 265-281.

Florian Hartleb, Rechts- und Linkspopulismus im westeuropäischen Vergleich. Zur strukturellen und inhaltlichen Bestimmung eines eigenständigen Parteientypus. In: Uwe Backens, Eckhard Jesse (Hg.), Gefährdung der Freiheit. Extremistische Ideologien im Vergleich (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung 29, Dresden 2006), 105-145.

Reinhard Heinisch, Kristina Hauser, Rechtspopulismus in Österreich: Die Freiheitliche Partei Österreichs. In: Frank Decker, Bernd Henningsen, Kjetil Jakobsen (Hg.), Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Europa. Die Herausforderungen der Zivilgesellschaft durch alte Ideologien und neue Medien (Baden-Baden 2015), 91-109.

Paul Hockenos, Jörg Haider, Austria's Far Right *Wunderkind*. In: *World Policy Journal* 12(3) (1995), 75-80.

Willibald I. Holzer, Rechtsextremismus – Konturen, Definitionsmerkmale und Erklärungsansätze. In: Stiftung Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes (Hg.), *Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus* (Wien 1994), 12-96.

Hsiu-Fang Hsieh, Sarah E. Shannon, Three Approaches to Qualitative Content Analysis. In: *Qualitative Health Research* 15, H. 9 (2005), 1277-1288.

Henry R. Huttenbach, In memoriam: Simon Wiesenthal, December 31 1908-September 20, 2005. In: *Journal of Genocide Reserach* 8(1) (2006), 7-8.

Kurt Imhof, Demokratisierung durch Social Media?. In: Kurt Imhof, Roger Blum, Heinz Bonfadelli, Otfried Jarren, Vinzenz Wyss (Hg.), *Demokratisierung durch Social Media? Mediensymposium 2012* (Wiesbaden 2015), 15-26.

Kurt Imhof, Roger Blum, Heinz Bonfadelli, Otfried Jarren, Vinzenz Wyss (Hg.), *Demokratisierung durch Social Media? Mediensymposium 2012* (Wiesbaden 2015).

Eckhard Jesse, Tom Thieme (Hg.), *Extremismus in den EU-Staaten* (Wiesbaden 2011).

Wilhelm Kempf, Die Konstruktion nationaler Identität in der österreichischen Presse seit '45. In: *Conflict & communication online* 1(1) (2002), 1-20.

Andreas Kranebitter, Christoph Reinprecht (Hg.), *Die Soziologie und der Nationalsozialismus in Österreich* (Bielefeld 2019).

Reinhard Kühnl, Gerd Wiegel, Steffen Klittich, Jens Renner, *Die extreme Rechte in Europa* (Heilbronn 1998).

Ruth Kunz, Frank Esser, Die politischen Hoffnungen des Internets. Welche Informationsformate können die Partizipation von Jugendlichen befördern? In: Kurt Imhof, Roger Blum, Heinz Bonfadelli, Otfried Jarren, Vinzenz Wyss (Hg.), *Demokratisierung durch Social Media? Mediensymposium 2012* (Wiesbaden 2015), 55-74.

Martin Langebach, Rechtsextremismus und Jugend. In: Fabian Virchow, Martin Langebach, Alexander Häusler (Hg.), *Handbuch Rechtsextremismus* (Edition Rechtsextremismus, Wiesbaden 2016), 375-440.

Philipp Mayring, *Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken* (11., aktualisierte und überarbeitete Auflage Weinheim/Basel 2010).

Cas Mudde, The Populist Zeitgeist. In: *Government and opposition* 39(4) (2004), 541-563.

Isabelle-Christine Panreck (Hg.), Populismus – Staat – Demokratie. Ein interdisziplinäres Streitgespräch (Staat – Souveränität – Nation (Dresden 2020).

Stijn Peeters, Richard Rogers, Political news on Facebook during the 2019 Dutch elections. In: Richard Rogers, Sabine Niederer, The Politics of Social Media Manipulation (Amsterdam 2020), 71-122.

Anton Pelinka, Die FPÖ im internationalen Vergleich. Zwischen Rechtspopulismus, Deutschnationalismus und Österreich-Patriotismus. In: Conflict & communication online 1(1) (2002), 1-11.

Klaus Poier, Sandra Saywald-Wedl, Hedwig Unger (Hg.), Die Themen der „Populisten“. Mit einer Medienanalyse von Wahlkämpfen in Österreich, Deutschland, der Schweiz, Dänemark und Polen (International Studies on Populism 5, Baden-Baden 2017).

Marianne Pollak, Archäologische Denkmalpflege zur NS-Zeit in Österreich. Kommentierte Regesten für die „Ostmark“ (Wien/Köln/Weimar 2015).

Anabel Quan-Haase, Alyson L. Young, Uses and Gratifications of Social Media. A Comparison of Facebook and Instant Messaging, In: Bulletin of Science, Technology & Society 20(5) (2010), 350-361.

Gail Radley, Facebook (Minneapolis 2019).

Oliver Rathkolb, Die paradoxe Republik. Österreich 1945 bis 2005 (Wien 2005).

Manfried Rauchensteiner, Einleitung. In: Manfried Rauchensteiner, Robert Kriechbaumer (Hg.), Die Gunst des Augenblicks. Neue Forschung zu Staatsvertrag und Neutralität (Schriftreihe des Forschungsinstitutes für politisch-historische Studien der Dr.-Wilfried-Haslauer-Bibliothek, Salzburg, 24, Wien/Köln/Weimar 2005), 7-22.

Manfried Rauchensteiner, Robert Kriechbaumer (Hg.), Die Gunst des Augenblicks. Neue Forschung zu Staatsvertrag und Neutralität (Schriftreihe des Forschungsinstitutes für politisch-historische Studien der Dr.-Wilfried-Haslauer-Bibliothek, Salzburg, 24, Wien/Köln/Weimar 2005)

Margit Reiter, Anton Reinhaller und die Anfänge der Freiheitlichen Partei Österreichs. Der politische Werdegang eines Nationalsozialisten und die „Ehemaligen“ in der Zweiten Republik. In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 66(4) (2018), 539-575.

Margit Reiter, Die Ehemaligen. Der Nationalsozialismus und die Anfänge der FPÖ (Göttingen 2019).

Richard Rogers, Sabine Niederer, The Politics of Social Media Manipulation (Amsterdam 2020).

Edward Said, Orientalism (New York 1978).

Gerhard Scheit, Eingeschrumpfter Behemoth und neue ‚Souveränisten‘. Über die Voraussetzungen der Erfolge von FPÖ und AfD. In: Stephan Grigat (Hg.), AfD & FPÖ.

Antisemitismus, völkischer Nationalismus und Geschlechterbilder (Baden-Baden 2017), 165-181.

Heribert Schiedel, Antisemitismus und völkische Ideologie. Ist die FPÖ eine rechtsextreme Partei?. In: Stephan Grigat (Hg.), AfD & FPÖ. Antisemitismus, völkischer Nationalismus und Geschlechterbilder (Baden-Baden 2017), 103-120.

Heinz-Dietmar Schimanko, Der Fall Reinhaller. Das Strafverfahren gegen Anton Reinhaller vor dem Volksgericht (Wien/Köln/Weimar 2019).

Waltraud Schreiber, Reinhard Krammer (Hg.), Historisches Denken. Ein Kompetenz-Strukturmodell (Neuried 2006).

Herbert Schui, Das Erfolgsmodell der FPÖ in Österreich. In: Herbert Schui, Ralf Ptak, Stephanie Blankenburg, Günter Bachmann, Dirk Kotzur, Wollt ihr den totalen Markt? Der Neoliberalismus und die extreme Rechte (München 1997), 197-238.

Herbert Schui, Ralf Ptak, Stephanie Blankenburg, Günter Bachmann, Dirk Kotzur, Wollt ihr den totalen Markt? Der Neoliberalismus und die extreme Rechte (München 1997).

Roland Stäuber, Der Verband der Unabhängigen (VdU) und die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ). Eine Untersuchung über die Problematik des Deutschnationalismus als Einigungsfaktor einer politischen Partei in Österreich seit 1945 (St. Gallen 1974).

Stiftung Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes (Hg.), Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus (Wien 1994).

Fabian Virchow, Martin Langebach, Alexander Häusler (Hg.), Handbuch Rechtsextremismus (Edition Rechtsextremismus, Wiesbaden 2016).

Adam Wandruszka, Österreichs politische Struktur. Die Entwicklung der Parteien und politischen Bewegungen. In: Klaus Berchtold (Hg.), Österreichische Parteiprogramme 1868-1966 (Wien 1967), 289-486.

Bernhard Weidinger, Traditionsreiche Symbiose mit Konfliktpotential. Völkische Studentenverbindungen und die FPÖ. In: Stephan Grigat (Hg.), AfD & FPÖ. Antisemitismus, völkischer Nationalismus und Geschlechterbilder (Baden-Baden 2017), 121-136.

Hilde Weiss, Bewertung der NS-Vergangenheit und Antisemitismus. Einstellungsforschung in Österreich 1945-1948. In: Andreas Kranebitter, Christoph Reinprecht (Hg.), Die Soziologie und der Nationalsozialismus in Österreich (Bielefeld 2019), 354-375.

Manon Westphal, Populismus in der politischen Theorie. In: Isabelle-Christine Panreck (Hg.), Populismus – Staat – Demokratie. Ein interdisziplinäres Streitgespräch (Staat – Souveränität – Nation (Dresden 2020), 157-178.

Gerd Wiegel, Rechtes Erfolgsmodell Österreich. In: Reinhard Kühnl et al., Die extreme Rechte in Europa (Heilbronn 1998), 97-119.

Abstract

In den vergangenen Jahren konnte ein verstärktes Aufkommen (rechts-)populistischer Parteien in Europa beobachtet werden. Parallel dazu kam es auch zu einer gesteigerten Nutzung sozialer Medien. Der Forschungsansatz der vorliegenden Arbeit untersucht eine Kombination beider Aspekte, nämlich die Social Media Kommunikation einer rechtspopulistischen Partei. Als Ausgangspunkte wurden die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) und die Social Media Plattform Facebook gewählt. Nach theoretischen Abhandlungen über die Parteigeschichte und soziale Medien, sowie relevante Terminologie, wurde eine qualitative Inhaltsanalyse von Facebook-Postings durchgeführt. Aufgrund der großen Datenmenge musste die Untersuchung personell und zeitlich eingeschränkt werden. Die Analyse zeigt auf, wie die Bundesparteiobmänner der FPÖ Heinz-Christian Strache und Norbert Hofer im Jahr 2019 die gesellschaftlichen und politischen Positionen der FPÖ auf ihren Facebook-Profilen kommunizierten. Durch eine thematische Kategorisierung zeigte sich, dass eine Vielzahl an Themenbereichen angeschnitten wurde, wobei das Hauptaugenmerk auf den Themen Migration / Asyl, Sicherheit / Schutz und Kultur / Heimat lag. Ein Vergleich mit dem aktuellen Parteiprogramm ergab außerdem, dass sich die Aussagen in den beiden Formaten zu einem Großteil überschneiden. Es zeigte sich weiters, dass die Facebook-Postings einen durch ihre Aktualität und Multimedialität umfangreicheren und gleichzeitig detaillierten Einblick in die FPÖ-Politik lieferten als das Parteiprogramm. Diese Erkenntnisse führten zu Überlegungen bezüglich einer praktischen Umsetzung der gewonnenen Einsichten in einem schulischen Kontext. Anhand einer Projektarbeit wurde gezeigt, wie die für die politische Bildung notwendigen Kompetenzen ausgebildet werden können. So werden neben einem bewussten Umgang mit sozialen Medien auch noch die politbezogene Methodenkompetenz, politische Sach- und Handlungskompetenz, sowie die Selbstständigkeit und Reflexionsfähigkeit der Schüler*innen unterstützt.

Abstract

In recent years, (right-wing) populist parties have been able to continuously gain more support throughout Europe. Simultaneously, the use of social media has increased drastically. This thesis combines both of these aspects analysing the social media communication of the right-wing populist party “Freiheitliche Partei Österreichs – FPÖ” (Austrian Freedom Party). Facebook was chosen to represent communication on social media platforms. After delving into the party’s historical development and the introduction of relevant terminology, a qualitative content analysis of Facebook postings was conducted. The findings of the analysis described how the party leaders Heinz-Christian Strache and Norbert Hofer communicated the party’s social and political agendas on their personal Facebook accounts in the year 2019. It was shown that the focus was on issues such as migration / asylum, safety and culture / homeland. Comparing messages conveyed on the social media platform to those in the party programme revealed that the contents discussed were largely identical. Furthermore, it was found that due to their topicality and multimodality, Facebook postings were in fact providing a more detailed, whilst at the same time more comprehensive insight into FPÖ-policies than their programme. Based on these findings, a project was designed to demonstrate how the insights gained could be used in a school context to develop students’ historical and political competences as well as support their reflexivity and autonomy.